



Feuershow beim abendlichen Gartenfest

Modern Jobs – Arbeitsformen für das 21. Jahrhundert

10. Markt Allhauer Symposium

23. – 25. Juni 2006, Markt Allhau, Südburgenland

Sustainable Austria Nr. 37, Dezember 2006

MIT
UNTERSTÜTZUNG
DES



lebensministerium.at

Veranstalter:



Vamos, 7411 Markt Allhau 19, Tel. 03356.7772, www.vereinvamos.at
SOL, Penzinger Str. 18/2, 1140 Wien, Tel. 01.876 79 24, www.nachhaltig.at

Wir bedanken uns bei:



Medieninhaber, Herausgeber: SOL – Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil, Penzingerstr. 18/2, 1140 Wien.
Eigendruck. Redaktionsanschrift: 7411 Markt Allhau 5. www.nachhaltig.at, sol@nachhaltig.at, Tel. 01.876 79 24.

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Download: www.forschungsgemeinschaft-sol.at/Symp06.pdf bzw. www.forschungsgemeinschaft-sol.at/Symp06.doc

Inhalt

<i>Das war das Symposium 2006</i>	4
Das Programm	4
Einige Eindrücke	7
<i>Die Hauptreferate</i>	13
Thomas Diener: Die Arbeitswelt neu erfinden	13
Julia Bock-Schappelwein: Herausforderungen für den Arbeitsmarkt der Zukunft	24
Lieselotte Wohlgenannt: Grundeinkommen für alle	40
<i>Weitere Inputs</i>	50
Vera Besse: Arbeit und Geld	50
Andreas Exner: Geld für Alle = Alle für Geld?	52
Shobha Hamann: Arbeit ist das halbe Leben. Und die andere Hälfte?	59
Harald Orthaber: Ressourcengeld – ein wichtiger Rahmen und Baustein zum Systemwandel	62
Herbert Rauch: Arbeit in Zeiten der Globalisierung	74
Marianne Schallhas: Gefangen in unserer Definition von Geld	76
Walther Schütz: Arbeit – ein vertrackter Begriff	80
Sabine Seidl: ReparaturNetzwerk Wien - Arbeit und Ökologie verknüpfen	85
Günter Wind: Ökologisches Wirtschaftssystem	87

Das war das Symposium 2006

Das Programm

Freitag, 23. Juni 2006

- 10.00 Begrüßung, Eröffnung
- 10.15 Thomas Diener: Die Arbeitswelt neu erfinden
- 11.30 Vorstellung der Arbeitskreise
- 12.00 Mittagessen
- 13.30 Arbeitskreise
- 16.30 Kamingespräch "Arbeit und Globalisierung"
- 18.30 Abendessen, danach Charlie- Chaplin-Film "Moderne Zeiten"

Samstag, 24. Juni 2006

- 9.00 Julia Bock-Schappelwein: Herausforderungen für den Arbeitsmarkt der Zukunft
- 10.30 Arbeitskreise
- 12.00 Mittagessen
- 13.30 Franz Wolfmayr: Ein Leben ohne Arbeit – viele Menschen mit Behinderung haben genug davon!
- 15.00 Arbeitskreise
- 17.00 PolitikerInnen und ExpertInnen zum Symposiumsthema

Danach sind alle herzlich zum 15- Jahres-Fest von vamos eingeladen: Live-Musik, KünstlerInnen, Lagerfeuer, Grill, ... und Bauerngolf-Turnier!

Sonntag, 25. Juni 2006

- 9.30 Lieselotte Wohlgenannt: Grundeinkommen für alle - anders arbeiten
- 10.45 Arbeitskreise
- 12.00 Abschließendes Podiumsgespräch mit den ReferentInnen und Teilnehmern des Kamingesprächs
- 13.30 Ende des Symposiums

Die Arbeitskreise

1. Arbeit und Nachhaltigkeit.

Wie schaffen nachhaltige Lebensstile und zukunftsfähige Politik Arbeitsplätze?
Gesetzliche Bestimmungen und andere Rahmenbedingungen, praktische Beispiele.

Julia Bock-Schappelwein (WIFO, Wien)

Manfred Hotwagner (Europäisches Zentrum für Erneuerbare Energie, Güssing)

Sabine Seidl (Reparaturnetzwerk / die umweltberatung, Wien)

Silvia Stuppäck (respect, Wien)

Günter Wind (panSOL, Eisenstadt)

2. Arbeit teilen / Grundeinkommen.

Was bedeutet das für zu fördernde Gruppen (Umschulungen, Beschäftigungstherapie, MigrantInnen, ...)? Recht auf Arbeit – Recht auf Tätigkeit; welchen Stellenwert hätte dann noch Arbeit

Eugen Bierling-Wagner (Armutskonferenz, Wien)

Andreas Exner (Social Innovation Network / Redaktionsmitglied der “Streifzüge”, Klagenfurt)

Lieselotte Wohlgenannt (Katholische Sozialakademie, Wien)

3. Arbeit in Zeiten der Globalisierung.

Fairer Handel – faire Arbeit. Verlagerung von Arbeit: schlecht für uns, gut für die armen Länder? Neue Definition von Wohlstand, abgekoppelt von der Schimäre „Bruttosozialprodukt“

Hans Eder (INTERSOL, Salzburg)

Herbert Rauch (ESD, Wien)

Walther Schütz (Bündnis für Eine Welt/ÖIE, Villach)

4. Arbeit ist das halbe Leben. Und die andere Hälfte?

Arbeit und Muße, Entschleunigung, ... Krank durch Arbeit – krank durch Arbeitslosigkeit. Volkswirtschaftliche Auswirkungen?

Thomas Diener (Fairwork, Zürich)

Christian Lackner (Verein zur Verzögerung der Zeit / Universität, Klagenfurt)

Christian Moser (Obmann des Vereins „ArbeitslosensprecherIn“, Braunau)

Klaus Ottomeyer (Universität, Klagenfurt)

5. Arbeit und Geld.

Neue Geldmodelle, Lokalwährungen, Tauschkreise, Kapitalmärkte ...

Max Deml (Grünes Geld, Wien)

Marianne Schallhas (Arbeitsgemeinschaft Gerechtes Wirtschaften, Wolfpassing)

Maria Prem (Talentenetz Oststeiermark [Tauschkreise]/ Styrrion

[Regionalgeld], Pischelsdorf)

6. Praktische Umsetzung für Menschen mit besonderen Bedürfnissen

Wie können Menschen mit besonderen Bedürfnissen, insbesondere schwerer behinderte Menschen, am Erwerbsleben teilnehmen? Vorstellungen der EU, notwendige Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Theresia Metzler (Institut für Sozialdienste, Götzis [Vorarlberg])

Thomas Wögerer (alpha nova, Graz)

Franz Wolfmayr (Chance B, Gleisdorf)

Gabriele Huterer (vamos - Verein zur Integration, Markt Allhau)

Kamingespräch “Arbeit und Globalisierung”

Moderation Walther Schütz (Bündnis für Eine Welt/ÖIE, Villach);

Hans Eder (INTERSOL, Salzburg): Solidarwirtschaft – Solidargesellschaft: Potentiale mobilisieren – „würdevolle“ Arbeit schaffen. (Erfahrungen aus Lateinamerika: Chile... für uns?)

Klaus Ottomeyer (Uni Klagenfurt): Was macht Globalisierung mit uns? Entfremdung, Identitätszerstörung und gesundheitliche Auswirkungen. Und welchen Wert hat Arbeit für die Identität?

Herbert Rauch (ESD, Wien): Die Wende der Titanic – zu einer anderen Form von Arbeit weltweit

Günter Wind (panSOL, Eisenstadt): Energiewende ist Wirtschaftswende.

Foto siehe Seite 9.

PolitikerInnen und ExpertInnen zum Symposiumsthema

Moderation: Walter Reiss (ORF)

Gülmihri Aytac (Islamische Glaubensgemeinschaft)

Lois Berger (Umweltbeauftragter der Diözese Eisenstadt)

Franz Glaser (Abg. zum NR, ÖVP)

Erwin Kaipel (Abg. zum NR, SPÖ)

Manfred Koch (Superintendent der Evangelischen Kirche Burgenland)

Karl Öllinger (Abg. zum NR, Die Grünen)

Foto siehe Seite 9.

(Es handelt sich hier um das ursprünglich ausgesandte Programm. Klaus Ottomeyer und Franz Glaser konnten an der Veranstaltung leider nicht teilnehmen).

Einige Eindrücke



Zwei Blicke ins Plenum: über 90 Menschen nahmen am Symposium teil.



Arbeitskreise – lebhaftes Gespräche, dank des Schönwetters auch oft im Freien...



„Kamingespräch“ – kein wirklicher Kamin, aber das wäre im Juni ja wohl nicht nötig



Das ExpertInnenpodium: v.l.n.r. Lois Berger (kath. Kirche), Gülmihri Aytac (islam. Glaubensgem.), Manfred Koch (evang. Kirche), Walter Reiss (ORF), Erwin Kaipel (SPÖ) und Karl Öllinger (Grüne). Franz Glaser (ÖVP) war leider verhindert.



Auch der Genuss durfte nicht fehlen: Siegerehrung für das Bauerngolf-Turnier, ...



...KünstlerInnen beim abendlichen Gartenfest



Anstellen zur Essensausgabe



Viele gute Gespräche auch beim Fest...



...und in den Kaffeepausen.

Die Hauptreferate

Thomas Diener: Die Arbeitswelt neu erfinden

Vorrede

In diesem Vortrag möchte ich Sie auf eine Reise einladen. Wir können diese Stunde auch ein Experiment oder eine Expedition nennen. Der Ausgangspunkt ist die Arbeitswelt, wie wir sie heute vorfinden. Wenn wir genau hineinspüren, nehmen wir viel Druck und Angst wahr. Gerade auch erfolgreiche Menschen, die ein Loblied auf die schöne neue Arbeitswelt, auf Individualisierung und Flexibilisierung singen, haben oft einen gehetzten Blick und wirken atemlos. Können wir ihnen trauen?

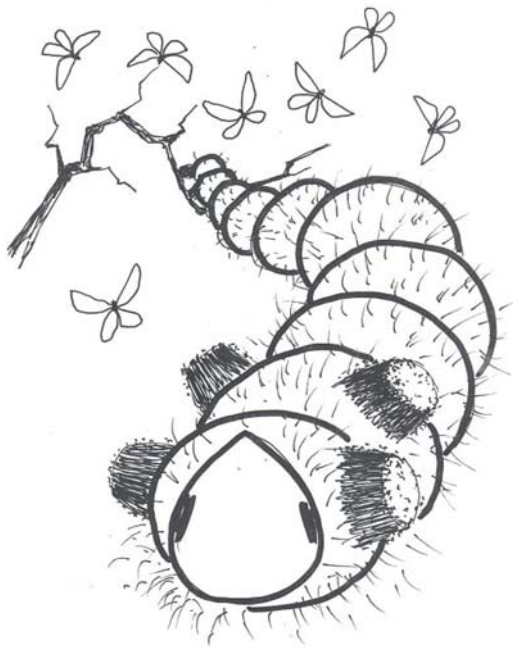
Auf der anderen Seite haben wir es vielleicht auch satt, uns die täglichen bad news anzuhören und vor der Arbeitswelt – diesem unfassbaren Gespenst, dass wir alle zu kennen glauben – in Lähmung zu erstarren.

Wenn wir ehrlich sind, stellen wir fest, dass wir nur eine gewisse Dosis an negativen Informationen sinnvoll verarbeiten können. Auch wenn diese als Kampfansage gegen ungerechte Verhältnisse verstanden werden, solange sie uns lähmen, unterstützen sie diejenigen, denen die Angst nutzt. Und das sind die Profiteure der aktuellen Situation. Wen wir alles dazu zählen ist, unserer politischen Weltanschauung überlassen.



Wir sind gelähmt im Angesicht der globalen Wirtschaft... Illustration: Hansjörg Steinmann

- Großkapitalisten
- Manager von Großkonzernen
- Demagogen und Fundamentalistinnen aller Richtungen
- Gewerkschaftsbosse
- Politikerinnen
- Und schlussendlich auch wir selbst, in unserer Trägheit, etwas zu verändern und unserer Unfähigkeit, uns in funktionierenden Netzwerken zu organisieren und mit Hilfe der heutigen technischen Möglichkeiten ein Umfeld zu gestalten, in dem wir mit Freude, Engagement und Begeisterung schaffen.



*Probleme sind Raupen, Lösungen Schmetterlinge.
Illustration: Hansjörg Steinmann*

In diesem Vortrag geht es mir nicht nur um gute oder schlechte Fakten, sondern um die alltäglichen Möglichkeiten, etwas zu verändern, und die kleinen Spielräume, die wir sehen und nutzen können.

Das ist mein Ziel für diesen Vortrag. Wenn es uns in dieser Stunde gelingt, im Bezug auf die Arbeitswelt die eine oder andere einengende Wirklichkeit als Mythos zu erkennen und unsere Welt dadurch ein Stück offener und gestaltbarer zu machen, werde ich sehr zufrieden sein.

Für diese Arbeit brauchen wir Netzwerke. Ich möchte daher an dieser Stelle den OrganisatorInnen dieses Symposiums danken. Sie haben diesen Raum eröffnet, in dem wir uns in den nächsten 3 Tagen diesen Themen widmen können und vielleicht die eine oder andere Raupe, die wir „Problem“ nennen, so lange zu pflegen, bis sie sich als Schmetterling entpuppt.

Wenn ich gerade das Thema Vernetzung anspreche: Wir werden uns hier die nächsten 3 Tage in verschiedenen Zusammensetzungen gegenseitig austauschen. Machen wir doch einen ersten bescheidenen Anfang: Schauen Sie mal, wer rechts, links, vor und hinter Ihnen sitzt und wechseln sie ein paar Worte mit jemandem, den sie nicht kennen. Ich werde dann mit dem Vortrag in 5 Minuten weiterfahren.

(5 Minuten Pause)

Mythos Arbeitswelt

Ich habe vorhin vom Mythos Arbeitswelt gesprochen. Diesen Mythos möchte ich in den nächsten Minuten mit Ihnen genauer ausloten. Bevor wir jedoch damit anfangen, möchte ich kurz sagen, warum mir das so wichtig scheint:

Wohin sich die Zukunft der Arbeit entwickeln wird, hängt stark davon ab, wie wir die Gegenwart wahrnehmen. Das ist natürlich eine Binsenwahrheit: Zukunftsbilder wirken auf unsere Entscheidungen zurück, und die Summe unserer Entscheidungen schafft zukünftige Realitäten. Niemand von uns kann in die Zukunft sehen, und das, was wir normalerweise Zukunft nennen, ist daher nichts anderes als die Gegenwart mit all unseren Hoffnungen und Befürchtungen. Das lässt sich auf eine einfache Gleichung bringen:

Formel für Zukunft

$$\text{Zukunft} = \text{Gegenwart} + \text{Hoffnungen} - \text{Befürchtungen}$$

Bevor wir uns mit den Hoffnungen und Befürchtungen auseinandersetzen, möchte ich mich erst einmal der Gegenwart zuwenden. Es nimmt mich wunder, welche

Arbeitsrealität wir hier in diesem Saal teilen. Dafür möchte ich eine kleine Befragung machen. Normalerweise macht man das ja mit Hand hochhalten oder aufstehen. Da es jedoch auch Menschen hier im Raum hat, die sehbehindert sind, möchte ich für einmal akustisch arbeiten.

1) Dafür bitte ich erst mal alle, die in einem festen Arbeitsverhältnis von – sagen wir mal mindestens 80 % - stehen leise zu summen. Etwa so: HMMMMM

Danke.

2) Und jetzt summen alle, die größtenteils freischaffend sind.

Danke

3) Und jetzt diejenigen, die offiziell erwerbslos sind

Danke

4) Alle, die insgesamt weniger als 50 Prozent in der Erwerbsarbeit stehen.

Danke

5) Jetzt all diejenigen, die in ihrer Arbeit hauptsächlich Güter produzieren. Also all diejenigen, die im engeren Sinn mit ihren Händen, mit Werkzeugen oder an Maschinen arbeiten und damit Gegenstände und Produkte herstellen. Bauern zähle ich nicht zu dieser Gruppe.

Danke

6) Und jetzt all diejenigen, die vorwiegend Lebensmittel anbauen. Also Bäuerinnen, Gärtner, Winzerinnen usw.

Danke

7) Jetzt all diejenigen, die vor allem mit Ideen, Informationen, Wissen und Konzepten arbeiten. Also alle Beraterinnen, Lehrer, Ingenieurinnen, Journalisten, Werbeleute, EDV-Spezialistinnen, Erzieher usw. Ich zähle der Einfachheit halber auch die Ärztinnen und die Therapeuten, die Pfarrerinnen und die Künstler dazu.

Danke

8) Und jetzt noch diejenigen, die alle anderen Formen von Dienstleistungen anbieten. Also Verkäuferinnen, Krankenpfleger, Gebäudereinigung, Handwerk, Gartenunterhalt, Köchinnen, Kellner, usw.

Wer im Raum hat bis jetzt noch nie gesummt? Wen haben wir bis jetzt vergessen?

Drei Fragen mochte Ich Ihnen noch zumuten:

9) Ich bitte all diejenigen zu summen, die mit ihrer Work-Life-Balance im großen und ganzen zufrieden sind.

Danke

10) und alle, die lieber weniger arbeiten würden.

Danke

11) Wer unter Ihnen fühlt sich unterbeschäftigt und möchte eher mehr arbeiten?

Danke

Es lässt sich unschwer erahnen, was ich mit dieser kleinen akustischen Umfrage erreichen wollte. Seit mehr als 25 Jahren sprechen wir vom Ende des Industriezeitalters.

Die langen Jahre der Industrialisierung haben eine Arbeitswelt geprägt, deren Muster weit über die reine Industriearbeit hinausgehen. Das hat eine sehr eingeschränkte Definition von Arbeit hervorgebracht.



Definition von Arbeit im Industriezeitalter:

"Arbeit ist die von einem Arbeitgeber einem Arbeitnehmer eingeräumte Möglichkeit, direkt oder indirekt an der Produktion von Gütern mitzuwirken."

Walther Ch. Zimmerli

Diese Definition von Arbeit hat viel mit Entfremdung zu tun. Charly Chaplin hat das in seinem Film Modern Times sehr schön dargestellt, und alle, die nicht das Fußballmatch Korea - Schweiz anschauen wollen, haben heute Abend die Möglichkeit, diesen wunderbaren Film zu sehen.

Tatsächlich ist heute natürlich nur noch ein kleiner Teil der Arbeit passend zu dieser Definition, und trotzdem: Wir beziehen

Arbeit – mit allem was damit zusammenhängt, wie Arbeitsverträge, Gesetzgebung usw. – nach wie vor darauf.

Daraus sind eine ganze Reihe von Mythen entstanden:

MYTHOS 1: Wirtschaft = Gütertausch

Wir gehen davon aus, dass die Marktwirtschaft davon lebt, dass reale Güter getauscht werden und dass es ohne diese keine reale Wertschöpfung gäbe. In dieser Logik ist es unvorstellbar, dass ein Unternehmen wie der Cirque du Soleil, der im Moment wohl erfolgreichste Zirkus der Welt aus Kanada, seinem Mutterland mehr Dividenden einspielt als der größte kanadische Holzverarbeiter. Der Cirque du Soleil ist übrigens in den achtziger Jahren von einer Gruppe von Straßen-Artisten gegründet worden.

Wertschöpfung geschieht heute eben gerade nicht mehr in der industriellen Produktion, sondern in einem Bereich, den ich eher dem Design zuordnen würde. Im Erzählen von Geschichten. Denken Sie an Harry Potter oder an Bollywood – Indiens Filmindustrie - die mittlerweile vom Umsatz her sogar Hollywood überflügelt hat.

Wertschöpfung liegt im Erfinden von Mythen. Dazu gehört auch das Marketing. Wir bezahlen ja bei Nike-Schuhen nicht den Produzenten irgendwo in Vietnam. Der bekommt für ein Paar Schuhe – und das ist traurig genug - weniger als 1 Euro. Mindestens 15 Euro von einem 100 Euro-Schuh gehen dafür als Gewinn an die Markenfirma. Nike ist heute viel mehr ein sorgsam gepflegter Mythos als ein materielles Produkt.

Wenn ich Design sage, denke ich auch an das Gestalten von Prozessen. Ein Unternehmen wie Mobility in der Schweiz ist dafür ein gutes Beispiel. Es ist die weltweit größte CarSharing-Genossenschaft und unterhält an 1000 Standorten 1750 Autos. Das ganze Buchungssystem ist so ausgeklügelt, dass es in der Schweiz tatsächlich für viele Menschen keinen Sinn mehr macht, ein eigenes Auto zu besitzen. Unschwer zu erahnen, dass diese erweiterte Sicht auf Design auch viel mit Nachhaltigkeit zu tun hat. In Minergiehäusern steckt nicht mehr Material, sondern mehr Intelligenz als in konventionellen Bauten.

MYTHOS 2: Koppelung Lohn – Zeit

Der zweite Mythos ist eng mit dem ersten verknüpft. In der industriellen Produktion gibt es eine klare Koppelung von Lohn und Zeit. Sobald wir anfangen, Arbeit vorwiegend als Design zu interpretieren, merken wir, wie sinnlos das ist. Es spielt keine

Rolle, ob eine Idee in 5 Minuten oder in 2 Tagen entstanden ist. Wichtig ist allein, wie gut sie ist. Wie clever sie auf die gegebene Situation eingeht und wie stark dabei Synergien und brachliegendes Potential genutzt werden. Trotzdem rechnen die meisten Beraterinnen immer noch auf Stundenbasis ab.

Die meiste Arbeit, die im Moment gefragt und nötig ist, liegt in diesem kreativ-konzeptionellen Bereich, den ich einem erweiterten Designbegriff zuordne. Wenn wir ehrlich sind: Überarbeitete und ausgelaugte Menschen bringen in diesem Bereich keine großartigen Leistungen. Wir müssen uns den Luxus von Muße erlauben, um Situationen richtig zu analysieren und kreativ und lustvoll darauf zu reagieren.

Dieses Prinzip ist sogar auf so traditionelle Bereiche wie die Landwirtschaft übertragbar. Mein großes Vorbild in diesem Feld ist Masanobu Fukuoka, ein Mikrobiologe und Bauer, der seinen väterlichen Betrieb total umgekrempelt hat. Jede seiner bahnbrechenden Innovationen beginnt er mit dem Lob der Faulheit. Irgend wann fragte er sich zum Beispiel, warum eigentlich alle Bauern sich mit dem Pflügen der Felder so abrackern. Ohne Pflügen, ohne Chemie, mit den einfachsten Mitteln und mit weniger Arbeit als alle anderen hält er seither seine Felder in Ordnung. Er ist ein Meister des Nicht-Tuns - einer Fähigkeit, die im Taoismus zu einer Kunst entwickelt wurde.

Nach einigen Jahren erntete er sechshundert Kilogramm Reis und sechshundert Kilogramm Wintergetreide auf tausend Quadratmetern. So ein Feld ernährt fünf bis zehn Menschen.

MYTHOS 3: Strukturierte hohe Ausbildung = Jobsicherheit

Der dritte Mythos bezieht sich auf die Ausbildung. Nur wer eine genormte Ausbildung mit den richtigen Diplomen mitbringt, hat eine Chance auf eine sinnvolle und einigermaßen gut bezahlte Arbeit.

Wenn das stimmen würde, hätte ich nicht so viele Menschen mit Hochschulabschlüssen in meinen Kursen. Natürlich ist Bildung wichtig und lebenslanges Lernen nicht nur ein Schlagwort. In den strukturierten Ausbildungen, die leider noch zu oft auf die Bedürfnisse des Industriezeitalters zugeschnitten sind, entgeht uns jedoch eine wesentliche Erkenntnis: Originalität ist heute genau so wichtig wie Norm. Und hier kommen wir jetzt in den Kernbereich meines Vortrages:

Je mehr es uns gelingt, uns von den Normen und Vorurteilen zu lösen, die mit der industriellen Arbeitsweise zusammenhängen, um so mehr Mut entwickeln wir, dem nachzugehen, was uns wirklich interessiert. Dadurch kommen wir in gewisser Weise immer näher an unsere Individualität heran und dort liegt auch arbeitsmäßig unser größtes Potential.

Das individuelle Potential

Warum konzentrieren wir uns beim Navigieren in der Arbeitswelt nicht häufiger auf unsere ganz individuellen Qualitäten, Fähigkeiten und Neigungen? Ein Grund könnte sein, dass wir oft beurteilen statt wahrnehmen. Wir bewerten unsere Fähigkeiten auf Grund von Situationen, und so werden automatisch Stärken und Schwächen aus ihnen. Die Qualitäten, die wir als Schwäche erleben, mögen wir nicht an uns, und wir beginnen sie auszublenden.

Dazu fällt mir die Geschichte eines Klienten ein. Er war ein geborener Whistleblower, also ein Mensch, der Missstände, illegales Handeln oder allgemeine Gefahren aufdeckt

und an die Öffentlichkeit bringt. Das ist eine Eigenschaft, die in den meisten Organisationen, in denen er arbeitete, nicht geschätzt wurde. In seiner Berufslaufbahn reihte sich Kündigung an Kündigung. Durch diese Erfahrungen kam er zum Schluss, dass er offenbar ein unangenehmer Zeitgenosse ist und sich endlich zusammenreißen sollte, um umgänglicher zu werden. Wir arbeiteten daran, seine speziellen Qualitäten willkommen zu heißen, und überlegten uns, in welchem Kontext er sie sinnvollerweise einsetzen könnte. Er bewarb sich darauf um eine Stelle als Kampagnenleiter in einer Umweltorganisation, und er ist jetzt fünf Jahre später immer noch dort. Die Qualität des Whistleblowers wird in diesem Umfeld geschätzt! Er ist mutig, lässt sich nicht von Autoritäten beeindrucken und tritt mit seinen Einsichten und Meinungen immer wieder gekonnt an die Öffentlichkeit.

Es fällt uns offensichtlich sehr schwer, unsere individuellen Fähigkeiten zu schätzen und uns dann zu überlegen, wo wir diese sinnvoll einsetzen können. Können wir überhaupt Fähigkeiten und Eigenschaften in einem Raum wahrnehmen, der frei ist von Wertung?

Jetzt werden Sie sagen: Aber es gibt doch Eigenschaften, die eindeutige Schwächen sind. Da bekommt einer einen Job nicht, weil er blind ist. Heißt das nicht, dass blind sein in jedem denkbaren Kontext eine Schwäche ist?

Ja und Nein!

Blind sein, ist selbstverständlich keine Qualität. Es ist die Abwesenheit von etwas, nämlich von der Fähigkeit zu sehen.

Wie kann es sein, dass wir offenbar die Tendenz haben, uns eher über die Abwesenheit von Fähigkeiten zu definieren als über unsere Qualitäten? Wir fixieren uns auf Fähigkeiten, von denen wir ausgehen, dass sie der "Durchschnittsmensch" beherrschen sollte. Der Frust ist dabei natürlich vorprogrammiert, da die Liste der Dinge, die wir nicht können, unendlich lang ist.

Ich persönlich bin z.B. schlecht in Orthografie, kann kein Flugzeug steuern, kann von den meisten Sprachen, die in dieser Welt gesprochen werden, kein einziges Wort verstehen, kann mir Namen ganz schlecht merken... Diese Liste kann ich beliebig verlängern.

Nicht der Norm zu entsprechen ist ein Stigma. Wir bemühen uns daher, durchschnittlich zu sein und nicht aufzufallen. Wenn wir jedoch diese Sichtweise ablegen, wird es spannend: Normalerweise schärft die Abwesenheit der einen Fähigkeit automatisch eine andere: Blinde Menschen bewegen sich zum Beispiel sehr viel sicherer durch dunkle Räume als wir Sehenden. Dieses „sich im Dunkeln zurechtfinden“ ist nun eine Fähigkeit, die im richtigen Kontext zu einer Stärke werden kann.

Mit diesem Fokus werden wir eher versuchen, unser ganz individuelles Profil herauszuarbeiten, statt uns den Durchschnittserwartungen anzupassen.

An diesem Punkt möchte ich eine These wagen: Obwohl wir immer noch im Mythos einer genormten Arbeitswelt leben, an die wir uns gefälligst anpassen sollten, sieht die Realität schon heute ganz anders aus: Je individueller und einmaliger jemand ist, um so interessantere Möglichkeiten eröffnen sich ihm. Diese Tendenz wird sich in Zukunft wahrscheinlich noch eher verstärken.

Diese Sichtweise ist gerade auch auf Menschen mit besonderen Bedürfnissen übertragbar. Oft sind es nämlich auch Menschen mit besonderen Fähigkeiten. Wir müssen diese nur wahrnehmen.

Mit dem Wahrnehmen ist es dann natürlich noch nicht getan. Es braucht auch entsprechende Arbeitsfelder und Projekte, in denen diese Fähigkeiten zu Stärken werden können. Diese Form der Projektentwicklung lässt sich auf fast alle Bereiche der Sozialarbeit anwenden, und es gibt auch in fast allen Bereichen funktionierende Beispiele.

- Beispiel 1: Das Restaurant "Blinde Kuh" ist so ein funktionierendes Projekt. Blinde Menschen arbeiten für Sehende in einem stockdunklen Raum. Die Blinde Kuh ist ein Restaurant und ein Kulturbetrieb. Initiative Menschen haben zusammen mit der Stiftung *blind-liecht* diesen Raum geschaffen.
- Beispiel 2: „Migrantin sein“ ist keine Schwäche, sondern eine Eigenschaft. Eine Qualität davon ist zum Beispiel, eine vom Gastland abweichende Muttersprache zu sprechen. Im richtigen Umfeld wird das zur Stärke. Dazu gibt es ein vielversprechendes Projekt am Unispital in Frankfurt. Dort wurden alle Muttersprachen erfragt, und von den Reinigungskräften bis zu den Chefarzten kamen über 50 Sprachen zusammen. Alle interessierten Migranten, egal in welchem Bereich sie im Spital arbeiten, bekamen dann die Möglichkeit, sich zu medizinischen ÜbersetzerInnen weiterbilden zu lassen. Diese Dienstleistung war so erfolgreich, dass das Unispital sie heute auch an andere Gesundheitseinrichtungen weitervermittelt.
- Beispiel 3: Straffällige Jugendliche haben mit ihrer Lebenssituation nicht nur ein Problem, sondern auch ein Lernfeld: Kleinkriminelle sind Unternehmer, und in ihrem Alltag haben sie Fähigkeiten trainiert, die sie im richtigen Kontext gewinnbringend und ohne Gesetze zu brechen umsetzen können. Ein Projekt in Amerika arbeitet exakt mit diesem Ansatz. Statt dass die Straßen-Erfahrung der Jugendlichen als schlecht und falsch hingestellt und dadurch entwertet wird, wird sie zur Basis einer neuen sinnstiftenden Identität.

Die Arbeit neu erfinden

Natürlich tönt das jetzt alles idyllisch und positiv - und ich habe auch den Druck nicht vergessen, von dem wir im ersten Teil des Vortrages gesprochen haben.

Erschöpfungsdepressionen, Burnouts, Mobbing – all das nimmt zu. Das sind doch schon längst keine individuellen Probleme einzelner unglücklicher Menschen mehr. Die Sockelarbeitslosigkeit ist eine Tatsache, und Wirtschaftsleute und Politiker aus allen Richtungen sind sich zumindest in der Einschätzung einig, dass es im gegenwärtigen System nie mehr zu einer Vollbeschäftigung kommen wird.

All das sind Zeichen eines epochalen Umbruchs der Arbeitswelt, und wir tun gut daran, diese Entwicklung zu verstehen, um sie für humane und soziale Anliegen zu nutzen.

Die **Industrialisierung** war geprägt durch eine gewaltige Konzentration von Menschen, Know-how, Kapital und Produktionsmitteln. Dieser Prozess der Konzentration hat durch die Entwicklung der Telematik, das Zusammenwachsen von Telekommunikation und Informatik, eine zusätzliche Dimension erhalten. Gleichzeitig ermöglicht die Telematik aber auch eine gegenläufige Bewegung. Die wesentlichen Werte des "Design-Zeitalters" (um bei meiner eigenen Terminologie zu bleiben) lassen sich sekundenschnell dezentral in die hintersten Winkel der Erde bringen und können aktive Individuen rund um den Globus vernetzen.

Der zweite große Prozess der Industrialisierung war die Automatisierung von Abläufen. Dieser Prozess hat durch die EDV natürlich nochmals stark an Dynamik gewonnen. Theoretisch ist alles, was systematisierbar ist, auch automatisierbar geworden. Dazu gehören nicht mehr "nur" Produktionsprozesse wie die Herstellung von Autos, sondern im zunehmendem Maße auch Verwaltungs- und Kommunikationsprozesse. Ich denke da an den Bankomaten, an den wir uns schon lange gewöhnt haben, und die Selbstscan-Kasse, an die wir uns in den nächsten Jahren werden gewöhnen müssen, wenn wir in Supermärkten einkaufen.

Nun ist ja Automatisierung grundsätzlich nichts Schlechtes. Sie könnte uns auch aus Zwängen befreien.

Sie können sich mal den Spaß machen auszurechnen, wie viele Diener oder Sklaven Sie haben müssten, um ihre Waschmaschine, ihren Staubsauger, ihre Abwaschmaschine, ihr Auto, ihre Zentralheizung und ihre Stereoanlage sowie all die anderen kleinen Helfer im Haushalt zu ersetzen.

Wir haben heute in vielen Bereichen einen Lebensstil erreicht, der in früheren Zeiten Fürsten vorbehalten war. Zu einem Teil geht das noch auf „Kosten“ von schlecht bezahlten ArbeiterInnen im Süden. Zum Teil auch auf Kosten der Umwelt. Zu einem wachsenden Teil aber ist es auf die Zunahme von intelligentem Design zurückzuführen.

Mit *mehr* Dingen können wir unsere Lebensqualität heute sicher nicht mehr steigern, jedoch mit intelligenteren Produkten und Abläufen. Damit können wir auch gleichzeitig Ungerechtigkeiten abbauen: Stichwort: Fairer Handel und ökologischer werden: Stichwort Energieeffizienz, Abfallmanagement usw.

Was bleibt, wenn sich die Arbeit aus den Fesseln der Produktionssystem befreit, weil diese mehr und mehr auch ohne unser Zutun funktionieren?

Es bleibt diejenige Arbeit, die sich nicht systematisieren lässt, und das ist grundsätzlich die menschlichere. Wir Menschen sind mehr als eine Maschine, und wir leiden, wenn wir unsere Kreativität und unsere Spontaneität ständig auf das Niveau von Maschinen reduzieren. Der Mensch will spielen, und wo er mit ermüdender und repetitiver Arbeit konfrontiert ist, braucht er zumindest kleine Freiräume, die er selber gestalten kann. Monotone Handarbeit wird zum Beispiel dadurch erträglich, dass sie im Rahmen von anregenden sozialen Interaktionen stattfindet. Wenn ich das sage, habe ich Bilder von Waschküchen im Kopf oder sehe Arbeiterinnen, die in einer Fabrik Zigarren drehen und sich dabei angeregt unterhalten, oder auch singende Feldarbeiter.

Ein Bereich der Arbeit wird – so glaube ich auf jeden Fall - nie von Maschinen übernommen werden können. Alles was mit echter Kommunikation zu tun hat, mit Begegnung, mit Kreativität, mit Ästhetik, mit Gefühl und mit konzeptionellem Arbeiten, wird in Menschenhand bleiben. Natürlich lassen sich auch einfache Kommunikationsvorgänge wie das Wechseln von Geld oder das Lösen eines Fahrscheins automatisieren. Aber auch da gilt: diese Vorgänge sind so reduziert, dass sie 100% systematisierbar sind.

Statt uns an eine Arbeitswelt anzupassen, die eigentlich am Verschwinden ist, können wir uns individuell und mit kleinen Schritten schon heute einer Arbeitsform nähern, die in Zukunft Bestand haben wird.

Als Einzelner kann ich das dadurch tun, dass ich um mich herum eine Arbeitswelt aufbaue, die meinen individuellen Fähigkeiten und Neigungen und Interessen

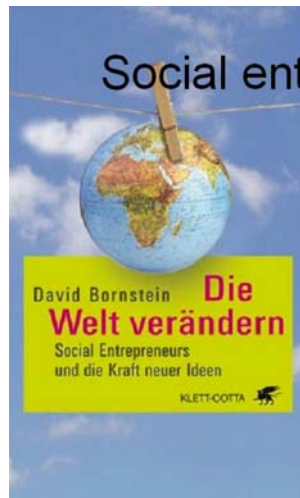
entspricht. Wir können den Mut entwickeln, etwas zu tun, was uns begeistert, etwas was wir – wie Frithjof Bergmann sich ausdrücken würde – "wirklich, wirklich wollen".

Das ist schon heute möglich, dafür müssen wir nicht auf eine bessere Arbeitswelt warten, und ich könnte Ihnen Dutzende von mehr oder weniger gelungenen Beispielen aus meiner Arbeit erzählen. Ich bin sicher, wenn sie darüber nachdenken, werden Sie solche Beispiele auch in ihrem Bekanntenkreis finden.

Natürlich ist der Weg, den diese Menschen eingeschlagen haben, auch nicht immer einfach. Es gibt viele mentalen und auch institutionellen Hürden zu bewältigen. Die meisten von uns haben für Jahre – und oft fängt das ja schon in der Schule an – in einem kreativitätstötenden Umfeld gelebt. Wir sind es gewohnt zu funktionieren, aber die wenigsten von uns sind es noch gewohnt zu gestalten, Risiken einzugehen, eigenes auszuprobieren, daran zu scheitern, daraus zu lernen und dann nochmals neu anzufangen. Wir erwarten, dass uns irgendjemand – der Staat oder "die Wirtschaft" – einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellt.

Dass Arbeit auch etwas ist, was wir selber kreieren könnten, etwas, was wir selber wirklich, wirklich wollen, scheinen wir vergessen zu haben.

Social Entrepreneurship – die Fähigkeit, selbständig aktiv zu werden mit Projekten, die sozial, ökologisch und wirtschaftlich funktionieren, ist in unserer Kultur leider noch eine Mangelware. Trotzdem sehe ich eine ganze Anzahl junger Menschen diesen Weg gehen, und das stimmt mich optimistisch.



Die Kunst selbsttätig aktiv zu werden mit Projekten, die sozial, ökologisch und wirtschaftlich funktionieren

- **Beispiel 1:** Eine junge Frau kommt von einem Arbeitseinsatz im Ausland begeistert zurück. Sie stellt fest, dass es für die Organisation Workcamp keine Anlaufstelle in der Schweiz gibt. Sie knüpft die richtigen Kontakte, findet Sponsoren und schließt sich einem neu gegründeten Netzwerk für Jugendförderung an, in dessen lebendigem Büro sie seither als Kontaktstelle von Workcamp-International arbeitet.
- **Beispiel 2:** Ein junger Mann bildet sich neben seinem Job als Kellner bei großartigen Lehrern im Bereich Tanz und Theater weiter. Er ist total begeistert von den höfischen Tanzformen des Barockzeitalters. Fast niemand beschäftigt sich mit so einem "abwegigen" Thema, und Menschen, die von etwas begeistert sind, lernen schnell. So wird er innerhalb kürzester Zeit zu einem Experten in diesem Feld, und nach ersten Projekten und einem schnell wachsenden Beziehungsnetz ist er heute ein gefragter Kursleiter für Musikhochschulen. Dort gibt er Seminare in Barocktanz und in den höfischen Traditionen, und diese Seminare sind für Musiker interessant, die sich auf Barockmusik und authentische Aufführungspraxis spezialisieren. Auch in Theaterprojekten sehe ich seinen Namen immer öfters.
- **Beispiel 3:** Ein junger Journalist lernt in Amerika einen alten Donut-Bäcker kennen, und die kleinen runden süßen Dinger lassen ihn nicht mehr los. Er dokumentiert alles in dieser Bäckerei und kommt mit Rezepten zurück in die Schweiz. Dort

beginnt er zusammen mit einem Freund mit Donut-Gebäck zu experimentieren und eröffnet ein Jahr später mit wenig Geld die erste Donut-Bäckerei in der Schweiz. Seine Erfahrung im Bereich PR und Journalismus setzt er jetzt in eigener Sache ein, und nach einem finanziell sehr schmalen ersten Jahr, in dem er viel experimentiert und das entsprechende Lehrgeld bezahlt, beginnt sein Business zu funktionieren. Jetzt will er erwerbslose junge Erwachsene in sein wachsendes Geschäft integrieren.

Wenn ich von Social Entrepreneurs rede, meine ich damit nicht die Masse der „Neuen Selbständigen“, die gezwungenermaßen und oft mit trotziger Verzweiflung in eine verhängnisvolle Falle laufen: Selbstausbeutung, verminderte soziale Sicherheit und fehlendes Beziehungsnetzwerk finden wir bei vielen "Ich-AG's", und das ist sicher keine Lösung.

Es ist auch nicht so, dass jeder originelle Mensch das Potential hat, ein Unternehmer zu werden. Hier braucht es Assistenz. Es braucht Menschen, die anderen helfen, ihre wirtschaftliche Existenz auf ihren eigenen Stärken und Fähigkeiten zu begründen. Diese Hilfe, diese Assistenz ist in sich natürlich auch in sich wieder kreative Arbeit. Gerade auch in Projekten für Menschen, die im konventionellen Arbeitsmarkt wenig Chancen haben, eröffnen sich durch Social Entrepreneurs neue Möglichkeiten. Statt normative Sozialarbeit tritt kreative Projektbegleitung in den Vordergrund.

Politische Lösungsvorschläge

Neben den individuellen Lösungsansätzen gilt es natürlich auch die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen anzuschauen. Diese stammen aus dem Industriezeitalter und sind gerade auch dort, wo sie eigentlich soziale Anliegen verteidigen, sehr defensiv.

Ich möchte hier einen sehr pauschalen und holzschnittartigen Überblick geben:

Es gibt die politische Linke und die Gewerkschaften, deren Anliegen lässt sich beschreiben mit den Stichworten: soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Sicherheit für die sogenannten "kleinen Leute" wie Arbeiterinnen, Rentner usw.

Auf der anderen Seite die politische Rechte, zusammen mit Vertretern der sogenannten "Wirtschaft": diese steht für unternehmerische Freiheit und Selbstverantwortung.

Diese beiden Standpunkte ließen sich eigentlich problemlos unter einen Hut bringen, und ich glaube, dass es genügend soziale Unternehmerinnen und individuelle Freiheit liebende Sozialisten gibt, um für gute Ideen Mehrheiten zu schaffen. Natürlich gibt es in beiden Lagern Dinosaurier, die nur am Machterhalt der jeweiligen Verbände und Institutionen interessiert sind. Ein Mangel an integrativen kreativen Lösungsvorschlägen auf der einen Seite und die Angst vor Veränderung und Machtverlust auf der anderen haben positive Entwicklungen bisher noch nicht so zum Durchbruch verholfen, wie wir uns das vielleicht wünschen würden.

Lösungen, die nicht einfach Symptombekämpfung vorschlagen, sondern echte Systemveränderung empfehlen, gibt es nicht so viele. Im Moment sind vor allem zwei im Gespräch.

- Das bedingungslose Grundeinkommen, das augenblicklich vor allem von Götz Werner in die Öffentlichkeit getragen wird und
- New Work, dessen bekanntester Protagonist Frithjof Bergmann ist.

Beide Ansätze wollen Geld zur Verfügung stellen, um eine neue Art des Arbeitens zu ermöglichen. Das Grundeinkommen setzt dabei stark auf die Selbstorganisationsfähigkeit einer Gesellschaft. Der New-Work-Ansatz will mehr Assistenz, bedingt aber dadurch auch mehr Kontrolle.

Weitere Stichworte sind Regionalwährungen, Gemeinschaftsprojekte usw. Ich möchte im Rahmen dieses Vortrages diese Ansätze nicht ausführen, da sie es verdienen, diskursiv behandelt zu werden, und diese Gespräche in den nächsten Tagen hoffentlich intensiv geführt werden.

Schlusswort

Mein Ziel für diesen Vortrag war es, Mut zu machen, den individuellen Spielraum, den wir haben, in der Arbeitswelt zu nutzen. Wir hatten noch nie ein so großes intellektuelles und technisches Potential, um unsere Geschicke im Bereich der Arbeit selber in die Hand zu nehmen und mit den bestehenden Strukturen in einer Weise zu spielen, die Solidarität, Menschlichkeit und auch Nachhaltigkeit unterstützt. Die Arbeitswelt entwickelt sich in die Richtung des "Design-Zeitalters", und wir sind aufgerufen, unseren ganz individuellen Beitrag zu dieser Neugestaltung zu leisten.

Thomas Diener arbeitet seit 15 Jahren an der Schnittstelle zwischen Projektmanagement und Persönlichkeitsentwicklung (Fairwork, Zürich; www.fairwork.com)

Julia Bock-Schappelwein: Herausforderungen für den Arbeitsmarkt der Zukunft

Einleitung

Globalisierung, technologischer und demographischer Wandel stellen den Arbeitsmarkt vor neue Herausforderungen: Beschäftigungsverluste im sekundären Sektor stehen Beschäftigungsgewinne im Dienstleistungssektor gegenüber. Gleichzeitig nimmt die Fragmentierung und Dynamisierung der Beschäftigung zu. Traditionelle Arbeitsstrukturen brechen auf, die Destandardisierung von Beschäftigungsformen weitet sich aus: atypische Beschäftigungsformen wie Werkverträge, freie Dienstverträge, Teilzeit und Leiharbeit gewinnen an Bedeutung. Zugleich führen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt zu steigender und längerfristiger Arbeitslosigkeit.



Für die Arbeitskräfte und ihre Anpassungsfähigkeit an den strukturellen Wandel bedeutet diese Entwicklung eine große Herausforderung: Die Anforderungen der Unternehmen werden immer komplexer, da die Produktzyklen kürzer und die technologischen Herstellungsverfahren komplizierter werden. Für Unternehmen zählen nicht mehr nur formale Qualifikationen, sondern auch informelle und soziale Kompetenzen gewinnen zunehmend an Bedeutung — die Halbwertszeit der Verwertbarkeit des Wissens aus der Erstausbildung geht zurück und Lernen im Lebenszyklus gewinnt an Bedeutung.

In einem solchen Umfeld gestaltet sich die (Re-)integration von arbeitslosen und sozial ausgegrenzten Personen mit zunehmender Abstinenz vom Arbeitsmarkt immer schwieriger. Darum bedarf es gezielter, politikübergreifender Maßnahmen zur Bekämpfung der sozioökonomischen Ausgrenzung, um — abgestimmt mit der Bildungspolitik — neue Beschäftigungsmöglichkeiten für solche Personengruppen zu schaffen oder bereits bestehende zu adaptieren. Hierbei könnte der dritte Arbeitsmarkt, der neben dem öffentlichen und privaten Markt angesiedelt ist, eine wesentliche Rolle spielen.

Als nicht-gewinnorientierter Arbeitsmarkt, der über NGOs (non-government-organisations) oder NPOs (non-profit-organisations) organisiert wird, eröffnet er bereits jetzt arbeitslosen und sozial ausgegrenzten Personen, behinderten Personen, WiedereinsteigerInnen und älteren Arbeitslosen eine Fülle von Beschäftigungsmöglichkeiten und damit Perspektiven und Chancen, um schrittweise wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die quantitative, aber auch qualitative Bedeutung eines solchen Arbeitsmarktes am Übergang aus der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigung misst sich allerdings nicht nur an den Beschäftigungsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Zielgruppen, sondern auch an den Beschäftigungsperspektiven der Personen, die die Zielgruppen begleiten, und der Eingliederung der NGOs/NPOs in die regionale Wirtschaft und Gesellschaft. Obwohl NPOs/NGOs neben dem privaten und öffentlichen Markt angesiedelt sind, geben sie häufig auch arbeitsmarktspezifische, soziale und wirtschaftliche Impulse für die lokale Wirtschaft und Gesellschaft geben, beispielsweise wenn sie Arbeitsplätze durch ihre (un-)mittelbaren Tätigkeiten absichern,

Vorarbeiten für Unternehmen leisten, Produkte in der Region einkaufen oder klassische Nahversorgerfunktionen (z. B. Lebensmittelladen, Gasthäuser) übernehmen.

Im vorliegenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie die (Re-)integrationsinstrumentarien in einem Arbeitsmarkt der Zukunft ausschauen werden. In einem ersten Schritt wird ein Überblick über die derzeitigen Entwicklungen und Veränderungen am Arbeitsmarkt gegeben und daran anschließend künftige Entwicklungen am Arbeitsmarkt beleuchtet und Beschäftigungsperspektiven für arbeitslose und sozial ausgegrenzte Personen aufgezeigt.

Arbeitsmarkt heute — anhaltende strukturelle Probleme

Infolge des verstärkten Strukturwandels und Wettbewerbsdrucks und den damit verbundenen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in den frühen neunziger Jahren markant. 1990 waren im Jahresdurchschnitt 165.800 Personen arbeitslos gemeldet (5,4% des Arbeitskräfteangebotes der Unselbständigen), 1998 bereits 237.800 Personen (7,2% des Arbeitskräfteangebotes der Unselbständigen). Nach einer anschließenden Erholungsphase stiegen die Arbeitslosenzahlen ab 2000 neuerlich und erreichten 2005 einen Höchststand von 252.700 oder 7,3% des Arbeitskräfteangebots der Unselbständigen (+8.800 oder +3,6% gegenüber 2004).

Mit dem Strukturwandel nahm auch die Beschäftigung im sekundären Sektor ab. Im Jahr 2005 entfielen auf den Sachgüterbereich einschließlich Bergbau, Energie und Bauwesen 27,3% aller Beschäftigungsverhältnisse, d. s. um 5 Prozentpunkte weniger als Mitte der neunziger Jahre. Entgegen dem Beschäftigungsrückgang im sekundären Sektor entwickelte sich die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich so dynamisch, dass die Beschäftigungseinbußen im sekundären Sektor mehr als kompensiert wurden.

Insgesamt wurden 2005 3,110.400 aktiv unselbständige Beschäftigungsverhältnisse gezählt, d. s. um 31.900 oder 1% mehr als 2004 (Frauen: +22.200 bzw. +1,6%; Männer: +9.600 bzw. +0,6%). Der Frauenanteil betrug 44,5%, im Dienstleistungssektor 52,8%. Da besonders Frauen in den expandierenden Bereichen des Dienstleistungssektors beschäftigt sind, waren sie von dieser Entwicklung besonders begünstigt (Abbildungen 1, 2).

Abbildung 1: Sektorale Beschäftigungsentwicklung in Österreich (Veränderung 1990/91-2004/05)

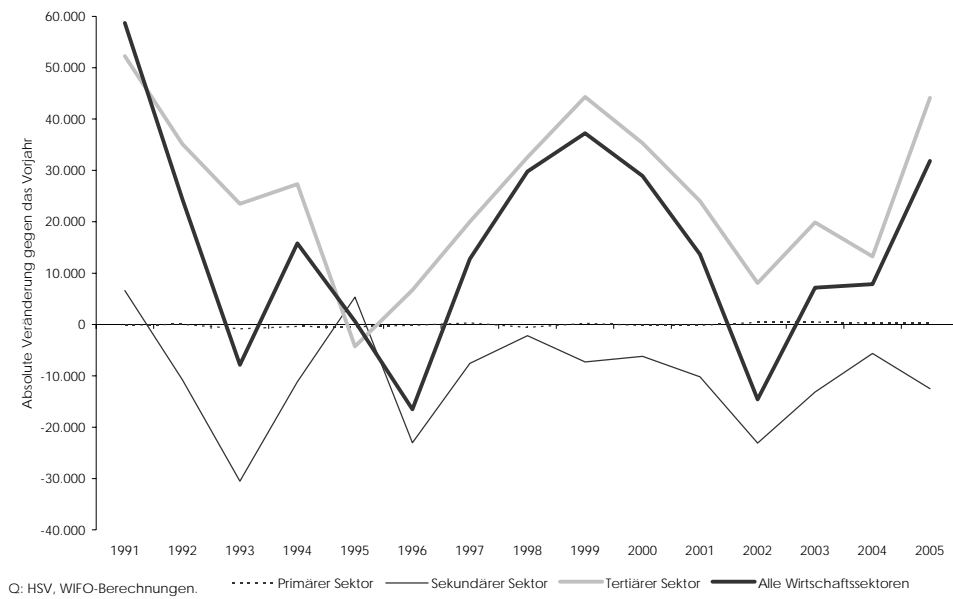


Abbildung 2: Geschlechtsspezifische Beschäftigungsentwicklung in Österreich (Veränderung 1990/91-2004/05)

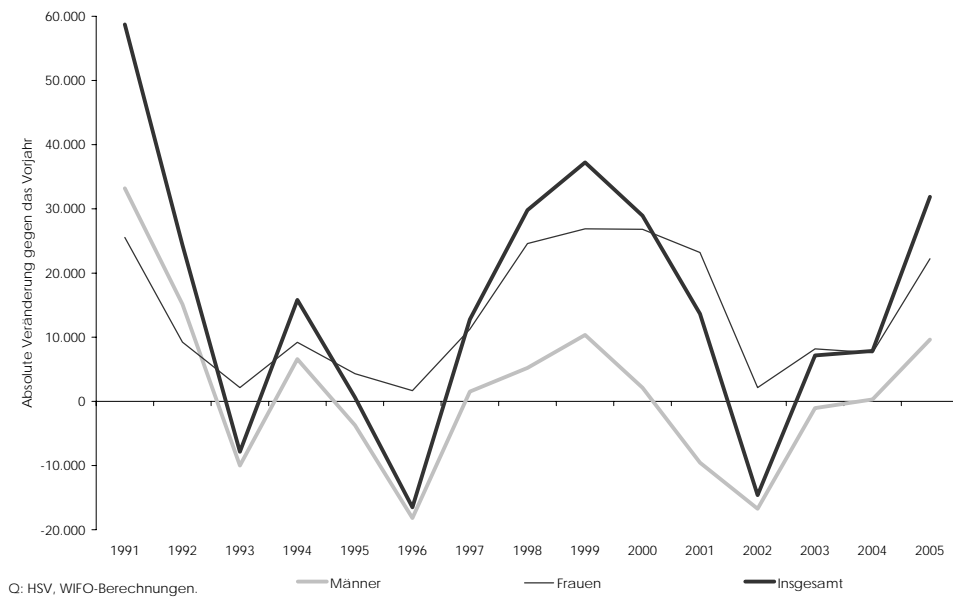


Abbildung 3: Geschlechtsspezifische Arbeitslosigkeitsentwicklung in Österreich (Veränderung 1990/91-2004/05)

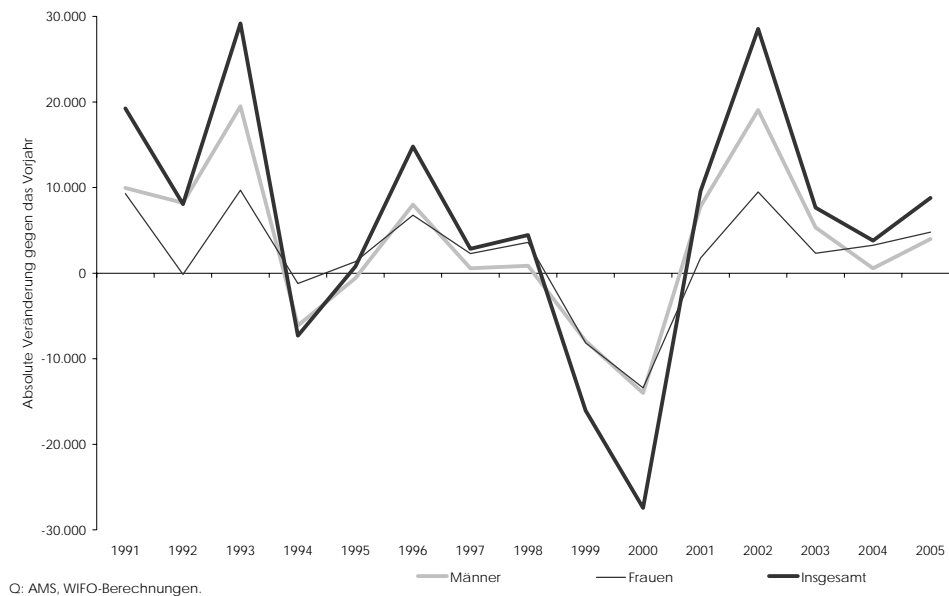
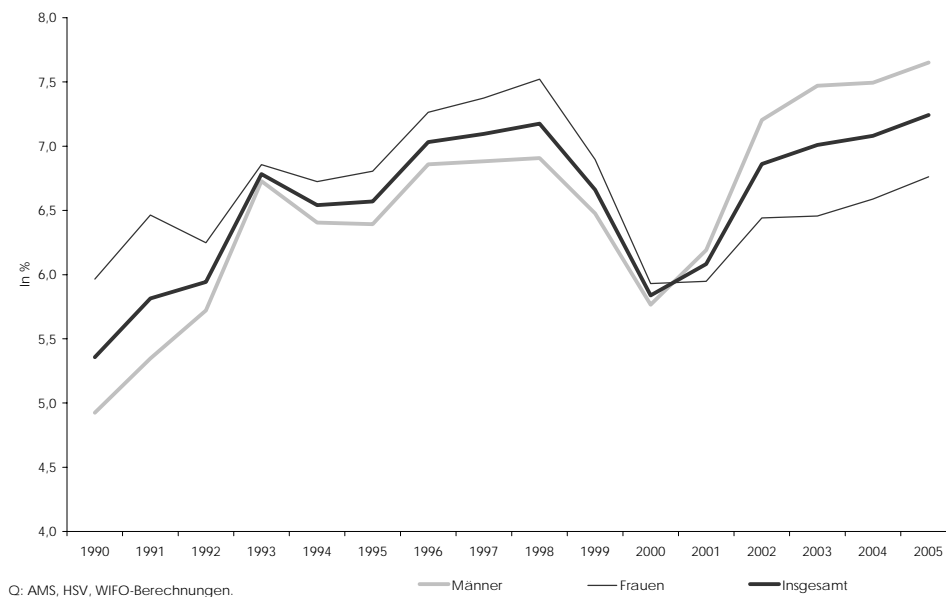


Abbildung 4: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht (1990-2005)



Die wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesse der letzten Jahre in der Sachgütererzeugung traf besonders Männer, da sie viel stärker als Frauen in diesem Bereich verankert sind. Sie konnten ihre sinkende Beschäftigung im sekundären Sektor nicht zur Gänze durch zusätzliche Beschäftigung im Dienstleistungsbereich abfedern. Seit 2004 zeichnet sich allerdings eine Verbesserung der Lage ab, die darauf hindeutet, dass der Höhepunkt der Umstrukturierungsprozesse bereits überschritten worden ist. Obwohl die zusätzliche Beschäftigung fast ausschließlich im Dienstleistungssektor geschaffen wird, lässt die Dynamik im Bereich des Arbeitskräfteverleihs auf zusätzlichen Arbeitskräftebedarf im sekundären Bereich schließen. Die Arbeitsmarktp Probleme der Männer schlagen sich auch in der Arbeitslosenquote nieder; seit 2001 liegt — laut administrativer Statistik — die Arbeitslosenquote der Männer über jener der Frauen.

Hauptsächlich Personen mit geringen und mittleren Qualifikationen spürten die Umstrukturierungsprozesse, da überwiegend Tätigkeitsbereiche für niedrig qualifizierte Personen wegbrachen. Gleichzeitig entstanden neue Arbeitsplätze mit höheren Ansprüchen an die Qualifikationen der Arbeitskräfte. Mit der zunehmenden Höherqualifizierung und der damit verbundenen die Ausweitung des Angebots an hoch qualifizierten Arbeitskräften, die über den Anstieg der Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften hinausging (*Cockx – Dejemeppe*, 2002), kam es zudem zu einem Verdrängungswettbewerb von "oben" nach "unten". Qualifizierte Arbeitskräfte drängen auf Arbeitsplätze, für die eine höhere Berufsausbildung oder ein Hochschulabschluss in der Vergangenheit nicht nötig waren.

Diese Entwicklung birgt neue Herausforderungen: nicht nur, dass klassische Beschäftigungsbereiche für Personen mit geringen und mittleren Qualifikationen weg brechen, stehen sie zusätzlich in Konkurrenz zu höher qualifizierten Arbeitskräften. Im Falle von Arbeitsplatzverlust hängen ihre (Re-)integrationschancen maßgeblich vom Ausmaß der Beschäftigungsfähigkeit ab, die ihrerseits sehr stark von der Dauer einer Arbeitslosigkeitsepisode getrieben wird.

Die Untergliederung der registrierten Arbeitslosigkeit laut AMS (Arbeitsmarktservice Österreich) in Arbeitslosengeld- und NotstandshilfebezieherInnen gibt Anhaltspunkte zur Bestimmung der Dauer von Arbeitslosigkeit und damit zur Messung der (Re-)integrationschancen¹:

- Die Zahl der Arbeitslosen mit Arbeitslosengeldbezug als Teilmenge der registrierten Arbeitslosigkeit gibt Auskunft über die kurzfristige Arbeitslosigkeit. Arbeitslosengeld² wird in den ersten Wochen einer Arbeitslosigkeitsepisode ausgezahlt.
- Die Zahl der Arbeitslosen mit Notstandshilfebezug dient als Kennzahl der längerfristigen Arbeitslosigkeit. Notstandshilfe wird nach Erlöschen des Anspruches auf Arbeitslosengeld bedarfsabhängig gewährt.

Aufgrund der Strukturprobleme am Arbeitsmarkt verfestigt sich die Arbeitslosigkeit zunehmend, wie der Anstieg der Zahl der NotstandshilfebezieherInnen zeigt. Seit den frühen neunziger Jahren erhöhte sie sich von 44.100 Personen (1990) auf insgesamt 94.500 Personen im Jahresdurchschnitt 1998. In den folgenden drei Jahren verringerte sich die Zahl der NotstandshilfebezieherInnen rasch – auch eine Folge verstärkter Aktivierungsmaßnahmen des AMS für Langzeitarbeitslose im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung. Bis 2005 stieg sie erneut auf 95.700. Der Anteil der Notstandshilfebezieher an den registrierten Arbeitslosen insgesamt erhöhte sich von 26,6% (1990) auf 37,9% (2005) (Abbildung 5).

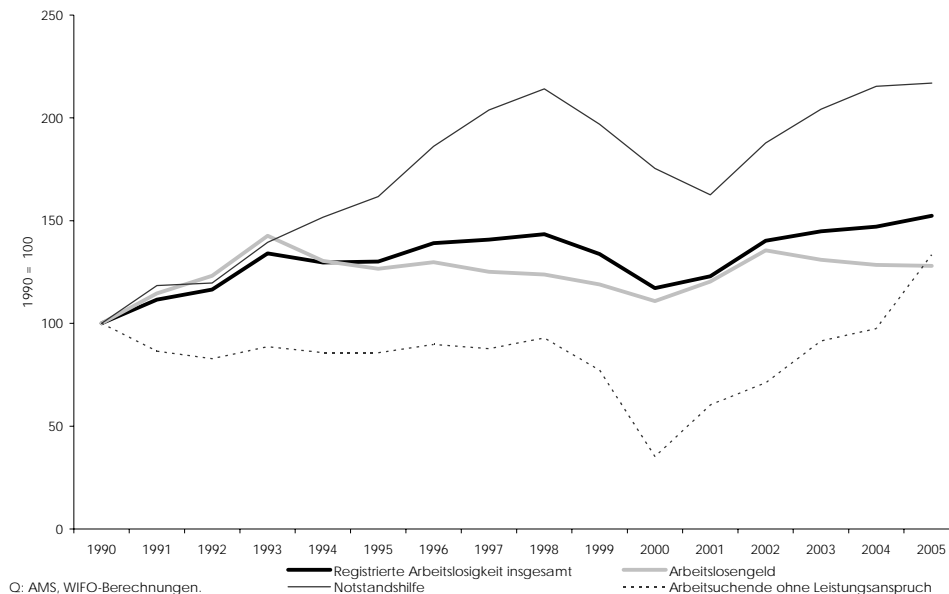
Neben den BezieherInnen von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe komplettieren Arbeitsuchende, die beim AMS vorgemerkt sind, aber keinen Anspruch auf Leistungen

¹) Arbeitslosengeld- und NotstandshilfebezieherInnen gemeinsam mit Arbeitsuchende ohne Leistungsanspruch umfassen das Spektrum der registrierten Arbeitslosigkeit (*Bock-Schappelwein*, 2004).

²) Ein Antragsteller hat dann Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn er innerhalb der letzten 24 Monate insgesamt 52 Wochen beschäftigt war, wenn er schon einmal Arbeitslosengeld bezogen hat und innerhalb der letzten 12 Monate insgesamt 28 Wochen beschäftigt war oder wenn er jünger als 25 Jahre ist und innerhalb der letzten 12 Monate insgesamt 26 Wochen beschäftigt war (<http://www.help.gv.at>). Die Ersatzleistung erstreckt sich über 20 Wochen. Die Leistungsdauer erhöht sich auf 30 Wochen, wenn die Person in den letzten fünf Jahren mindestens 3 Jahre beschäftigt war und Arbeitslosenversicherungsbeiträge gezahlt hat. Arbeitskräfte ab 40 Jahren, die in den letzten 10 Jahren mindestens 6 Jahre beschäftigt waren, können 39 Wochen lang Arbeitslosengeld beziehen, Arbeitslose ab 50 Jahren erhalten, wenn sie in den letzten 15 Jahren mindestens 9 Jahre beschäftigt waren, bis zu 52 Wochen lang Arbeitslosengeld.

aus der Arbeitslosenversicherung geltend machen können, die registrierte Arbeitslosigkeit in Österreich. Hierunter fallen arbeitslose Personen ohne Anspruch auf Notstandshilfe, BezieherInnen offener Sozialhilfe, SchülerInnen, Studierende und zuvor atypisch Beschäftigte ohne Arbeitslosenversicherung.

Abbildung 5: Komponenten der registrierten Arbeitslosigkeit



Neben der Zahl der NotstandshilfebezieherInnen bietet die vom AMS im Jahr 2001 eingeführte Berechnungsmethode, der zufolge nicht mehr die Langzeitarbeitslosigkeit, sondern die Langzeitbeschäftigungslosigkeit gemessen wird, eine weitere Möglichkeit, längerfristige Arbeitslosigkeit zu erfassen. Dementsprechend wird, anders als bei der Messung von Langzeitarbeitslosigkeit, die tatsächliche Arbeitslosigkeitsdauer gemessen, also um Schulungsteilnahmen oder Bezugssperren bereinigt — nur längere Krankheit oder ein Ausscheiden aus dem Arbeitslosenregister können eine Arbeitslosigkeitsepisode nach mehr als 62 Tagen beenden. Die Langzeitbeschäftigungslosigkeit beginnt ab einer Arbeitslosigkeitsdauer von mehr als 1 Jahr zu laufen, wobei Unterbrechungszeiten nicht mitgezählt werden (Nettoarbeitslosigkeitsdauer von mehr als 1 Jahr). Ein Wert von knapp 80.000 langzeitbeschäftigungslosen Personen im Jahresdurchschnitt 2005 gibt — entgegen der ausgewiesenen Zahl an langzeitarbeitslosen Personen von rund 20.000 — einen relativ guten Einblick in das wahre Ausmaß der Beschäftigungslosigkeit registrierter Arbeitsloser und entspricht in etwa der ausgewiesenen Zahl an NotstandshilfebezieherInnen.

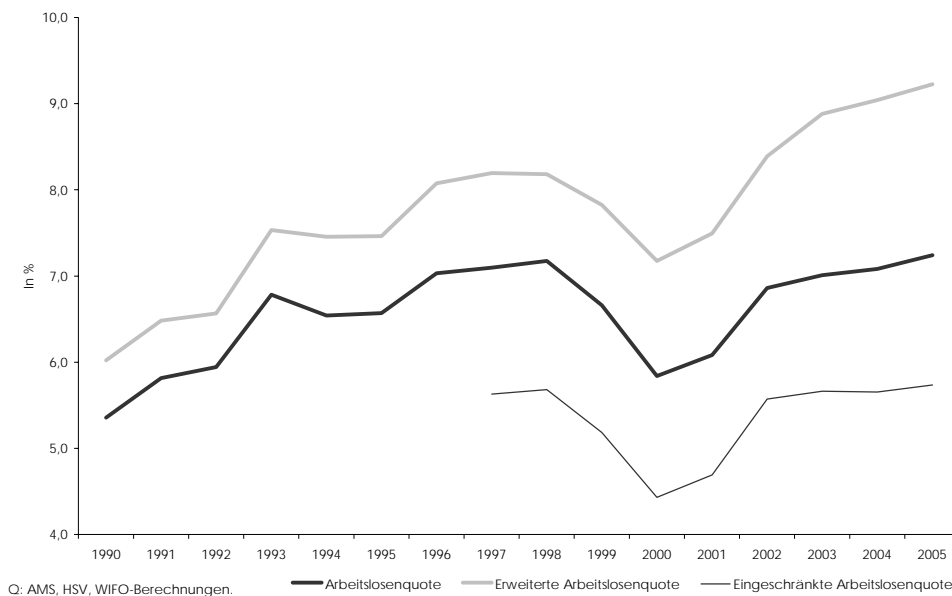
Alternative Indikatoren zur Messung einer breiter gefassten Arbeitslosigkeit

Alternative Arbeitslosigkeitsindikatoren auf Basis administrativer Statistik

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen bildet allerdings häufig nicht die wahre Arbeitsmarktlage ab, weil die Registrierung seitens des AMS einerseits nicht alle Personen erfasst (*Bock-Schappelwein, 2005*), die Arbeit suchen und andererseits Personen erfasst werden, die bereits über eine Einstellungszusage verfügen (*Bock-Schappelwein — Huemer, 2006*). Um einen breiteren Überblick über die Arbeitsmarktsituation zu erhalten, wird die registrierte Arbeitslosigkeit um SchulungsteilnehmerInnen, PensionsvorschussbezieherInnen und sofort verfügbare Lehr-

stellensuchende erweitert. Einschließlich der SchulungsteilnehmerInnen, PensionsvorschussbezieherInnen und den sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden hätte die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2005 328.100 betragen gegenüber 252.700 laut offizieller Statistik, die erweiterte Arbeitslosenquote wäre bei 9,2% gelegen (nach traditioneller Berechnungsmethode 7,3%). Wenn man dagegen nur Arbeitslose ohne Einstellungszusage berücksichtigt, würde sich die Zahl der Arbeitslosen 2005 auf 196.900 verringern, die eingeschränkte Arbeitslosenquote 5,7% betragen (Abbildung 6).

Abbildung 6: Erweiterte und eingeschränkte Arbeitslosenquote



Alternative Arbeitslosigkeitsindikatoren auf Basis der Arbeitskräfteerhebung

Eine weitere Möglichkeit, Arbeitslosigkeit breiter zu fassen, bietet die Arbeitskräfteerhebung. Anders als die administrativen Daten des Arbeitsmarktservice definiert die Arbeitskräfteerhebung (Labour Force Survey) als Stichprobenerhebung Arbeitslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organisation. Demnach gelten als arbeitslos alle nicht erwerbstätigen Personen, d. h. Personen, die in der Erhebungswoche weniger als eine Stunde gearbeitet haben, die auf irgendeine Weise aktiv Arbeit suchen und innerhalb von zwei Wochen für eine Arbeitsaufnahme verfügbar sind.

Aufbauend auf den Daten aus der Arbeitskräfteerhebung wurden in den siebziger Jahren von *Shiskin* (1976) am Bureau of Labour Statistics in den USA alternative Arbeitslosigkeitsindikatoren entwickelt. Sie tragen der Tatsache Rechnung, dass die Zahl der Arbeitslosen potentiell höher ist als nach der ILO-Abgrenzung. Hieraus wurden Mitte der neunziger Jahre sechs Indikatoren abgeleitet (*Bregger - Haugen*, 1995), die von einer sehr engen bis hin zu einer sehr breiten Definition von Arbeitslosigkeit reichen.

Die ersten beiden Indikatoren fassen den Arbeitslosigkeitsbegriff enger:

- U1: Langzeitarbeitslosenquote,
- U2: Arbeitslosenquote von Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben bzw. deren zeitlich begrenzter Arbeitsvertrag ausgelaufen ist.

Der dritte Indikator entspricht der herkömmlichen Definition der Arbeitslosenquote:

- U3: Zahl der Arbeitslosen bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen.

Die drei folgenden Indikatoren fassen den Arbeitslosigkeitsbegriff weiter:

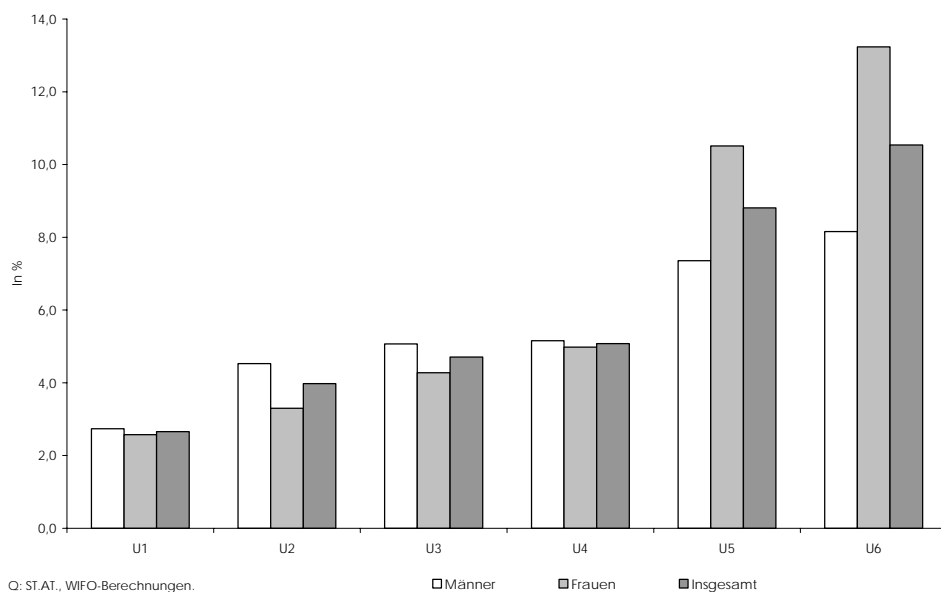
- U4: herkömmliche Arbeitslosenquote einschließlich entmutigter Personen,
- U5: herkömmliche Arbeitslosenquote einschließlich entmutigter Personen und marginal zum Arbeitskräfteangebot zählender Personen (Personen, die in der Erhebungswoche aus den unterschiedlichsten Gründen nicht aktiv nach Arbeit suchten, aber trotzdem gerne arbeiten würden),
- U6: U5 einschließlich aller Arbeitskräfte, die unfreiwillig weniger als Vollzeit arbeiten und unfreiwillig weniger als ihre Normalarbeitszeit arbeiten.

Während U1 und U2 auf Teilbereiche der Arbeitslosigkeit abzielen, fassen die alternativen Indikatoren U4 bis U6 den Begriff weiter, indem sie auch die versteckte Arbeitslosigkeit quantifizieren. U4 umfasst die herkömmliche Arbeitslosenquote einschließlich entmutigter Personen ("discouraged persons"). Entmutigte Personen sind nicht erwerbstätig, wollen aber arbeiten, sind für den Arbeitsmarkt verfügbar und haben im letzten Jahr eine Stelle gesucht. Allerdings suchen sie zum Zeitpunkt der Befragung nicht aktiv Arbeit, weil sie glauben, keinen geeigneten Arbeitsplatz zu finden. Diese Personengruppe dürfte, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt bzw. die Arbeitslosenquote sinkt, wieder auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

U5 ergänzt U4 um alle anderen marginal zum Arbeitskräfteangebot zählenden Nichterwerbspersonen ("marginally attached persons"). Diese Messung umfasst alle Arbeitslosen und entmutigte Personen und überdies jene, die arbeiten wollen und können und zeitweise auch einen Arbeitsplatz gesucht haben, unabhängig von den Gründen, warum sie derzeit keinen Arbeitsplatz suchen. Die Gruppe ist weiter vom Arbeitsmarkt entfernt als die Teilgruppe der Entmutigten. Dennoch zählen auch diese Personen zum potentiellen Arbeitskräfte-reservoir, weil sie (gelegentlich) Arbeit suchen und unter bestimmten Voraussetzungen wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren würden (etwa Frauen mit Kinderbetreuungspflichten).

Der umfassendste alternative Arbeitslosigkeitsindikator ist U6. Er berücksichtigt über die in U5 abgebildete Arbeitslosigkeit hinaus alle Personen, die unfreiwillig Teilzeit oder weniger als ihre Normalarbeitszeit arbeiten (Yamagami, 2002). Dazu zählen Voll- und Teilzeitarbeitskräfte, die zum Zeitpunkt der Untersuchung aus wirtschaftlichen Gründen weniger als ihre normale Zeit arbeiten (z.B. Kurzarbeit), und Teilzeitarbeitskräfte, die keine Vollzeitstelle finden (OECD, 1999, Sorrentino, 1993, 1995).

Abbildung 7: Alternative Arbeitslosigkeitsindikatoren (2003)



Laut Arbeitskräfteerhebung waren im März 2003 in Österreich 182.600 Personen oder 4,7% des Arbeitskräfteangebotes ohne Arbeit (Labour-Force-Konzept). 15.000 entmutigte Personen hatten sich deshalb aus dem Erwerbsleben zurückgezogen, weil sie keine geeignete Arbeit finden konnten (U4). Unter Berücksichtigung der 174.200 marginalisierten Personen (U5) war die Arbeitslosenquote um 4,1 Prozentpunkte höher (8,8%). Einschließlich der 78.300 Personen, die unfreiwillig Teilzeit arbeiten (U6), ergibt sich eine alternative Arbeitslosenquote von 10,5% (Abbildung 7).

Arbeitsmarkt morgen — Beschäftigungsperspektiven für arbeitslose und sozial ausgegrenzte Personen

Aufbauend auf den derzeitigen Entwicklungen am Arbeitsmarkt wird im folgenden Abschnitt der Frage nach den künftigen Entwicklungstendenzen am Arbeitsmarkt nachgegangen. Besonders Interesse liegt bei den Integrationschancen arbeitsloser Personen. Durch den anhaltenden technologischen Wandel wird sich der ungebrochene Trend fortsetzen, dass Beschäftigungsbereiche weg brechen und neue hinzukommen. Gleichzeitig wird sich die Zusammensetzung des Arbeitskräfteangebots durch demographische Entwicklung, Migrationsströme und neue Familienstrukturen verändern. Mit dem Aufbrechen traditioneller Familienstrukturen werden auch Personen, die bislang vom Einkommen anderer Familienangehöriger abhängig waren, auf den Arbeitsmarkt strömen (Frauen, Personen in Ausbildung). Durch die zunehmende Alterung der Gesellschaft und neuen Familienformen werden sich außerdem die zeitliche Einbindung in den Erwerbsprozess und damit verbunden die Organisation der Arbeit wandeln.

In einem solchen Umfeld gestaltet sich die Reintegration von arbeitslosen Personen und sozial ausgegrenzten Personen mit zunehmender Abstinenz vom Arbeitsmarkt zunehmend schwieriger, da sie häufig nicht nur von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sondern gleichzeitig mit vielfältigen Problemlagen, Ausbildungsdefiziten und am Arbeitsmarkt nicht-verwertbarer Ausbildung konfrontiert sind. Durch die steigenden Anforderungen der Unternehmen an die Arbeitskräfte haben gerade Personen, die formal schlecht ausgebildet sind, genauso wie Personen, denen aus den unterschiedlichsten Gründen soziale Kompetenzen fehlen, kaum Chancen am Arbeitsmarkt.

Deshalb benötigen arbeitslose und sozial ausgegrenzte Personen aufgrund ihrer zeitlichen Abstinenz vom Arbeitsmarkt und vielfältiger individueller Problemlagen einer individuell abgestimmten Kombination aus Qualifizierungs-, Beratungs- und Beschäftigungsmaßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit (*Bock-Schappelwein, 2005*). Dies umfasst zielgruppenspezifische Lernangebote, die mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes abgestimmt werden. Dafür bedarf es einer umfassenden Bildungsberatung, die ihre Informationen auf fundierte Qualifikationsbedarfsprognosen stützt. Die Qualifizierungsmaßnahmen sollten mit Beschäftigungsmaßnahmen kombiniert werden, damit das formal erworbene Wissen in den Qualifizierungsmaßnahmen in der Praxis umgesetzt werden kann.

Gleichzeitig sollten auch niederschwellige Beschäftigungsmaßnahmen angeboten werden, die TeilnehmerInnen auf Qualifizierungsmaßnahmen vorbereiten. Sie dienen vor allem der individuellen Stabilisierung und sollen den Weg zu anschließenden Qualifizierungsmaßnahmen ebnen (*Bock-Schappelwein, 2005*).

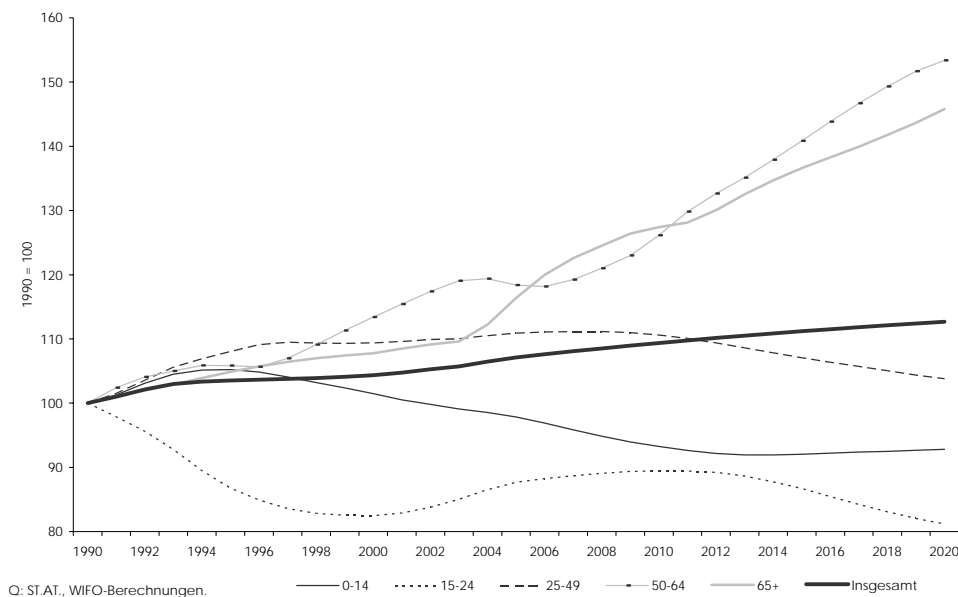
Exkurs: Aktuelle Bevölkerungsvorausschätzung

Gemäß aktueller Bevölkerungsprognose³ von Statistik Austria wird die Bevölkerung noch 45 Jahre lang wachsen, allerdings von Jahr zu Jahr immer weniger stark. Das Wachstum wird durch ausgeglichene Geburten-Sterbabilanzen und Zuwanderung getrieben werden. Erst ab dem Jahr 2050 dürften die Geburtendefizite so hoch sein, dass sie nicht mehr durch die Nettozuwanderung kompensiert werden können.

Dabei wird sich bis dahin die Altersstruktur markant ändern. Einem steigenden Anteil an älteren Personen ab 50 Jahren stehen sinkende Kinder- und Jugendlichen Zahlen gegenüber. Im Jahr 2005 lebten 1,318 Mio. Kinder bis 14 Jahre in Österreich (16% der Gesamtbevölkerung). Auf junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren entfielen 12,3%, auf Personen im Haupterwerbsalter zwischen 25 und 49 Jahren 37,7%, auf ältere Personen bis 64 Jahre 17,7% und auf Personen ab 65 Jahren 16,2%. Bis 2020 wird sich der Anteil der Kinder auf 14,4% reduzieren. Die Zahl junger Erwachsener wird noch bis 2010 ansteigen und danach sukzessive geringer werden; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird bis 2020 auf 10,9% sinken. Zugleich wird sich der Anteil an Personen im Haupterwerbsalter auf 33,6% verringern. Ältere Personen werden dagegen auf 21,8% anwachsen, Personen ab 65 Jahren auf 19,3%. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer wird von 76,7 Jahre 2005 auf 79,6 Jahre 2020 steigen, die der Frauen von 82,5 Jahre auf 84,9 Jahre (Abbildung 8).

³) Hauptvariante. Näheres zur aktuellen Bevölkerungsvorausschätzung findet sich unter http://www.statistik.gv.at/fachbereich_03/bevolkerungsprognose_05.pdf

Abbildung 8: Bevölkerungsentwicklung bis 2020



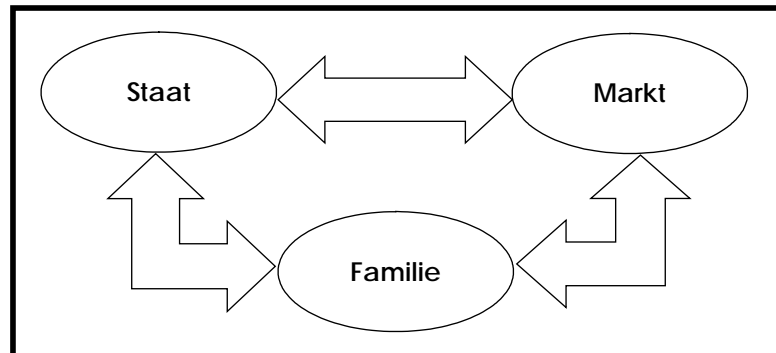
In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach den Beschäftigungsfeldern, die künftig an Bedeutung gewinnen werden. Technologische Innovationen und internationale Arbeitsteilung sind die treibenden Kräfte, weshalb sich auch künftig Ausmaß und Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften nachhaltig wandeln wird. Den Beschäftigungsverlusten im Bergbau und dem verarbeitenden Gewerbe, ausgelöst durch Produktivitätsgewinne oder Verlagerung bzw. Reduktion der Produktion, stehen Beschäftigungsgewinne in Teilsegmenten des heterogenen Dienstleistungssektors gegenüber, und zwar (*Bock-Schappelwein — Huemer, 2005*):

- im Gesundheitssektor infolge der zunehmenden Alterung der Gesellschaft und der damit verbundenen steigenden Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegedienstleistungen,
- im Tourismus angesichts der anhaltend steigenden Nachfrage nach Freizeit und Unterhaltung,
- in den sozialen und persönlichen Dienstleistungen als Folge der Verlagerung klassischer Haushaltsleistungen auf den Markt,
- in der Arbeitskräfteverleihung als Antwort auf die anhaltenden Flexibilisierungstendenzen,
- im dritten Sektor mit seiner innovativen Arbeitsgestaltung als Integrationsplattform für arbeitslose und sozial ausgegrenzte Personen (*Rifkin, 1996*).

Der dritte oder nonprofit-Sektor, der neben dem privaten und öffentlichen Markt angesiedelt ist und außerhalb des Familienverbundes steht, hat in der bisherigen arbeitsmarktpolitischen Betrachtung in Österreich kaum eine Rolle gespielt. Bislang fungierte der (Arbeits-)markt als wesentliches Schutzinstrument vor sozialer Unsicherheit, zumal die Erwerbschancen und –karrieren relativ klar vorgezeichnet waren. Ebenso klar vorgezeichnet war die Rolle des Staates als Beschützer vor sozialen Risiken; in Ausnahmefällen, wenn die Sicherungsmechanismen von Markt und Staat versagten, sprang die Familie als Sicherheitsnetz ein. Mit der zunehmenden Fluktuation am Arbeitsmarkt und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Finanzierbarkeit

des Sozialschutzes, dem Vormarsch atypischer Beschäftigungsformen und dem Aufbrechen traditioneller Familienstrukturen stößt dieses soziale Netz, das von Staat, Markt und Familie gespannt wird, an seine Grenzen (*Esping-Andersen et al.*, 2001). Damit gewinnt der dritte Sektor in seiner Funktion als Mittler zwischen Markt, Staat und Familie zunehmend an Bedeutung. *Zimmer* (2002) spricht in diesem Zusammenhang vom dritten Sektor als Instrument, der im Falle des Versagens von Staat, Markt und Familie die Gesellschaft zusammenhält, vom "... Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält" (Abbildung 9).

Abbildung 9: Wechselwirkungen im System der sozialen Absicherung



Q: WIFO.

Neben der Integrations- und Mittlerfunktion liegt das Potential des dritten Sektors in seinen flexiblen Beschäftigungsformen jenseits von Staat und Markt und niedrigen Zugangsschwellen, was ihn gleichzeitig als (Re-)integrationsinstrumentarium für arbeitslose und sozial ausgegrenzte Personengruppen auszeichnet. Dazu kommen die innovative Arbeitsplatzgestaltung und Organisation der Arbeit, die besonders arbeitslosen und sozial ausgegrenzten Personen mit ihren vielfältigen Problemlagen am Weg zurück in den Erwerbsprozess zugute kommen (*Bellmann et al.*, 2002). Mit der non-profit-Orientierung können neue Wege zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit erprobt und beschritten werden, wo marktfähige Kompetenzen nicht vorausgesetzt werden. Das Ziel wäre ein funktionierender "Übergangsarbeitsmarkt" an der Schnittstelle zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung (*Schmid*, 2002, 2004, *Zimmer*, 2002), der sich aus Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Beratungsmaßnahmen zusammensetzt (Abbildung 10).

Exkurs: Das Konzept der Übergangsarbeitsmärkte

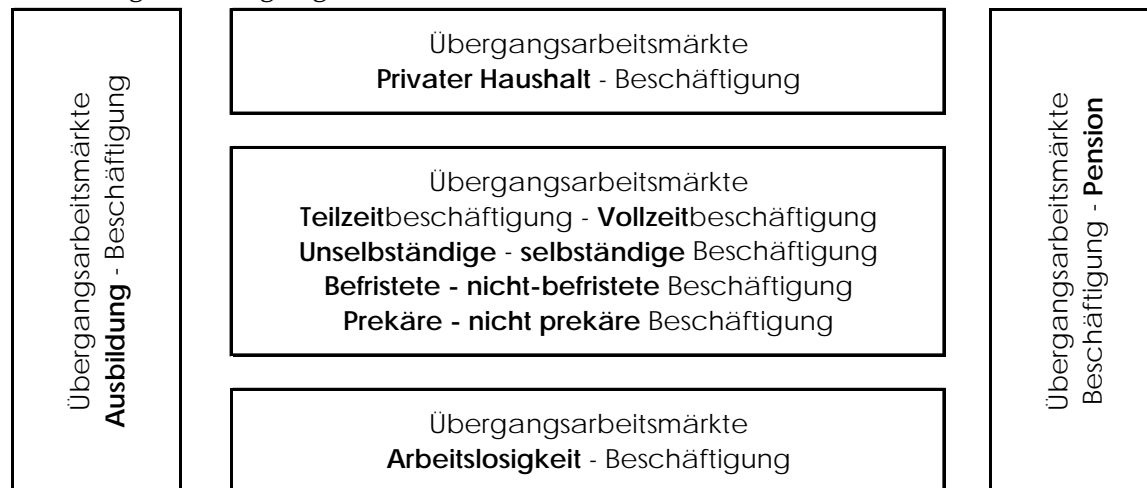
Übergangsarbeitsmärkte regeln den Übergang zwischen Inaktivität (Ausbildung, Haushalt, Pension, Invalidität), Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie innerhalb unterschiedlicher Beschäftigungsformen (Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung, unselbständige und selbständige Beschäftigung, befristete und unbefristete Beschäftigung, prekäre und nicht-prekäre Beschäftigung). Ihr Ziel ist, durch institutionelle Rahmenbedingungen (finanziell, organisatorisch, rechtlich, sozial) Übergänge zwischen den verschiedenen Phasen zu ermöglichen, d. h. mögliche Sackgassen zu überbrücken, Einkommensunsicherheiten zu überwinden und vor sozialen Risiken zu schützen.

Durchgängige Beschäftigungsphasen vom Eintritt in den Arbeitsmarkt bis zum Austritt aus dem Arbeitsmarkt werden immer seltener. Stattdessen werden Arbeitskräfte mit

abwechselnden Phasen von Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, beruflicher Weiterbildung, Umschulung und Familienarbeit konfrontiert sein, die es zu meistern gilt.

Übergangsarbeitsmärkte stellen so gesehen institutionelle Rahmenbedingungen dar, in denen Flexibilität und soziale Absicherung ("flexicurity") in Teilsegmenten des Arbeitsmarktes realisiert werden. Für die soziale Absicherung bedeutet dies, dass sie nicht nur im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter zum Tragen kommt, sondern auch beim Wechsel zwischen verschiedenen Beschäftigungs- und Tätigkeitsformen die Einkommensrisiken überbrückt (Schmid, 2002, 2004).

Abbildung 10: Übergangsarbeitsmärkte



Q: Schmid (2002), Zimmer (2002).

Der dritte Sektor bietet allerdings nicht nur Beschäftigungsperspektiven für Personen mit Beschäftigungsproblemen wie arbeitslose und sozial ausgegrenzte Personen, behinderte Personen, Frauen beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und ältere Arbeitskräfte, sondern auch für Personen, die sie am Weg zurück in den Arbeitsmarkt begleiten (Anastasiadis et al., 2003) und für Personen, die in Betrieben beschäftigt sind, die (un-)mittelbar von den Tätigkeiten in NPOs/NGOs profitieren. Obwohl NPOs/NGOs neben dem privaten und öffentlichen Markt angesiedelt sind, können sie Impulse für die lokale Wirtschaft und Gesellschaft geben, beispielsweise wenn sie Vorarbeiten für Unternehmen leisten, Produkte in der Region einkaufen oder klassische Nahversorgerfunktionen übernehmen.

Laut einer Erhebung im Rahmen des internationalen Forschungsverbundes, des Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, wurde ermittelt, dass in Österreich 3,8% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im dritten Sektor beschäftigt sind. Damit ist der Anteil ähnlich hoch wie in Frankreich (3,7%) und Deutschland (3,5%), beachtlich niedriger als in den Niederlanden (9,2%) und in Belgien (8,6%) und um einiges höher als in den skandinavischen Staaten, wo bereits ein Großteil klassischer dritter Sektor Aktivitäten durch den öffentlichen Sektor abgedeckt wird. In den südeuropäischen Staaten werden dagegen die meisten Leistungen innerhalb des Familienverbundes erbracht (Abbildung 11).

Die Beschäftigungsfelder konzentrieren sich in Österreich hauptsächlich auf das Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen. Zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten könnte es im Kultur-, Umwelt- und Naturschutzbereich und im Rahmen von BürgerInnen- und Verbraucherinteressen geben. Die Finanzierung basiert derzeit größtenteils auf öffentlichen Mitteln; zusätzliche Mittel aus Mitgliedsbeiträgen, Geld-

und Sachspenden sowie Sponsoring könnten die finanzielle Lage verbessern helfen (Abbildung 12).

Abbildung 11: Beschäftigung im dritten Sektor

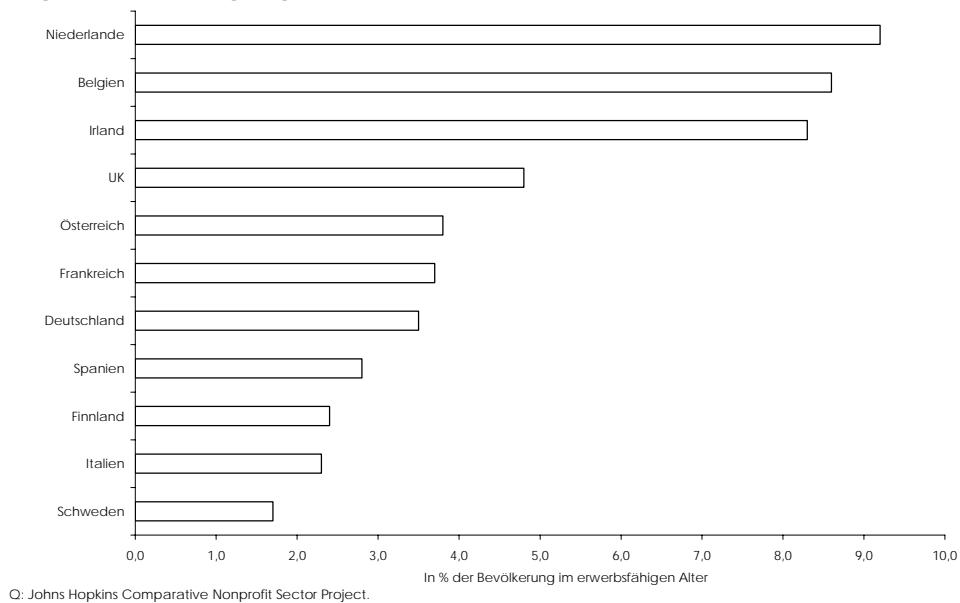
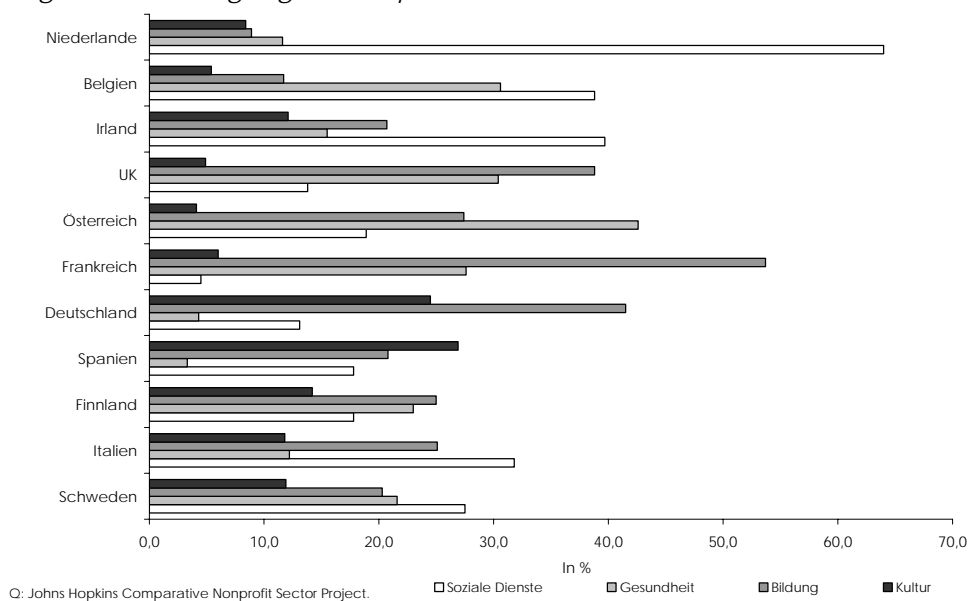


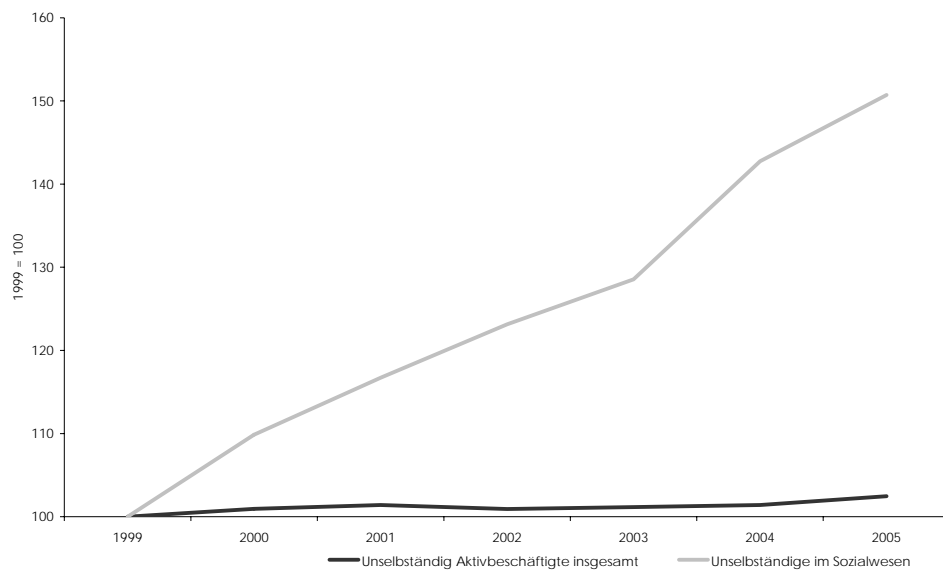
Abbildung 12: Beschäftigungsschwerpunkte im dritten Sektor



Auf nationaler Ebene geben auch die Daten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger Auskunft über die Beschäftigungsentwicklung im Sozialwesen (Abbildung 13). Demzufolge war die Beschäftigungsausweitung im Sozialwesen seit Ende der neunziger Jahre sehr dynamisch, wovon besonders Frauen profitierten⁴ (Zimmer, 2002).

⁴) Konstraste 3/2005 liefern einen umfassenden Überblick über die Sozialwirtschaft als Chance für Frauen.

Abbildung 13: Beschäftigungsexpansion im Sozialwesen (1999-2005)



Q: HSV-Sonderauswertung von Beschäftigungsdaten auf Basis OENACE-4steller, WIFO-Berechnungen.

Schlussfolgerungen

Insgesamt besteht die große Herausforderung darin, in Hinblick auf die zu erwartenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen maßgeschneiderte Programme für arbeitslose und sozial ausgegrenzte Personen mit ihren vielfältigen Problemlagen zu entwickeln, die ihre Chancen am Arbeitsmarkt verbessern und zu einer nachhaltigen (Re-)integration in den Arbeitsmarkt führen. Arbeitslose mit keinen oder geringen Qualifikationen haben nahezu keine Chancen auf (Re-)integration in den Arbeitsmarkt, ihre Langzeitarbeitslosigkeit ist geradezu vorprogrammiert. Zur Überwindung dieser Sackgasse benötigen sie spezielle Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen (Schmid, 2004), die — ähnlich der Lehrlingsausbildung als duale Ausbildungsform — praktische Ausbildung im Betrieb und theoretische Ausbildung in der Schule kombinieren. Sie benötigen allerdings Rahmenbedingungen, die auf ihre Lebensumstände (z. B. Gesundheitszustand, Produktivität, Familienzusammensetzung, Problemlagen) Rücksicht nehmen. Die praktische Ausbildung könnte beispielsweise über den dritten Sektor organisiert werden. Die Schlüsselrolle des dritten Sektors würde darin liegen, eine Brückenfunktion am Weg zur Reintegration in den Arbeitsmarkt einzunehmen und Beschäftigungsmöglichkeiten in Bereichen zu schaffen, die zwar in keiner Konkurrenz zum privaten Markt stehen aber dennoch Impulsgeber für den privaten Markt sind.

Literatur

- Anastasiadis, M., Schmid, T., Essl, G., Riesenfelder, A., Wetzel, P., 2003, Der dritte Sektor in Wien – Zukunftsmarkt der Beschäftigung?, Zusammenfassender Ergebnisbericht des Forschungsprozesses der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft „Der Dritte Sektor in Wien“, Wien.
- Bellmann, L., Dathe, D., Kistler, E., 2002, Der „dritte Sektor“. Beschäftigungsperspektiven zwischen Markt und Staat, IAB Kurzbericht 18/2002, Nürnberg.
- Bock-Schappelwein, J., 2004, Arbeitslosigkeit und offene Sozialhilfe in Österreich. Eine quantitative Analyse, EQUAL-Studie gefördert aus Mitteln des BMWA und ESF, WIFO-Gutachtenserie, Wien.
- Bock-Schappelwein, J., 2005, Chancen marginalisierter Personen zur (Re-)integration in den Arbeitsmarkt. Am Beispiel der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft ida, EQUAL-Studie gefördert aus Mitteln des BMWA und ESF, WIFO-Gutachtenserie, Wien.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., 2005, Zukunft der Arbeit — Ein Literaturüberblick, WIFO-Gutachtenserie, Wien.

- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., 2006, Deutliche Angebotsausweitung verhindert Senkung der Arbeitslosigkeit, WIFO-Monatsberichte 79(4), Wien, S. 285-293.
- Bregger, J. E., Haugen, S. E., 1995, BLS Introduces New Range of Alternative Unemployment Measures", Monthly Labour Review, S. 19-26.
- Cockx, B., Dejemeppe, M., 2002, Do the Higher Educated Unemployed Crowd Out the Lower Educated Ones in a Competition for Jobs?, IZA Discussion Paper No. 541, Bonn.
- Esping-Andersen, G., Gallie, D., Hemerijck, A., Myles, J., 2001, A New Welfare Architecture for Europe?, Report submitted to the Belgian Presidency of the European Union.
- Kontraste, 2005, Sozialwirtschaft als Chance für Frauen, Nummer 3/2005, Linz.
- OECD, 1999, Implementing the OECD jobs strategy: assessing performance and policy, Paris.
- Rifkin, J., The End of Work. The Decline of the Global Labour Force and the Dawn of the Post-Market Era, Putnam's Sons, New York, 1996.
- Schmid, G., 2002, Wege in eine neue Vollbeschäftigung. Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik, Campus Verlag, Frankfurt/New York.
- Schmid, G., 2004, Soziales Risikomanagement durch Übergangsarbeitsmärkte, WZB discussion paper 110, Berlin. <http://skylia.wz-berlin.de/pdf/2004/i04-110.pdf>
- Shiskin, J., 1976, Employment and Unemployment: the Doughnut or the Hole?", Monthly Labour Review, S. 3-10.
- Sorrentino, C., 1993, International comparisons of unemployment indicators, Monthly Labour Review, March 1993, pp. 3-24.
- Sorrentino, C., 1995, International unemployment indicators, 1983-93, Monthly Labour Review, August 1995, pp. 31-50.
- Yamagami, T., 2002, Utilization of labour resources in Japan and the United States, Monthly Labour Review, April 2002, pp. 25-43.
- Zimmer, A., 2002, Die Zukunft der Arbeit in Europa, Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, Sonderband 2, Münster. <http://www.aktive-buergerschaft.de/vab/resources/diskussionspapiere/wp-sband02.pdf>

Mag. Julia Bock-Schappelwein, Studium der Volkswirtschaft in Wien, seit 2000 am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung tätig.

Lieselotte Wohlgenannt: Grundeinkommen für alle

Ein allgemeines, bedingungsloses Grundeinkommen ist ein Bürgerrecht, das allen Mitgliedern der Gesellschaft, allen Österreicherinnen, allen die dauerhaft hier leben (oder allen EU-BürgerInnen, falls es EU-weit eingeführt würde) als Bürgerrecht zusteht.

Grundeinkommen

Grundeinkommen ist :

- allgemein / bedingungslos, als Rechtsanspruch, für alle Mitglieder einer Gesellschaft oder alle, die in einem bestimmten Land oder einer Staatengemeinschaft dauerhaft wohnen,
- existenzsichernd, sodass auch politische und kulturelle Teilhabe in der betreffenden Gesellschaft möglich ist,
- auf die Einzelperson bezogen, ohne Berücksichtigung oder Kontrolle von Familienleben oder Beziehungen,
- arbeitsunabhängig, ohne Nachweis einer konkreten Arbeit oder Tätigkeit, von Arbeitsbereitschaft oder Arbeitsfähigkeit, von Arbeitsunfähigkeit oder Krankheit;
- leistungsfreundlich und ohne Armutsfalle, weil eigenes Einkommen das verfügbare Einkommen immer erhöht,
- demokratisch, weil alle Mitglieder der Gesellschaft Grundeinkommen bekommen.



Grundeinkommen stärkt die Eigenverantwortung, fördert Flexibilität und Innovation, entlastet den Arbeitsmarkt und ermöglicht vielfältiges Engagement in Familie und Gesellschaft. Da mit Grundeinkommen jedes zusätzliche Einkommen das verfügbare Einkommen erhöht, ist jede Art von Zuverdienst sinnvoll, wobei der Druck wegfällt, jede Arbeit unter allen Bedingungen annehmen zu müssen.

Das Positionspapier „Grundeinkommen 2006“

des Netzwerkes „Grundeinkommen und Sozialer Zusammenhalt“, das am 30. Mai 2006 in einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, tritt für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein, im Sinne eines „Rechts auf soziale Sicherheit“, und in der „Überzeugung, damit sowohl die individuelle Wahlfreiheit in der Lebensführung als auch den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu bestärken.“

Grundeinkommen und Arbeit

Es gibt viele gute und wichtige Gründe für Grundeinkommen. Es geht um

- Menschenwürde und Menschenrechte, um
- Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Teilhaberechte, es geht auch um
- Ökologie und Zukunft.

Für uns heute in Europa stehen die Veränderungen der Wirtschaft im Mittelpunkt, und insbesondere deren Auswirkungen auf die Erwerbsarbeit und die soziale Sicherheit:

Wir leben in einer Zeit rascher Veränderungen aller gesellschaftlichen Bereiche: Politik (EU, Globalisierung), Familien, Gesundheit und Demographie, Wirtschaft und Arbeitswelt, Kommunikationsmittel und viele konkrete Formen des Lebens und Zusammenlebens. Wer denkt heute noch daran, dass das Fernsehen vor weniger als 50 Jahren bei uns Einzug gehalten hat, die ersten Computer zur Textverarbeitung in den Büros tauchten in den 80-er Jahren des 20. Jahrhunderts auf, und die Verallgemeinerung des Handys ist ein Phänomen der letzten 10 Jahre. Heute sieht die ganze Welt innerhalb weniger Minuten dieselben Bilder von Informationen und Katastrophen, es werden innerhalb von Sekunden Milliardenbeträge quer über die Erde verschickt, manchmal mit schwerwiegenden realpolitischen Folgen. Flugtickets für europäische Airlines werden in Indien ausgestellt – oder zuhause im Computer ausgedruckt. Einzelne Bestandteile industrieller Produkte werden aus den unterschiedlichsten Weltgegenden zusammengeführt und „just in time“ direkt auf das Band geliefert, auf dem sie zusammengestellt werden. Niedrige Arbeitslöhne in weniger entwickelten Ländern und billige Transporte machen vieles möglich, und alles ist in ständiger Veränderung begriffen. Produktionen wandern weiter zu immer billigeren Arbeitskräften und schnelleren Anbietern. Ökologische und soziale Ansprüche werden dabei oft ignoriert.

Die wesentliche Antriebskraft dieser Veränderungen ist die Technologie der Mikro-Elektronik, die in immer mehr Bereiche Einzug hält. Sie beruht weit mehr auf wissenschaftlicher Forschung und Erkenntnis und deren Weiterentwicklung als auf dem Einsatz realer Mittel. Es ist deshalb nicht falsch zu sagen: Wir leben in einer Wissensgesellschaft.

Erwerbsarbeit und Sozialstaat in Österreich und der EU

Die Veränderungen in der weltweiten Organisation der Wirtschaft bleiben nicht ohne Auswirkungen auf unser Land. Die Arbeitsgesellschaft, die unser gesamtes gesellschaftliches Leben seit Jahrzehnten prägt, ist in einem tiefgreifenden Wandel begriffen. Der weltweite Flexibilisierungsprozess verändert wesentliche Bereiche unseres Lebens und Zusammenlebens. Hohe, seit Jahrzehnten steigende Arbeitslosenraten sind ein deutliches Zeichen. Die Zahl der Arbeitsuchenden steigt, und auch wenn die Zahl der Beschäftigten ebenfalls steigt, so steht dahinter meist keine Ausweitung der effektiv geleisteten Arbeitsstunden, sondern Arbeitszeitverkürzung in Form von Teilzeit und befristeter Verträge, und verschiedene neue Formen flexibler Arbeitsorganisation (neue Selbständige, Ich-Gesellschaften, Out-Sourcing).

Der auf traditioneller, dauerhafter, regelmäßiger Erwerbsarbeit im Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis aufgebaute Sozialstaat gerät damit unter Druck. Die Überforderung hat Gründe.

Soziale Sicherheit wird aus Beiträgen derer finanziert, die Erwerbsarbeit leisten, doch diese wird weniger gebraucht und ändert sich:

- vom dauerhaften Arbeitsverhältnis zu vielen Jobwechseln.
- vom einmal erlernten Beruf zu ständiger Neuorientierung,
- von dauerhafter Existenzsicherung zu prekären Arbeitsverhältnissen, befristeter Arbeit, Teilzeit und Projektarbeit, Leiharbeit oder Schein-Selbständigkeit, oft nicht existenzsichernd und ohne Sozialversicherungsschutz,
- von der Sicherheit eines Normalarbeitsverhältnisses zur ständigen Unsicherheit.

Deshalb braucht es neue Instrumente der sozialen Sicherheit, als Ergänzung zu den traditionellen, erwerbsarbeitszentrierten Sozialversicherungen.

Wir leben in einer reichen Gesellschaft. Das Bruttosozialprodukt wächst, doch die Einkommen werden ungleicher. Die Unterschiede zwischen Reich und Arm werden größer, die Armut nimmt zu, weil die Verteilung über die Erwerbsarbeit nicht mehr funktioniert. Verarmung reicht teilweise bis in die mittleren Einkommensschichten und Unsicherheit nimmt zu. Damit wird der Arbeitsplatz zum „höchsten Gut“, freigewählte Flexibilität, zeitweiliger Verzicht auf Erwerbsarbeit, Ausstieg, um etwas neues zu lernen oder anzufangen, werden zum unkalkulierbaren Risiko.

Arbeitsplätze als politisches Ziel ?

Arbeit hat ihr Ziel nicht in sich selbst, sondern in der Erfüllung menschlicher Bedürfnisse. Wer arbeitet sorgt damit für den eigenen Lebensunterhalt und den seiner/ihrer Familie (wirtschaftliche Funktion), leistet einen Beitrag für die Gesellschaft (Sozialfunktion) und entwickelt sich als Mensch mit seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten (Individualfunktion). Dies ist einer der Gründe, weshalb gerade die Jugendarbeitslosigkeit – die jungen Menschen die Chance vorenthält, sich selbst zu entwickeln und sich als wichtiges Glied der Gesellschaft zu erleben - besondere Sorgen bereitet.

Arbeit ist nicht gleich Erwerbsarbeit

Unsere Gesellschaft ist durch die Erwerbsarbeit strukturiert, bis hinein in die persönlichen und familiären Rhythmen und die gemeinsame Lebensgestaltung. Arbeit und Freizeit prägen den Tag, die Woche, das Jahr. Allerdings ist mit der traditionellen Arbeitsgesellschaft auch diese Struktur in Frage gestellt – siehe die Forderung nach Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen, nach Ausdehnung der Sonntagsarbeit, auch wo es keine zwingenden Gründe gibt, nach Abschaffung von Feiertagen u.a.m.

Die erwerbsarbeitszentrierte Gesellschaft ist blind für die Tatsache, dass ein großer Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit erbracht wird. Ohne die Arbeit in den Familien, ohne die vielfältige Freiwilligenarbeit in sozialen Einrichtungen, in Sport-, Musik- und sonstigen Vereinen, ohne die Freiwillige Feuerwehr und vieles andere wäre unsere Gesellschaft gar nicht lebensfähig. Der Wert dieser Arbeit ist nicht geringer, weil sie nicht bezahlt und in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ignoriert wird.

Für die Politik bedeutet Ausdehnung der Erwerbsarbeit mehr Einnahmen an Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben. Wenn möglichst viel der bisher unbezahlt geleisteten Arbeit in Erwerbsarbeit verwandelt würde, könnte der Geldumlauf erhöht, mehr Steuern und Abgaben bezahlt werden. Der reale (Gebrauchs-) Wert dieser gesellschaftlich notwendigen Leistungen ändert sich damit nicht. Wirklich reicher würden wir nicht, wenn sich die Menge und Art der geleisteten Arbeit nicht ändert. Im Gegenteil: Wo nur noch das Geld zählt, wo Beziehungen immer mehr über finanzielle Transaktionen laufen, wird der gesellschaftliche Zusammenhalt nach und nach zerstört. Eine Gesellschaft, in der alles über Geld verrechnet würde, ist eine Horrervorstellung.

Das bedeutet nicht, dass es nicht auch Wachstum und neue Arbeitsplätze geben muss in Form neuer Produkte und Dienstleistungen, durch Innovation und Investitionen. Mit Rücksicht auf die ökologische Entwicklung müssen dabei ressourcenschonende Technologien im Vordergrund stehen. Wirtschaft ist notwendigerweise in ständiger Veränderung begriffen nicht nur unter dem Druck des Wettbewerbs. Dabei werden neue Arbeitsplätze geschaffen, andere gehen verloren. Tendenziell heißt innovationsinduziertes Wachstum höhere Produktivität mit weniger Einsatz menschlicher Arbeit.

Grundeinkommen ist ein Mittel zur Verteilung von Arbeit und Einkommen auf der Basis einer neuen Form der Sicherheit. Würden sich 5-10% der Beschäftigten entschließen, ein Jahr lang sich eine Sabbatzeit zu gönnen – um der Familie willen, um Neues zu lernen, etwas neues auszuprobieren, wäre der Arbeitsmarkt entsprechend entlastet. Dafür ist es notwendig, dass alle Grundeinkommen bekommen, weil nur so auch besser Gebildete und ganz normale Beschäftigte (und nicht nur Arbeitslose) sich zu einem zeitweisen Ausstieg, einer „Sabbatzeit“ entscheiden können.

Grundeinkommen ist finanzierbar

Jede Gesellschaft, die die nötigen Ressourcen hat, allen ihren Mitgliedern das für ein menschenwürdiges Leben Notwendige verfügbar zu machen, kann sich ein Grundeinkommen leisten.

Wir sind als Gesellschaft reicher als je zuvor, die "Unfinanzierbarkeit" wesentlicher gesellschaftlicher Einrichtungen ist in erster Linie ein Verteilungsproblem. Durch die Bedeutung der Finanzierung über Erwerbsarbeit kommen in erster Linie die Sozialversicherungen unter Druck. Trotzdem funktioniert der österreichische Sozialstaat trotz allem noch recht gut. Bedürftigen wird das Recht auf das Notwendige zugestanden, auch wenn die Einforderung dieses Rechts manchmal mit allerlei Demütigungen verbunden ist und die dann gewährten Mittel oft kaum zum Leben reichen.

Wie viel ein Grundeinkommen kosten würde, hängt nicht nur von der Höhe ab, sondern auch von der Art der Integration in das Steuersystem. Vermutlich könnte ein bedarfdeckendes Grundeinkommen nicht mit einem Schritt eingeführt werden. Wichtig wäre, dass jeder Schritt gut vorgeplant und eine Verbesserung des status quo sein müsste.

Steuersystem und Absetzbeträge

Die Einführung von Grundeinkommen müsste mit einer Umstrukturierung des Steuersystems Hand in Hand gehen. Dazu gehört in erster Linie eine Entlastung der Erwerbsarbeit von Steuern und Abgaben und eine breitere Steuerbasis durch stärkere Einbeziehung anderer Betriebsausgaben und/oder der Wertschöpfung. Eine höhere Belastung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen, vor allem von Energie, ist auch aus ökologischen Gründen absolut notwendig. Vermögen könnte stärker besteuert werden, unter anderem auch, wenn es vererbt wird.

Mit der Einführung eines bedarfdeckenden Grundeinkommens würden aber auch administrative Kosten und einige Sozialleistungen überflüssig werden. Wegfallen würde – bei einem bedarfdeckenden Grundeinkommen – Familienbeihilfe und Kindergeld, Sozialhilfe, Krankengeld. Was bleiben müsste wäre die Krankenversicherung – und zwar für alle – und die (allenfalls angepassten) beitragsfinanzierten Sozialversicherungen. Bleiben – und zum Teil verstärkt werden – müssten alle Einrichtungen sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Infrastruktur.

alle Einrichtungen sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, aber auch z.B. öffentlicher Verkehr und manches andere, was für das Gemeinwohl wichtig ist.

Im Rahmen einer grundlegenden Steuerreform könnte Grundeinkommen zum Beispiel in Form allgemeiner Absetzbeträge eingeführt werden, die nach Wunsch im vorhinein ausbezahlt werden und auf jeden Fall am Jahresende mit den anfallenden Steuern aus sonstigen Einkommen zu verrechnen sind. Dafür wäre auch eine entsprechende Anpassung der Einkommensteuern erforderlich.

Grundeinkommen ist gerecht

Die Grundlage jeden Wirtschaftens bilden die Güter der Erde, die allen Menschen gemeinsam gehören. Dasselbe gilt auch für alle jene Errungenschaften, Wissen und Können, das auf Basis der Güter der Erde und menschlicher Innovationskraft im Laufe der Geschichte geschaffen wurde.

Die hohe Produktivität unserer Wirtschaft ist das Resultat einer langen und ständig weiter fortschreitenden Entwicklung, von der Einführung des Ackerbaus über die Erfindung der Schrift bis zur elektronischen Datenverarbeitung, die unsere heutige Arbeitswelt prägt. Jeder und jede Erwerbstätige, der oder die heute ein hohes Einkommen bezieht, hat dies nicht allein seiner persönlichen Tüchtigkeit, sondern all diesen Vorleistungen zu verdanken. Umverteilung, so dass alle an dem Ergebnis dieser Grundlage teilhaben können, ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Grundeinkommen ist gerecht, weil es die Beteiligung aller an den Gütern der Erde und dem gemeinsamen Erbe der Menschheit sicherstellt. Grundeinkommen entspricht auch der Forderung der Subsidiarität, weil es die einzelnen in die Lage versetzt, selbst aktiv zu werden. Und es entspricht der Solidarität als gemeinsame Sorge, Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle das für ihr Leben und ihre Entwicklung notwendige haben. Vor allem aber entspricht Grundeinkommen der Menschenwürde und dem Recht auf Leben, die die Basis jeden gerechten menschlichen Zusammenlebens bilden.

Grundeinkommen und Ökologie

In den reichen Ländern kann Grundeinkommen ein Beitrag sein zu einer Umkehr zu einer stärker ökologisch ausgerichteten Wirtschaft,

- weil der Druck, Arbeitsplätze um jeden Preis zu schaffen, geringer wird,
- weil der Druck, kontinuierlich im sozialversicherungsmäßig geschützten Erwerbsarbeits-Bereich zu bleiben geringer wird,
- weil Eigenversorgung und ökologische Landwirtschaft, Reparaturen und eine Vielzahl von kleinen Initiativen von handwerklichen Erzeugungen bis hin zu Tauschkreisen durch GE gefördert werden

Grundeinkommen in der Politik

Um Grundeinkommen zum politischen Thema zu machen, braucht es eine breite Basis von Menschen, die das wollen und dafür eintreten. Und es braucht die Einsicht von Politikern, dass Grundeinkommen beitragen würde, eine Reihe sich stellender Probleme besser zu lösen als es mit den heute zur Verfügung stehenden Mitteln möglich ist. Beides verlangt nach einem breiten Bewusstseinsbildungsprozess.

Seit etwa zwei Jahren entstehen in vielen europäischen Ländern, v.a. in Deutschland, bei uns in Österreich und in der Schweiz neue Gruppen, die für die Einführung eines Grundeinkommens werben. Dazu kommt, dass in den USA und Kanada neue Gruppen sich gebildet haben, und auch in Ländern Lateinamerikas und in Afrika Grundeinkommen zum Thema geworden ist. Wenn es gelingt, daraus eine Bewegung entstehen zu lassen, werden die politischen Parteien nicht mehr daran vorbeikommen.

Eine Partei, die ausdrücklich Grundeinkommen als Basis und Thema hat, ist die Belgische Partei VIVANT, die auch einen Europa-Ableger hat und seit kurzem eine Tochterpartei in der Demokratischen Republik Kongo. In der Vergangenheit haben sich

Grüne Parteien wie Ecolo in Belgien, die Deutschen Grünen und eine Zeit lang die österreichischen Grünen für Grundeinkommen eingesetzt, letztere treten heute für eine bedarfsorientierte Grundsicherung mit Grundeinkommens-Elementen ein. In Deutschland setzt sich die PDS/die Linken für GE ein.

Grundeinkommen liegt quer zu den heutigen Hauptströmungen politischer Parteien und scheint schwer vereinbar mit dem Versprechen „Arbeitsplätze für alle“. Darüber hinaus löst es Ängste verschiedener Art aus: Angst vor Faulheit, Befürchtungen, es könnte zum Ausgrenzungsinstrument werden bis hin zur Befürchtung verstärkter Immigration.

Nicht zuletzt weckt auch der mit Grundeinkommen verbundene größere Freiheitsspielraum der Einzelnen Ängste – von der größeren Freiheit und Unabhängigkeit der Frauen bis zur politischen Einmischung.

Ob Grundeinkommen Wirklichkeit werden kann, hängt erstens davon ab, inwieweit wir uns damit auseinandersetzen und andere von den damit verbundenen Möglichkeiten und Chancen überzeugen, und es wird vom durch die Diskussion erzeugten politischen Willen abhängen, ob und wie es schließlich durchsetzbar wird.

Grundeinkommen weltweit

Die Gründe, die für ein GE in Österreich oder Europa gelten, gelten erst recht im weltweiten Zusammenhang.

- Menschenwürde und Recht auf Leben sind zwar in weltweit gültigen Dokumenten festgehalten, werden aber in der Realität mit Füßen getreten,
- Gerechtigkeit und Teilhaberechte haben keine Chance angesichts von Ungleichheit und Ungerechtigkeit, und von Armut, die für viele Menschen dieser Welt konkreten Hunger bedeutet, verbunden mit der Unmöglichkeit, die elementarsten Bedürfnisse zu erfüllen.
- Ökologie und Zukunftsorientierung: Damit alle Menschen dieser Welt ein menschenwürdiges Leben führen können, braucht es unter anderem auch Wachstum, materielles Wirtschaftswachstum, in vielen Ländern und Regionen des Südens. Wir wissen aber, dass sich der Verbrauch an materiellen Ressourcen, den sich die Reichen heute gönnen, nicht auf die ganze Welt ausdehnbar ist, schon deshalb nicht, weil die Reichen einen großen Teil der Ressourcen der Länder des Südens für sich verbrauchen.

Ein weltweites Grundeinkommen kann nicht unabhängig gedacht werden von der Notwendigkeit eines besseren Umgangs mit den Grenzen der Belastbarkeit des ökologischen Systems, und vom Ziel einer gerechteren Verteilung der natürlichen wie der technischen und wissenschaftlichen Ressourcen der Erde und der Menschheit.

Dabei ist vorerst die Frage zu stellen, ob ein weltweites Grundeinkommen heute möglich ist, bzw. nach den Bedingungen und Voraussetzungen dafür:

- weltweite Verfügbarkeit von Gütern und Ressourcen
- Finanzierungs-Möglichkeiten durch Umverteilung über finanzielle Transfers
- Die globalen Institutionen und die administrativen Möglichkeiten einzelner Länder und Regionen

Die Güter der Erde

Die fundamentale Frage lautet: Ist die Erde reich genug, alle 6 Milliarden Menschen von heute, und vielleicht 8 Milliarden in einigen Jahrzehnten, zu ernähren? Diese Möglichkeit wurde nicht nur zu Zeiten eines Malthus, sondern auch vor wenigen Jahrzehnten in Zweifel gestellt. Heute werden genügend Agrargüter erzeugt, um die ganze Welt zu ernähren. Allein der Streit um Exportsubventionen und freien Zugang zu den Agrarmärkten zeigt dies deutlich genug. Wenn Menschen trotzdem hungern, gibt es dafür mehrere „Schuldige“.

- Der erste Grund sind Kriege und kriegerische Auseinandersetzungen, verbunden mit Vertreibung von Bevölkerungen von ihrem Land (z.B. Süd-Sudan, Darfur).
- Der zweite sind Naturkatastrophen, wie Trockenheit, die in den letzten Jahren große Teile Afrikas heimgesucht hat. Zwar wäre hier in aller Regel die internationale Gemeinschaft bereit und in der Lage, mit Nahrungsmitteln zu helfen, würden die Regierungen dieser Länder um Hilfe ersuchen bzw. zulassen (z.B. Mugabe in Zimbabwe).
- Und dann gibt es Länder, reiche und weniger reiche, die genug Nahrungsmittel und Ressourcen hätten, damit alle genug zum Leben haben könnten, wo jedoch wirtschaftliche Strukturen und ungerechte Verteilung dies verhindern.

Es gibt heute keinen Mangel an Gütern, der verantwortlich wäre dafür, dass Menschen das Nötigste entbehren. Es gibt allerdings auch keine Garantie, dass die Erde auch in Zukunft eine Bevölkerung von dann vielleicht 8 Mrd Menschen oder mehr ernähren können wird, vor allem dann nicht, wenn die Ausbeutung ökologischer Ressourcen, die steigende Erderwärmung als Folge des ungebremsten Energieverbrauchs und der unüberlegte Umgang mit Boden und Wasser ungebremst weiter gehen.

Ein weltweites Grundeinkommen müsste dazu beitragen, die Probleme von Armut und Hunger in unserer Welt zu lösen, ökologisches, nachhaltiges Wirtschaften zu stärken und allen Menschen in ihrem eigenen Land ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Finanzielle Ressourcen

Ein US\$ pro Tag für derzeit 6 Milliarden Menschen würde in etwa 2 200 Mrd. \$ jährlich kosten (~ 5% der Weltproduktion). Geht man davon aus, dass der Anteil der Armen, für die tatsächlich zusätzliche Mittel aufgebracht werden müssten, etwa ein Viertel der Erdbevölkerung ist, wären es etwa 550 Mrd.\$ (= ~ 50% der Rüstungsausgaben).

Im Vergleich dazu

- Welt BSP: 40.000 Mrd. US-\$ 2004; (die Angaben schwanken zwischen 36,4 – für 2004 und 44 für 2006; d.h. in etwa 40 Billionen US-\$, eine Zahl mit 12 Nullen)
- - Entwicklungshilfe ODA 2005: 106,5 Mrd. US-\$, statt 160, die als notwendig für die Entwicklung der ärmsten Länder errechnet wurden, und weit entfernt von den mit Hilfe der angestrebten 0,7% des BSP zu erreichenden 200 Mrd US-\$ für 2015.
- weltweite Rüstungsausgaben 2005 laut SIPRI-Institut : 1 118 Mrd.\$. Das sind 2,5% der gesamten Weltproduktion und über 170 \$ pro Kopf der Weltbevölkerung.

Die internationale Gemeinschaft

Geld ist ein Mittel; Armut ist Mangel an Gütern und Einrichtungen. Zum Mangel an Lebensgrundlagen (ökonomische Armut) kommt die Machtlosigkeit (politische Armut), kulturelle Armut in Form von Diskriminierung, Armut durch Krankheit oder Hoffnungslosigkeit, wenn keine Veränderung zum Besseren sichtbar wird. Armut wird wesentlich beeinflusst vom Vorhandensein (oder Fehlen) öffentlicher Einrichtungen.

Die UNO-Millenniums-Ziele

Die von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen beschlossenen Millenniums-Ziele nehmen diese Mehrdimensionalität der Armut in den Blick. Bis zum Jahr 2015 soll folgendes erreicht werden:

- extreme Armut und Hunger ausmerzen: Konkret soll von 1990 bis zum Jahr 2015 die Zahl jener Menschen, die mit weniger als einem \$ pro Tag leben müssen, halbiert werden. Ihre Zahl wurde auf 1 Mrd. Menschen geschätzt, mehr als 800 Millionen haben nicht genug zu essen.

Während im letzten Jahrzehnt die Zahl der Armen in vielen Ländern vor allem in Asien gesunken ist, ist sie in Afrika weiter gestiegen.

Weiters

- Grundschule für alle Kinder
- Geschlechtergerechtigkeit und Ermächtigung der Frauen
- Reduktion der Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Gesundheit der Mütter
- Kampf gegen AIDS, Malaria und andere Krankheiten
- Schonung der Umwelt, Nachhaltigkeit
- Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft

Die Weltenwicklungskonferenz 2005 hat allerdings gezeigt, dass die Ziele weit entfernt sind und es bisher nicht gelungen ist, die notwendigen Mittel aufzubringen.

Was würde geschehen, wenn die Mitgliedsstaaten der UNO ein allgemeines Grundeinkommen beschließen und gleichzeitig die nötigen Mittel bereitstellen würden?

Verwaltung und Infrastruktur

Würde die UNO z.B. über die Weltbank den ärmsten Ländern die nötigen Finanzen für ein allgemeines Grundeinkommen zur Verfügung stellen, wären noch längst nicht alle Probleme gelöst. Um Geld zu den Empfängern zu bringen, braucht es

- eine staatliche Verwaltung, die weiß, wo wie viele Menschen leben – Geburtsregister, Meldeämter, Volkszählungen – in vielen Ländern nicht oder nur ansatzweise vorhanden;
- Infrastruktur für die Verteilung, Banken? Kreditkarten? Verkehrsinfrastruktur? Und verlässliche Beamte, damit das Geld nicht in dunklen Kanälen verschwindet;
- Geld hat nur einen Wert, wenn die entsprechenden Güter – in erster Linie Nahrungsmittel – verfügbar sind.

Grundeinkommen als Entwicklungsfaktor

Es kann nicht Sinn der Sache sein, Länder, die über genügend Ressourcen für die eigene Versorgung – im Sinne von bebaubarem Land, von Rohmaterialien zum Bau entsprechender Unterkünfte etc.- verfügen, mit Nahrungsmitteln zu beliefern.

Grundeinkommen müsste als Hilfe zur Selbsthilfe zur Entwicklung des Grundbedarfssektors in solchen Ländern dienen. Ein internationaler Grundeinkommenstransfer, der letztlich nur zur Finanzierung von Importen dient, ohne zur Entwicklung von Wirtschaft, Verwaltung, Infrastruktur beizutragen, wird auf Dauer keine Lösung sein.

Das bedeutet nicht, dass es nicht auch Länder gibt, die auf Dauer auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln angewiesen sind; dazu gehören sicherlich Sahel-Länder wie Mali oder Niger. Jedenfalls müsste Grundeinkommen mit Begleitprogrammen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ergänzt werden, die je nach Land verschieden sein müssen. Dabei geht es in erster Linie um die Selbstversorgung mit Grundbedarfsgütern und den Aufbau einer sozialen Infrastruktur, von Schulen (und Schulpflicht) und um eine Mindestversorgung im Bereich der Gesundheit.

Da Grundeinkommen in einem ersten Schritt Kaufkraft verfügbar macht, würde eine Grundlage für Initiativen zur Entwicklung von Landwirtschaft, vor allem für den lokalen Bedarf, und allerlei kleine Gewerbebetriebe entstehen können.

UNO für Grundeinkommen?

Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die UNO oder andere supranationale oder internationale Institutionen finden, die sich ein weltweites Grundeinkommen zum Ziel setzen, ist derzeit gering, wie sich bereits bei den Schwierigkeiten zur Finanzierung der Millennium Goals zeigt. Die konkreten Schwierigkeiten in einzelnen Staaten wie das Fehlen einer funktionierenden Administration, einer genügend ausgebauten Verkehrs-Infrastruktur, eines Bankennetzes, um das Geld zu verteilen, müssten dabei überwunden werden.

Einige Dritt-Welt-Länder haben inzwischen Initiativen ergriffen, um selbst, aus eigener Kraft ein Grundeinkommen einzuführen. Dazu gehört vor allem Brasilien, das 2003 die Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens beschlossen hat und durch Zusammenlegung und Ausbau bestehender Programme, insbesondere zugunsten armer Familien, erste Schritte gesetzt hat.

In Südafrika, wo vor den letzten Wahlen sich eine starke BürgerInnenbewegung für Grundeinkommen gebildet hatte, wurden ebenfalls bestehende Sozialprogramme für Kinder und Alte ausgebaut. Für die große Zahl von HIV-Positiven und Aids-Kranken wurde ein medizinisches Programm mit einer finanziellen Hilfe verbunden. Das Ziel bleibt dennoch ein Grundeinkommen in der Höhe von 100 Rand für alle StaatsbürgerInnen, das Armut und Ungleichheit wesentlich reduzieren würde. Dieses Grundeinkommen sollte durch öffentliche Institutionen ausbezahlt und durch progressive Steuern finanziert werden. Es sollte nicht zuletzt auch einen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten. Die Befürworter sind überzeugt, dass ein Minimum von Sicherheit Menschen befähigt, in Arbeitsuche oder Mini-Unternehmen zu investieren oder sich auf die Erziehung der Kinder, auf Gesundheitsvorsorge bzw. Krankenbehandlung einzulassen.

Ähnliche Überlegungen haben einige Persönlichkeiten in Kinshasa in der Demokratischen Republik Kongo bewogen, eine Partei nach dem Vorbild der in Belgien beheimateten Partei VIVANT zu gründen, die sich für ein allgemeines

Grundeinkommen einsetzt. Begründet wird die Initiative ausdrücklich damit, den informellen Sektor und die Innovationskraft der Leute zu stärken. Die Finanzierung soll durch eine spezielle Steuerreform erfolgen, verbunden mit dem Ausbau von bargeldlosem Zahlungsverkehr, der für alle größeren Transaktionen verpflichtend wäre.

Im Kongo werden am 31. Juli 2006 Parlamentswahlen stattfinden. Dass VIVANT eine Mehrheit bekommt, ist wohl kaum zu erwarten.

Die Diskussion um GE ist weltweit geworden, und viele Länder warten nicht mehr auf die internationale Gemeinschaft, sondern werden aktiv und setzen eigene Schritte mit dem Ziel einer gerechteren Gesellschaft.

Leicht überarbeiteter Vortrag anlässlich des 10. Allhauer Symposiums „Moderne Jobs – Arbeitsformen für das 21. Jahrhundert.“

Dr. Lieselotte Wohlgemant ist Mitarbeiterin der ksoe (Katholische Sozialakademie Österreichs) Schottenring 35, 1010 Wien, www.ksoe.at

Weitere Inputs

Vera Besse: Arbeit und Geld

Zusammenfassung des Arbeitskreises durch die Moderatorin

Zum Thema Arbeit & Geld traf sich eine hochkarätige Runde, nicht nur die InputgeberInnen, sondern auch andere TeilnehmerInnen hatten viel Interessantes beizutragen. Hier einige Punkte, die ich für erwähnenswert halte, um einen Einblick in das Geschehen zu geben, subjektiv und ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Max Deml, Inputgeber zum Thema Grünes Geld, erläuterte, dass zu nahezu jedem konventionellen Finanzprodukt ein „grünes“ existiert. Die Kriterien hierfür sind nicht eindeutig, manche haben den

Ansatz der Ausschlusskriterien wie kein Engagement in Rüstungsbetrieben, bei Kinderarbeit, in der Atomindustrie..., andere wählen den „Best of class“-Ansatz.

In der Diskussion kam die Frage auf, warum diese Produkte so wenig beworben werden, meinte er, dass die Verwaltung naturgemäß aufwändiger ist und daher der klassische Schalterbeamte unkundig bezüglich dieser Produkte ist.

Ein Girokonto nach ethischen Kriterien ist in Österreich derzeit nicht möglich, Hoffnung gab jedoch die Antwort, dass mit einem Girokonto Banken nichts verdienen, wenn also sämtliche Veranlagungen grün sind, so kann das Gehaltskonto mit ruhigen Gewissen bei der Bank verbleiben. Interessant in diesem Zusammenhang: Scheidungsquote in Ö: 50%; Menschen, die ihr Bankkonto wechseln: 3%.

Zum Thema Regionalwährung war große Expertise vorhanden: Heribert Purkarthofer stellte uns den Styrrion vor und stellte damit das Konzept der Regionalwährungen zur Diskussion: Da diese mit einem Negativzins behaftet sind, hat jeder Interesse daran, dass Geld im Kreislauf zu halten; da es außerhalb der Region keine Wert hat, wird die lokale Wirtschaft gestärkt. Kritisch war anzumerken, dass Regionalgeld in Bezug auf die Nachhaltigkeit lediglich den Transport aus der Ferne verringern kann, es ist „blind“ gegenüber biologisch/konventionellen Produkten, und es ist fraglich, ob der rasche Geldumlauf nicht zu noch höheren Konsumraten mit höherer Umweltbelastung führt.

Vertreter vom Mozarttaler und Waldviertler waren auch anwesend.



Marianne Schallhas führt uns durch ihre Ausstellung zum Thema Geld, beeindruckte mit der Schuldgeldspirale (da Geld in unserem derzeitigen System nur durch Kredite geschöpft werden kann, muss ein neuer Kredit mit einer größeren Summe aufgenommen werden, um den ersten zurückzuzahlen. Für den zweiten ist wieder ein noch größerer, dritter Kredit nötig, usw.). Und zeigte die Vernetzung, die das Geld und die Wirtschaft miteinander eingehen, und deren Auswirkung auf unser tägliches Leben.

Georg Pleger von der „Tiroler Stunde“ stellte das dortige Modell vor, in dem das Geld nicht mehr wie bei beispielsweise beim Waldviertler in Euro getauscht wird, sondern durch eine Tätigkeit, die der Gemeinschaft dient, wird ein Wert erzeugt, und dieser durch das Prägen von Münzen dargestellt. In Innsbruck ist diese Alternativwährung bereits im Umlauf.

Erfreulich war der Austausch zwischen den einzelnen Engagierten, es wurde die Idee gefasst, eine Plattform für Alternativwährungen in Leben zu rufen, um zwischen den ermutigenden Projekten Ideen und Erfahrungen auszutauschen. Ein Termin für das Follow-up-Treffen wurde noch nicht fixiert.

Mag. Vera Besse ist stv. Obfrau von SOL.



Georg Pleger beim Prägen einer „Tiroler Stunde“

Andreas Exner: Geld für Alle = Alle für Geld?

Zur Debatte um das Grundeinkommen

Der globale Krisenkapitalismus stellt uns vor Fragen, die wir nicht zu stellen gewohnt sind. Die Antworten der Systemmanager und der sozialen Opposition könnten unterschiedlicher nicht sein. Propagiert der Neoliberalismus in letzter Konsequenz die Arbeit ohne Einkommen, so setzen viele Linke ihre Hoffnungen in das genaue Gegenteil, Einkommen ohne Arbeit. Eine Annahme teilen die Gegner allerdings, nämlich dass an Geld und Arbeit nicht zu rütteln sei.



Als Warenmenschen gehen wir auf zwei Krücken, Einkommen und Arbeit. Wir arbeiten, um zu jenem Geld zu kommen, das wir zum Kauf von Waren brauchen. Die Geldwirtschaft hingegen setzt uns in Arbeit, um jene Waren zu produzieren, die sich in Mehrgeld niederschlagen, das schließlich Arbeitskräfte kauft. Im Zuge der langfristigen Stagnation kapitalistischen Wachstums leidet der geldwirtschaftliche Arbeitsmagen allerdings unter zunehmender Appetitlosigkeit. Die Arbeit bringt den Arbeitskraftverkäuferinnen und -verkäufern immer weniger Geld, sofern sie überhaupt noch einen Käufer finden. Sie wird vom sozialen Integrations- zum asozialen Ausschlussmechanismus. Im totalisierten System der Arbeitskraftverwertung ist der Besitz eines Arbeitsplatzes Ausweis des kapitalistischen "Menschseins" wie der Reisepass; und wie es die Geldbörse schon lange ist. Mit der Ausstellung dieses Ausweises wird aber immer knausriger verfahren. Darunter leidet nicht nur jenes Sinnerleben, das die Erfüllung sozialer Normen belohnt, sondern auch das Geldeinkommen und somit die Möglichkeit, Zugang zur Warenwelt zu erhalten.

Mit Ausnahme einiger rückwärtsgewandter Hoffnungen auf eine Wiederkehr des fordistischen Normalarbeitsverhältnisses, wie sie etwa die Meinungsmacher in der Globalisierungskritik und den Rängen der Gewerkschaften propagieren, sind Illusionen einer rosigen Zukunft der Arbeitsgesellschaft insgesamt gesehen selten. Dennoch wollen die meisten Linken der Massenarbeitslosigkeit und der Prekarisierung nicht mit einer grundsätzlichen Infragestellung der Arbeit begegnen, sondern mit der Forderung nach mehr Arbeitsplätzen. Damit wird die Reduktion von Menschsein auf die vom Kapital kontrollierte Fähigkeit zur Arbeitskraftverausgabung, wenn auch mit den besten Absichten, so doch bekräftigt. Eine fatale Rückendeckung für die neoliberale Arbeitsfront.

Von der Utopie zur Notwehr

So unzureichend die Krise der Arbeitsgesellschaft gegenwärtig auch reflektiert wird, so wichtig sind die wenigen Versuche, eine emanzipatorische Alternative gegen die Arbeit als den alles beherrschenden sozialen Integrations- und Ausschlussmechanismus zu setzen. Seit den frühen 1980er Jahren, als sich einerseits der Verfall des fordistischen Sozialpakts zwischen Kapital und Arbeit, andererseits aber auch die

kasinokapitalistische Bewältigungsform der diesem Verfall zugrunde liegenden, langfristigen Wachstumsschwäche immer deutlicher abzeichneten, erlebte die Debatte um das Grundeinkommen regelmäßige Konjunkturen. Beim Eintritt in die postfordistische Ära konnten sich diese Diskussionen noch von den neoliberalen Blühträumen einer unendlichen, arbeitslosen Vermehrung des Geldkapitals beflügelt fühlen, ebenso wie von der Erwartung einer "Friedensdividende", die der Zusammenbruch des Ostblocks hatte bringen sollen. Angesichts der immer deutlicher hervortretenden Wirkungen der Finanzmarkt-Aufblähung, die die Krise der "Realwirtschaft" zwar abfedert, aber auch ihre potenzielle Durchschlagskraft erhöht und selbst ein hohes "systemisches Risiko" zeigt, erscheint die Hoffnung auf einen neuen Wirtschaftsaufschwung mittlerweile wie ein Warten auf Godot. Unter diesen Voraussetzungen muss die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen von einer bürgerlich-liberalen Utopie zu einem Mittel sozialer Notwehr geschärft werden, will sie etwas Positives bewirken können.

Der Widerstand gegen die Verwaltung der Arbeitslosigkeit, die uns nicht aus der Mühle der Arbeit entlässt, sondern unter einem enormen Aufwand zur Simulation arbeitsgesellschaftlicher Normalität an ihren nicht minder düsteren Gegenpol kettet, kann sich in dieser Perspektive zum Kampf um die bedingungslose Verteidigung jener monetären Sicherheiten ausweiten, die der nationalen Verwertungsmaschine noch in ihrem Niedergang ohne Zweifel abzurufen sind. Damit ist auch eine klare Grenze gegen neoliberale Ideen eines an Arbeitszwang gekoppelten und nicht existenzsichernden "Bürgergeldes" gesetzt, wie es sich mit den jüngsten Reformen des deutschen Arbeitsmarktes anbahnen dürfte.

Schritte am Ende der Sackgasse

Jeder Ansatz einer alternativen Lebens- und Produktionsweise, der sich getraut, auch nur einen Fuß in die Terra incognita jenseits der Verkaufsbeziehung zu setzen, ist damit konfrontiert, dass praktisch alle menschlichen und natürlichen Ressourcen von Staat und Kapital für den Verwertungsprozess beschlagnahmt sind. Zumindest in jenen Weltregionen, die den Weg zur Totalisierung der Warenform bis zur Privatisierung von Wissen, Resten öffentlicher "Daseinsvorsorge" und der "genetischen Ressourcen" der ganzen Länge nach durchschritten haben, bliebe selbst nach einem Zusammenbruch der Ordnungen des Werts und seiner Bewegung kein Fleckchen unverbrannter Erde übrig. Ein Umstand, der die Durchschlagskraft und das Destruktionspotenzial einer Krise des Kapitals gegenwärtig übrigens um vieles verheerender macht als zur Zeit des Ersten oder noch des Zweiten Weltkriegs, als mannigfaltige Formen vormoderner Subsistenz oder randkapitalistischer, einfacher Warenproduktion existierten, die die gesellschaftliche Reproduktion über die größten Verwerfungen des Akkumulationsprozesses hinweg stabilisieren konnten. Herrschaft der Ware bedeutet, dass Ressourcen auch bei Strafe der Selbstvernichtung der Gesellschaft der kollektiven Nutzung entzogen bleiben müssen. Diese eiskalte Logik zeigt sich schon in der massenhaften Vernichtung brauchbarer Güter im kapitalistischen Normalbetrieb, etwa wenn noch genießbare Nahrungsmittel nach Erreichen des Ablaufdatums nicht an Bedürftige verschenkt werden, sondern im Müll landen. Und sie springt in den Krisenzentren noch mehr ins Auge, wo Fabriken stillgelegt werden und Äcker unbestellt bleiben, allein weil das Kriterium der Rentabilität sein Veto einlegt und der Betrieb der sozialen Reproduktion vor den Hungernden beinhart seine Tore schließt. Jede Landnahme im Niemandsland der Ware hat mit seinem staatlichen Bewacher zu

rechnen. Solange die Ware, deren Wert sich im Geld ausdrückt, die vorherrschende Form des Reichtums darstellt, solange kann der Zugriff auf den Reichtum in Regel und Masse auch nur in der Geldform erfolgen, will er sich nicht mit der Gewalt des Staates konfrontieren.

Hatten frühere soziale Bewegungen die Darstellung und Aneignung des Reichtums in dieser gegen Mensch und Natur gleichgültigen, destruktiven Form weder hinterfragt noch aufheben wollen, so aus zumindest einem plausiblen Grund: Die fortwährend wachsende, in die Gesellschaft vordringende Wirtschaft gab den Kämpfen im Rahmen der Geldform eine einigermaßen solide Basis. Soziale Auseinandersetzungen konnten tatsächlich um die Verteilung geführt werden und brauchten sich um die Form des Reichtums nicht zu kümmern. Die Expansionsbewegung der Geldwirtschaft zog zudem einen wachsenden Bedarf an Arbeitskraft nach sich. Deren Verkäuferinnen und Verkäufer konnten in eine vergleichsweise fest gefügte Arbeitsordnung eingepasst werden, in der sie ihre soziale Bestimmung fanden und diese vielfach auch als sinngebend erlebten.

Diese materielle und ideelle Basis ist heute in allen Bereichen brüchig geworden. Die Rebellion von 1968 und den Folgejahren hat einerseits wesentlich zur Auflösung der starren Arbeitsordnung und zu einer Flexibilisierung ihrer Disziplinierungsformen andererseits beigetragen. Zugleich stiegen mit dem rückläufigen Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung. Ein wachsender Überschuss an Arbeitskraft schwächte die Position der Gewerkschaften, die sich auch weiterhin am früheren Normalarbeitsverhältnis orientieren; ein schwerer strategischer Fehler, da die zunehmende Zahl an atypisch Beschäftigten und Arbeitslosen ebenso wie die Internationalisierung des Kapitals die Bemühungen um einen Erhalt der nationalen Arbeitskraftkartelle zwangsläufig unterlaufen. Allerorten führte die Verknöcherung der Gewerkschaftsapparate deshalb zum Rückgang von Streiks und offensiven Lohnforderungen. Gleichzeitig nahm der Verteilungsspielraum im Zuge der Profitkrise Anfang der 1970er Jahre objektiv und nachhaltig ab. Die Möglichkeit der gegenwärtigen Finanzblasenakkumulation beruht gerade auf niedrigen Löhnen, nachlassender Besteuerung von Profiten und Vermögen und einer Privatisierung staatlicher Sicherheiten. Die dabei vielfach angenommenen Verteilungsspielräume sind fiktiv. Jeder Gewinn im Verteilungskampf würde die Profite, die Konkurrenzfähigkeit und damit auch die künftigen Investitionen und Arbeitsplätze beschneiden und schlussendlich seine eigene Grundlage untergraben. Selbst im optimistischen Szenario einer Renaissance breiter Verteilungskämpfe ist daran also keine weiterreichende Perspektive mehr zu knüpfen. Wo die Basis einer "selbsttragenden Akkumulation" nicht gegeben ist, beeinträchtigt jede Verschiebung der Verteilung zugunsten der Lohnabhängigen weitere Akkumulation, also weiteres Wirtschaftswachstum. Darüber hinaus sind heute die ökologisch katastrophalen Folgen der Warenproduktion evident, die auf dieser Grundlage nicht mehr zu bewältigen sind. In erbarmungsloser Schärfe markiert auch das ökonomische Scheitern der Entwicklungsländer eine objektive Grenze für die Verallgemeinerung des kapitalistischen Wachstumspfades.

Gerade die illusionslose Sicht auf das Ende der Sackgasse, an dem die Warengesellschaft angelangt ist, vermag den Blick auf eine Strategie der monetären Absicherung zu konzentrieren, die sich nicht mehr am Höhenflug von steigenden Realeinkommen und zunehmendem Warenreichtum berauscht, sondern die Herausforderung, einen möglichst bruchlosen Übergang in eine Welt jenseits der Ware

zu finden, ernst nimmt; ernster jedenfalls, als es die Vorstellungen eines unvermittelten Ausstiegs in die Subsistenz oder der spontanen Enthüllung des unter einer "Haut" von Kapital und Ich-AG vermuteten Kommunismus der Netzwerke und ihrer angeblich "immateriellen Produktion" tun.

Kämpfe innerhalb der Geldform lassen einen Aufschwung der Linken im Sinne einer innerkapitalistischen Fortschritts- und Modernisierungsbewegung also weder erwarten noch erhoffen. Diese Auseinandersetzungen wären jedoch dann von großer Bedeutung, wenn sie mit der Zielrichtung einer Aufhebung der Warengesellschaft verbunden werden könnten. Denn dafür gilt es, materielle Ressourcen zu erkämpfen, die jene partielle Entbindung aus einem puren Überlebenskampf ermöglichen, die auch das bedingungslose Grundeinkommen anpeilt.

Ist Geld genug?

Freilich trägt die Debatte um das Grundeinkommen im Vergleich zu Lohnforderungen einen defensiven Charakter. Doch muss sie deshalb nicht wie ein Rückzugsgefecht in einer verlorenen Schlacht geführt werden, sondern kann, offensiv und warenkritisch gedacht, den sozialen Widerstand zur Frage einer direkten Aneignung der gesellschaftlichen Reichtumspotenziale und ihrer von der Geldform entbundenen Entwicklung führen. So würde sich zwar noch nicht das soziale Kräfteverhältnis, aber immerhin die Frontstellung verändern.

Die Geldform bildet, solange der Akkumulationsprozess des Kapitals nicht zum Erliegen kommt, nicht nur einen möglichen, sondern vielmehr notwendigen Ansatzpunkt für eine Bewegung zur Aufhebung des Kapitalismus, die zuallererst Ressourcen und freie Zeit benötigt. Eine solche Aufhebungsbewegung bedarf einer sozialen Kraft, für die der Kampf um Einkommen sicherlich die leichtere Aufgabe darstellt. Nur wer dem Kriterium der Finanzierbarkeit, die ohnehin in weiten Grenzen dehnbar ist, die Akzeptanz verweigert, kann überhaupt noch gewisse Verteilungsspielräume aufmachen. Aber gerade deshalb ist eine weiterführende Entwicklungsperspektive innerhalb der Geldform nicht zu sehen, im Gegenteil: Die Forderung nach einem Einkommen, das die Bedingungen der Kapitalakkumulation ignoriert und als bedingungsloses auch ignorieren muss, formuliert einen Anspruch auf Wohlstand, Zwanglosigkeit und Sicherheit, der nur in einer von der Waren- und Geldform befreiten Gesellschaft einzulösen ist.

Vor diesem Widerspruch, der - für sich genommen - die Legitimität der Grundeinkommensforderung ja nicht dementiert, verschließen die meisten ihrer Vertreterinnen und Vertreter allerdings die Augen. Der realen Lage zum Hohne wird das Grundeinkommen damit zu einer Projektionsfläche für die Wünsche jener, die zwar die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Situation erkennen, doch von ihren tieferen Ursachen und Zusammenhängen nichts wissen wollen. So wird dem Schwinden der Einkommen und der Rücknahme sozialer Sicherheiten der schlichte Ruf nach mehr Einkommen und besserer Absicherung entgegengesetzt. Eine ebenso bezeichnende wie wesentliche Voraussetzung für diese projektive Funktion ist der blinde Fleck im ökologischen Auge der Debatte. Der ökologischen Problematik einer prosperierenden Wirtschaft, wie sie ein Grundeinkommen ja erfordert, soll bestenfalls mit dem hilflosen Konzept einer ökologischen Steuerreform begegnet werden. Oder es wird, mehr oder weniger deutlich, für eine "Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus" plädiert,

im Sinne entweder der Freiwirtschaft oder des Sozialismus. In dieser Sicht soll die warenproduzierende Gesellschaft, in der das Geld die allgemeine Form des Reichtums darstellen muss, ohne ihre darin bereits angelegte Zielsetzung auskommen, Reichtum in eben dieser Form zu akkumulieren. Diese Vorstellung ist zwar Utopie, jedoch logische Folge einer bloß oberflächlichen Kritik des Kapitalismus, die zwar im Zins und allenfalls in der Rationalität der einzelbetrieblichen Gewinnmaximierung ein Problem erkennen will, nicht aber in der Verkaufs- und Geldbeziehung, deren notwendiges Resultat der Zins und der Zwang zur Maximierung des Gewinns doch sind. Eine solche fiktive Marktwirtschaft ohne Kapitalwachstum wäre nur ein kurzzeitiges Krisenphänomen vor dem Zusammenbruch formeller kapitalistischer Ökonomie. Ein Grundeinkommen ist in dieser Situation keinesfalls finanzierbar, was zumindest denjenigen Befürworterinnen und Befürwortern klar ist, die das Grundeinkommen an das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts binden wollen. Ginge das Wachstum zurück, würde in diesem Modell auch weniger Grundeinkommen ausbezahlt. Tatsächlich kann das Grundeinkommen die Koppelung von Einkommen und Arbeit zwar auf individueller Ebene lockern, die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft insgesamt ist aber in jedem Fall vom Ausmaß der Profitproduktion, also der Ausbeutung von Arbeitskraft abhängig. Deshalb ändert ein Grundeinkommen auch keinen Deut an der Warenförmigkeit unserer Lebenszeit. Arbeitskraft muss sich zum überwiegenden Teil am Arbeitsmarkt verkaufen, wenn die Finanzierbarkeit des Grundeinkommens zumindest mittelfristig sichergestellt werden soll.

Jeder ist zu unterstützen, der das Recht aller Menschen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum einklagt. Doch bleibt dies ohne Aussicht auf Erfolg, wenn von der spezifisch kapitalistischen Form des gesellschaftlichen Reichtums abgesehen wird, der eben als "ungeheure Warensammlung" (Karl Marx) erscheint und diese allgemeine Teilhabe prinzipiell verhindert. Wer diese Form unangetastet lässt und ihre Auswirkungen bloß äußerlich politisch "gerechter" machen will, erklärt die Ursache der Misere kurzerhand zu ihrem eigenen Heilmittel, macht den kapitalen Bock zum Gärtner. Eine in dieser Weise argumentierende Grundeinkommensforderung ist der Ausdruck eines Bewusstseins, das einen anderen als "Geld- und Warenreichtum" nicht zu denken wagt. Damit bleibt sie aber auf Gedeih und Verderb an die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, also der Ökonomie von Arbeit, Wert und Geldgewinn gefesselt und teilt so das klägliche Schicksal der Forderung nach Arbeitsplätzen, dem sie doch gerade zu entkommen sucht.

Die Feststellung, dass - stofflich betrachtet - genug für alle da sein könnte, wie sie von vielen Vertreterinnen und Vertretern des Grundeinkommens zu hören ist, ist zwar völlig richtig. Das ist auch die einzig mögliche Antwort auf das hysterische Notstandsgetue der Krisenverwaltung. Wird diese Aussage aber auf die Formel gebracht: "Geld ist genug da!", verliert sie ihren kritischen Gehalt. Die vorherrschende Auffassung, dass Reichtum nur in der abstrakten und eigengesetzlichen Form von Ware und Geld existieren kann, wird so nämlich nicht etwa infrage gestellt, sondern noch bestätigt. Andererseits bleibt es in einer solchen Perspektive ganz unerklärlich, woraus der dauernde Mangelzustand in der kapitalistischen Gesellschaft resultiert: nämlich doch gerade aus den "Sachzwängen", die eben das Wesen der Waren- und Geldform ausmachen.

Ähnlich widersprüchlich ist die mit dem Grundeinkommen verbundene Kritik der Arbeit. So richtet sich die angestrebte Entkopplung von Arbeit und Einkommen zwar

zum einen gegen die herrschende Arbeitsmoral, wonach nur essen dürfe, wer auch arbeite. Das ist zweifellos eine wichtige Botschaft im Kampf gegen die neoliberale Arbeitshetze, die eine zunehmende Zahl an Menschen trifft, welche im Hamsterrad von Arbeit, Geldverdienen und Konsum keinen Platz zum Treten mehr finden. Doch auch hier wird die Kritik um ein entscheidendes Stück zurückgenommen, wenn die Geldform selbstverständliche Voraussetzung bleibt. Denn das Geld setzt nun einmal so oder so die profitable Vernutzung von abstrakter Arbeitskraft voraus. Anders gesagt: Geld ist lediglich "tote Arbeit", ein anderer "Aggregatzustand" der Arbeit. Arbeitskritik ohne Geldkritik ist daher ein Widerspruch in sich.

Globales Grundeinkommen: ein unmögliches Projekt

Wird das Grundeinkommen schließlich in weltweiter Dimension gedacht - und das muss es, wenn es nicht schon dem Anspruch nach ein exklusives Projekt für die Staatsbürger der kapitalistischen Zentren sein will -, wirft dies zusätzliche Probleme auf. Der notwendig nationale Charakter von Sozialsystemen, und damit auch eines möglichen Grundeinkommens, ist nicht durch gut gemeinte Beteuerungen aus der Welt schaffen; denn sie stellen nie etwas anderes dar als Formen organisierter Umverteilung nationalstaatlich abgeschöpften Werts. Deshalb müsste im Übrigen, um das Grundeinkommen finanzieren zu können, in jedem Fall die nationale Wettbewerbsfähigkeit garantiert sein, was eben jene Spaltung in Verlierer und Gewinner bestätigt und vertieft, die das Grundeinkommen doch eigentlich aufheben will.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie ein universelles Grundeinkommen mit dem offensichtlichen Scheitern der Projekte nachholender Modernisierung zusammengehen soll. Die Ansätze einer Industrieproduktion in den Ländern der kapitalistischen Peripherie sind ja gerade deshalb größtenteils zusammengebrochen, weil sie am Weltmarkt nicht konkurrenzfähig waren. Gerade die "Sachzwänge" der Waren- und Geldform haben sie für unrentabel erklärt und ihre Stilllegung erzwungen. Die Potenziale der Reichtumsproduktion sind gerade in den peripheren Weltregionen, stärker noch als in den Metropolen, überhaupt nur gegen die Geldform und ihre Zwänge zu verwirklichen. Und dies betrifft nicht nur die Industrieproduktion, sondern alle gesellschaftlichen Aktivitäten. Daher erscheint es auch als höchst zweifelhaft, dass ein derart an den realen Bedingungen kapitalistischer Produktion vorbeizielendes Konzept wie das Grundeinkommen eine ähnliche Anziehungskraft wie einst die Idee des Sozialismus entwickeln könnte, wie einige Vertreterinnen und Vertreter dieser Forderung hoffen. Die Ideologie des Sozialismus war immerhin in der Lage, eine nachholende kapitalistische Entwicklung in einer bestimmten historischen Periode handfest ein- und theoretisch anzuleiten. Die Idee des Grundeinkommens ist hierzu nicht mehr in der Lage, weil ihr die entsprechenden ökonomischen und sozialen Voraussetzungen der kapitalistischen Rahmenentwicklung fehlen.

Das Leben vom Einkommen entkoppeln

In einer warenkritischen Sicht, die sich dieser Grenzen des Konzepts bewusst bleibt und diese auch thematisiert, kann die Forderung nach einem Grundeinkommen jedoch eine wichtige Rolle spielen. In einem Diskurs, in dem sich eine mumifizierte Arbeitstümelei mit den Überresten der Sozialstaatsideologie des vergangenen Jahrhunderts paart,

könnte es die Idee des Grundeinkommens durchaus erlauben, neue Horizonte zu eröffnen, ohne völlig vor den Kopf zu stoßen.

Obwohl es den umfassenden Warencharakter der kapitalistischen Welt nicht infrage zu stellen vermag, sondern für sich genommen sogar verfestigt und deshalb auch keine Antwort auf die Krise der Warengesellschaft darstellen kann, ist das Grundeinkommen ein Mittel, neue Ziele und Wege der Gesellschaftsveränderung anzudenken. Ein solcher Diskussionsprozess könnte perspektivisch über das System von Geld und Arbeit hinausweisen; schließlich war auch die ansonsten fragwürdige Forderung nach einer Tobinsteuer, wie sie Attac erhebt, ein erfolgreiches Instrument, um den Widerstand gegen den Neoliberalismus auf eine breitere Basis zu stellen. In einem Kampf gegen den verschärften Arbeitszwang könnte die Grundeinkommensforderung zu einer Waffe jener werden, die keine Hoffnungen mehr in neue Arbeitsplätze und einen wirtschaftlichen Aufschwung setzen. Voraussetzung dafür ist aber eine offene Diskussion der skizzierten Widersprüche. Ansonsten ist sie nicht mehr als ein weiteres linkes Luftschloss und blockiert nur die Einsicht in die notwendige Entkoppelung von den verrückten Formen von Ware, Geld und Arbeit.

*Andreas Exner, Social Innovation Network, Redaktionsmitglied der „Streifzüge“.
Klagenfurt/Celovec, andreas.exner@chello.at*

Shobha Hamann: Arbeit ist das halbe Leben. Und die andere Hälfte?

Bericht der Moderatorin aus dem Arbeitskreis

Während der drei Tage nahmen zwischen 15 und 7 Personen an den Gesprächen und Diskussionen teil.

Am Freitag gaben Thomas Diener und Christian Lackner Inputs.

Thomas Diener fasste noch einmal das Thema des Social Entrepreneurs zusammen, das um die Fragen kreist: Wer bist du? Was fasziniert dich wirklich? Wo brennt die Begeisterung? An welchem Ort könnte das gebraucht werden?



In der Diskussion ergaben sich Argumente wie:

- Das Aufklauben ist oft schwierig.
- Man sollte potentialorientiert arbeiten.
- Den Schatz herausrücken.
- Schwächen zu Stärken machen.
- 50 Jahre ohne Krieg erzeugen in manchen Menschen Gefühle von Lähmung und Depression.
- Erwerbsarbeit sollte besser verteilt werden.
- Welche Art und Weisen gibt es, sich mit anderen zu verbinden und etwas zu produzieren?
- Es wird konsumiert, produziert wird woanders.
- Wieviel muss ich arbeiten, um gut leben zu können?

Christian Lackner beschrieb verschiedene Weisen, Zeit zu betrachten und damit umzugehen.

1. Es besteht eine Wechselwirkung zwischen Zeit und Identität.
2. In einer diffusen Situation suggeriert Aktionismus Beherrschbarkeit derselben.
3. Der Einzelne ist in Autonomie gegenüber Zeitdruck überfordert.
4. Innehalten, Nachdenken, Reflektieren sind nicht angenehm, da sie zu einem Bewusstwerden der eigenen Endlichkeit führen und Gedanken über das beinhalten, von dem ich mich verabschieden muss.

Muße bedeutet einerseits, Angst zu haben, stehen zu bleiben, andererseits die Chance, etwas zu gestalten.

Zeitformen sind z.B. lineare Zeit, psychologische Zeit, topologische Zeit, Eigenzeit.

In der Diskussion kamen Gedanken auf wie:

- Umgang mit Zeit in großen Organisationen: manche Menschen suchen Verkehrsstaus, um Zeit für sich selbst zu haben.
- Abstimmung der Arbeit auf Natur
- Rhythmen von Zeit vs. Takt von linearer Zeit
- Rituale geben Sicherheit, aber sie verschwinden
- Die Schere zwischen Überbeschäftigten und Unterbeschäftigten wächst.
- Mehrere Schichten Zeit können übereinander gelegt sein. Das zu erkennen, kann zum Entwickeln von emanzipatorischen Strategien führen.
- **Die Fülle von Möglichkeiten ist das Schicksal des Aufgeklärten!**

Am Samstag stellte Christian Moser den Verein ArbeitslosensprecherIn (Braunau) vor, dessen Obmann er ist: www.arbeitslosensprecherIn.at

Es ist ein Dachverband für sechs Vereine und zwei Initiativen, der sich als Sprachrohr gegen die unmenschliche Unterdrückung der Arbeitslosen durch die „faschistoide Regierung“ (Moser) sieht, die Arbeitslose missbraucht, um Arbeitende unter Druck zu setzen.

Arbeitslose organisieren sich nicht gerne, weil:

- sie das Feld wieder verlassen wollen.
- sie große Existenzängste haben.
- Problemfälle als Einzelfälle behandelt werden.
- das AMS oft rechtswidrig vorgeht.
- keine Hilfe z.B. von SPÖ/Grünen kommt.
- es schwierig ist, sich auf ein Ziel zu einigen.
- Gummiwände da sind.

Was will der Verein bewirken?

- Wahrung der Menschenrechte/-würde
- Unterstützung bei psychischen Problemen
- Verpflichtung, als BürgerIn gegen Faschismus aufzutreten.
- Absicherung/soziale Politik für das ganze Volk
- Aufbau von Widerstand gegen Ewiggestrige (Bsp. „faule, arbeitsunwillige Arbeitslose“)
- Freiwilligkeit bei Kursen und Maßnahmen
- Zwang nur als Hilfe bei Depressionen und Gelähmtsein (abgehängt durch Scham und schlechten Ruf)
- www.diegluecklichenarbeitslosen.de

Nachmittags wurde mit Dan Jakubowicz eine Frage an die PolitikerInnen erarbeitet:

„Das Leben besteht aus den Anteilen von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Freizeit, Eigenzeit, ehrenamtlicher Arbeit – Wo sehen Sie sich gerade?“

Am Sonntag fand ein Austausch über die andere Hälfte statt. Darüber, wie das jede/jeder gerade bei sich selbst wahrnimmt.

Beschreibungen waren:

- Ich bemühe mich, alle Bereiche des Lebens abzudecken, aber es scheint nie genug zu sein.
- Ich bekomme im Herbst ein Kind, dadurch ändert sich für mich vieles.
- Bei mir ist eine nahe Verwandte gestorben und ich bin umgezogen – plötzlich habe ich viel Zeit, und weiß noch nicht, wie ich sie gestalten will.
- Ich versuche, den verschiedenen Bereichen eine bessere Qualität zu geben.
- Das Tao vergleicht den meditativen Menschen mit einem knorrigen Baum, der saure Früchte trägt – sodass kein anderer Mensch ihn (be-)nutzen will, weder sein Holz noch seine Früchte

Ich halte ein Plädoyer für die Nutzlosigkeit.

*Mag^a. Shobha Hamann, Lebens- und Sozialberaterin, Coach, Autorin.
Stadtschlaining; www.adis.at/shobha*

Harald Orthaber: Ressourcengeld – ein wichtiger Rahmen und Baustein zum Systemwandel

Die wissenschaftlichen Grundlagen des Ressourcenanteil-Handels basieren auf Hans Peter Aubauer (Inst. f. Materialphysik, Univ. Wien). Zu den Begriffen „Ressourcen, Ressourcengeld“, s. Erläuterung der Lösungswege ..)

Den Veranstaltungsrahmen in Markt Allhau empfand ich, wie schon im vorigen Jahr, als außerordentlich wohltuend. Ein stressfreies Zusammensein im Ideenaustausch und kompakte Diskussionseinheiten. Lediglich die relativ weiten Entfernungen zu den Quartieren mancher Teilnehmerinnen waren ein Wermutstropfen. An guter Organisation und interessanten Gesprächen fehlte es natürlich auch dabei nicht.



Der vorliegende Beitrag bezieht sich insbesondere auf die von mir besuchten Arbeitskreise „Arbeit und Geld“ sowie „Arbeit teilen / Grundeinkommen“. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf den Beitrag „Umsetzungsstrategie für eine neue Ökonomie der Ressourcen“, im vorjährigen Symposium mit dem Rahmen „gemeinsam nachhaltig wirken“ (<http://www.forschungsgemeinschaft-sol.at/Symp2005.pdf>, Seite 86). Einige Positionen zu den Sofortmaßnahmen (Geringfügigkeitsregelung, bedingungsloses Grundeinkommen) wurden seither im Arbeitskreis „Naturbewahrung und Wirtschaft“ der ESD (s. Anhang ESD) nicht weiter diskutiert oder wurden ergänzt. Übergangsregelungen definierte Herr Aubauer auch klar mit anderen Instrumenten, so z.B. mit einem Ökobonussystem. Alle anderen Grundsätze zum Ressourcenanteil-Handel bestehen wie beschrieben. Auf Anfrage liefere ich gerne veröffentlichte – und Vortragsschriften von Aubauer. Im Buch der ESD „Wende der Titanic ...“, befindet sich im Anhang, S. 249-282, eine von der Diskursgruppe Wien bereits weitergeführte Verdichtung des Hauptteils und davon als Anhang ebenfalls eine Kurzbeschreibung des Ressourcengeldes. Der vorliegende Beitrag betrifft die gleiche Materie, geht jedoch über einen problembezogenen Erklärungsansatz heran und ergänzt vor allem den **Bezug zur Arbeit**.

Wesentlich ist, dass die **gesamte Problematik** nicht von einzelnen Sofortmaßnahmen allein erfolgreich zu lösen ist. So mag es durch die Schaffung z.B. eines bedingungslosen Grundeinkommens durchaus zu einer sofortigen qualitativen Verbesserung am Arbeitsmarkt (weniger Stress, besserer Komfort, gerechtere Arbeitsaufteilung) und zur Befreiung von der Stigmatisierung kommen. In weiterer Folge könnten sich unter diesen besseren Bedingungen dann neue Überlegungen und Umsetzungen zur Änderung im Wirtschaftssystem zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der sozialen Gerechtigkeit ergeben. Der Ausgang ist ungewiss. Viele der Einzellösungen würden schon zu einem **Systemwandel** passen. Die umsetzenden Akteurinnen haben aber meist das Bestreben, sie ins derzeitige System so – zum Teil unbewusst – einzupassen, dass

dieses dann sogar weiter legitimiert, festigt, einen drohenden Kipppunkt nur weiter hinausschiebt und dann ev. die negativen Folgen noch schwerwiegender macht. Im Sinne der Vielfalt unterstütze und unterschreibe ich dennoch, wie schon in Diskussionen mehrfach erwähnt, z.B. die Forderung nach einem Grundeinkommen, egal in welcher Form, betreibe jedoch bevorzugt, parallel dazu auch eine gesamtheitliche Sicht. Egal welche Zeiträume nun für eine Umsetzung beansprucht werden, jegliche Sofortmaßnahme sollte auch eine gesamtheitliche Sicht unter Vorbehalt einer Änderung der Sofortmaßnahmen in die Planung gleich miteinbeziehen. Etliche Gesprächserfahrungen zeigten mir, dass eine sofortige Gesamtbetrachtungsweise, anschaulich gebracht und insofern diese auch schon instrumentell praktisch unterstützt werden kann, bei den Leuten gut ankommt. Und sie hat damit bessere Chancen in die Wege geleitet zu werden, als präsentierte Einzellösungen, die nur einen Ausschnitt der Problembereiche betreffen, noch dazu wenn diese Bereiche tabuisiert sind.

Auch das hier beschriebene **Ressourcengeld** ist eine Einzellösung, greift jedoch in unser Wirtschaftssystem in so einer Weise ein, dass es wahrscheinlich massive grundlegende Auswirkungen auf die Güterproduktion, auf die Verteilung der Güter und des Geldes selbst und last but not least auf den Arbeits- und Lebensstil haben wird. Und dies auf einer sofort wirksamen sozialen Ebene und auf einer sanft beginnenden ökologischen Ebene, die auch jene erforderliche Zeit mit einplant, um mögliche Einbußen an gewohntem Lebensstandard zum Großteil durch verbesserte Okoeffizienz abzufangen. Der Lösungsvorschlag ist instrumentalisierbar. Neben dieser Einzellösung sind dann eine Reihe von rechtlichen Maßnahmen neu zu gestalten, weitere Instrumente, z.B. Volksgesetzgebung, Ressourcenrahmen-Richtlinien mit Ver- und Geboten, zusätzliche soziale Absicherung, etc., wie wir sie teilweise jetzt schon haben, hinzuzufügen. Diese decken sich durchaus mit so manchen bei diesem Symposium schon erwähnten Maßnahmen. So können sich z.B. Regionalwährungen zusätzlich für die eine oder andere Region als sinnvoll erweisen. Zur Beweisführung reicht natürlich nicht die Mathematik allein, wie sie Herr Aubauer in seinen Schriften nach wirtschaftswissenschaftlichem Stil ausführt und damit auch dem modernen Lehrgebäude der Ökonomie nicht widerspricht, sondern ein Echtversuch. Die Ressourcenwährung ist auf der nationalen Ebene, besser noch auf europäischer Ebene, umsetzbar und findet darin sozial ausgleichende und ökologisch absichernde Auswirkungen. Zusätzliche damit in Verbindung stehende Maßnahmen und weitere vergleichbare Modelle, die sowohl Richtung regionale wie auch globale Ebene gehen, werden weiterer Bestandteil von Untersuchungen innerhalb der ESD und deren Wirken auf wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Konferenzen sein.

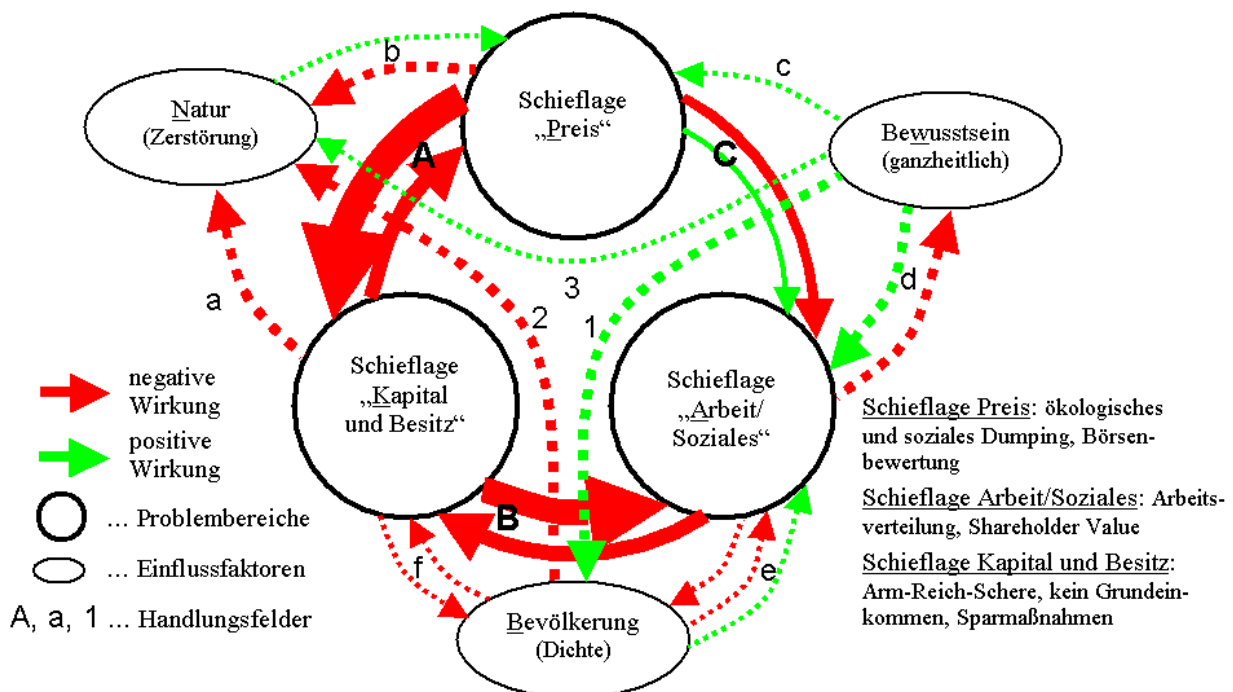
Ein problembezogener Erklärungsansatz

Im Gegensatz zu den Schriften von Herrn Aubauer, der die Erklärung und die Auswirkungen seines Modells aus streng wissenschaftlicher Sicht über eine genaue Ziel-Mittel-Abstufung (angefangen vom **ökologischen Ziel** bis hin zum **sozialen Ziel**) hierarchisch und schrittweise durchformuliert, werden vorliegend Problembereiche und Einflussfaktoren (tagespolitisch oft im Gespräch) und die vernetzten Wirkungen versucht darzustellen. Darauf aufbauend werden die Beiträge zur Lösung, die das Ressourcengeld mit seinem Ressourcenanteil-Handel zu leisten imstande ist und welche Hemmnisse dabei im Wege stehen, erläutert. Ein Teil dieser Beschreibung ist aus einer permanent sich in Veränderung/Erweiterung befindlichen Schrift („Ökonomie der Ressourcen - ein möglicher Baustein zur Lösung?“) entnommen. Die jeweils aktuelle Version, die auch weitere Modellgraphiken enthält, kann auf Anfrage gerne übermittelt werden.

Das **Medium Geld** könnte heute als ein zentraler Ausgangspunkt für die derzeit wesentlichen Schieflagen in etlichen unserer Daseinsgrundfunktionen (Arbeit, Versorgung, Transport, Produktion, Konsum, Freizeit, ...) angesehen werden. Zudem hat Geld mit Lust, Gier und Selbstwert und nicht zuletzt mit Macht und Konfliktaustragung zu tun. Die letzten beiden Funktionen erfordern allerdings auch zusätzliche Betrachtungen (Gespr. m. E. Kitzmüller, Dez. 2005, s.a. Literaturverweis). Die **drei** anschließend **skizzierten Problembereiche**

- die **Schieflage** (bzw. Missverhältnis/Ungleichgewicht/Fehlentwicklung) **Preis**
- die **Schieflage Arbeit/Soziales** (als besonderer Schwerpunkt dieses Symposiums)
- die **Schieflage Kapital und Besitz**

sind derzeit wohl die wesentlichsten, oftmals tagespolitisch in irgendeiner Form im Mittelpunkt stehend. Entsprechende konkrete Handlungen zu deren Verbesserung werden immer stärker gefordert.



Der Ist-Zustand der skizzierten Handlungsfelder mit den Wirkungen resultiert noch nicht aus einer fundierten Studie, sondern sind aus einer Liste vieler kurzfristig gedachten, tagespolitisch zitierten Ursache-Wirkungsketten herausgegriffene Beispiele (ebenfalls in der vorhin erwähnten Schrift enthalten). Sie laden ein, eventuell fundiert in diese Richtung weiterzuarbeiten. Ziel soll es sein, diese Ursache-Wirkungsketten einzuordnen, um deren Gesamtwirkungen bewusst zu machen. Die überwiegend negativen Wirkungen mögen jedenfalls detailliert zeigen, dass das System weiter aus der Balance gebracht wird.

Erläuterung der Lösungswege im Zusammenhang mit dem Ressourcengeld

Zum **Begriff Ressourcen:** Mit „Ressourcen“ ist hier jegliche Nutzung der Natur, also die Nutzung von Energie, Materialien, von Bodenfläche, der Fischfang oder die Aufnahmekapazität der Natur für Schadstoffe gemeint. Sie fließen im Kreislauf und hinterlassen einen ökologischen Fußabdruck (s. www.footprint.at) in der Natur – benötigen

also Fläche. Diese fruchtbare Bodenfläche ist notwendig, um dauerhaft Pflanzen und Tiere hervorzubringen und ihre Schadstoffe wieder in einen Kreislauf zurückzuführen. Jedes erzeugte Produkt und jede Dienstleistung besitzt also eine in Fläche angebbare Naturnutzung und werden damit gekennzeichnet. Diese dient parallel zur normalen Euro-Preisangabe als Verrechnungseinheit. Die Kennzeichnung geschieht einfach dadurch, dass jede Produzentin/Dienstleisterin die eingekauften Ressourcen ähnlich einer jetzigen Buchhaltung aufschlüsselt und addiert. Die Ressourcen werden unter wissenschaftlicher Übereinkunft bestimmt. Wichtig ist dabei zunächst nicht die Exaktheit, sondern eine für alle Tätigen in einem Land oder der Länder gültige gleiche Spielregel.

Zum **Begriff Ressourcengeld**: Es wird darunter eine Währung verstanden, die als Ressourcenrechte bzw. Ressourcenzertifikate an alle Bürgerinnen eines Landes/der Erde gleich verteilt wird (unter dem Kant'schen Grundsatz der beginnenden und endenden Freiheit der Nutzungsrechte von Ressourcen, wie sie oben definiert sind, zwischen den Menschen), über eine Börse (Ressourcenbörse) gehandelt wird und damit einen Geldwert erhält (Ressourcenbindung des Geldes, Kaufkraft). Die periodische Neuauflage (z.B. monatlich) macht die vorhergehende Ausgabe jeweils ungültig (inflation- und hortungsgesichert). Alle Produkte und Dienstleistungen, die eine entsprechende Ressourcenkennzeichnung aufweisen (gesetzliche Verpflichtung), benötigen zum Kauf Ressourcengeld, das von einem Kontoinhaber abgebucht oder über den Ressourcenanteil-Handel erstanden wird (umlaufgesichert). Die wesentlichen Eigenschaften entsprechen damit den Regionalwährungen. Mit den als ökologischer Fußabdruck definierten Ressourcen ist ein volkswirtschaftlich kontrollier- und einfach steuerbarer Stoff- und Energiefluss für einen groben Rahmen zum Schutz des Naturhaushalts möglich. Das Ressourcengeld dient auch zugleich einer Grundversorgung mit Ressourcen und bewirkt z.B. infolge einer Geldknappheit (Erwerbsarbeitslosigkeit) bei einem sparsamen Umgang mit Ressourcen ein „ökologisches“ Einkommen in Euro, das einem Grundeinkommen gleich kommt. Die Geldmittel dafür stammen über den Ressourcenanteil-Handel direkt aus dem Mehrverbrauch anderer. Als Rechtfertigung dafür dient einzig der schonende Umgang mit der Natur und damit eine Leistungserbringung an die zukünftigen Generationen.

1. Die **Schiefelage Preis** ist direkter Ausdruck einer fehlenden Rahmenregelung zur Ressourcenschonung und Bewahrung unseres Naturhaushalts (**ökologisches Ziel der Begrenzung und Verteilung der Ressourcennutzung zwischen jetzt und zukünftig lebenden Generationen**). Es werden billige Produkte unter ökologischen und sozialen niedrigen Standards erzeugt, angeboten und durch deren Überkonsum und Wettbewerb weiter verbilligt. Es werden irreversible Schäden an der Natur verursacht und diese Natur steht zumindest unseren unmittelbar nachfolgenden Generationen nicht mehr vollwertig zur Verfügung. Damit werden auch die beiden anderen Schieflagen Arbeit/Soziales sowie Kapital und Besitz verstärkt.

Was sind die Hemmnisse: Das Instrument erzeugt als Marktinstrument gewisse gefühlsbetonte Abneigungen infolge negativer Börsenerfahrungen und Vergleiche mit dem nicht sehr geschätzten Umweltzertifikat(CO₂)-Handel (der Mechanismus würde ja funktionieren, wenn nicht das Feilschen um die Mengenvergaben tagespolitisches Geschehen der Konzern-Lobbyistinnen und Politikerinnen wäre – ein Beispiel, nachzulesen z.B. im Standard v. 15.5.06 „*Emissionshandel vor weiterer Erschütterung*“). Die Ausgabe von Ressourcenanteilscheinen erzeugt außerdem die Assoziation mit den in der Notzeit der Kriegs- und Nachkriegsjahre ausgegebenen Lebensmittelkarten, obwohl die Situation im Prinzip ja stimmt – es handelt sich heute wie damals um einen Ressourcennotstand lebenswichtiger Güter. Die

zusätzliche Kennzeichnung und Verrechnung der Konsumgüter mit einem Ressourcenpreis (Punkte bzw. Fußabdruck in Flächeneinheiten) scheint vielen als zu kompliziert.

Warum soll dies ein Schritt zur Lösung sein? Generell gibt es bei einer Ressourcenknappheit nur zwei Möglichkeiten – entweder rationieren (diese Erfahrung wird man selbst wahrscheinlich auch schon beim Bergsteigen gemacht haben) oder es wird sehr teuer (knappes Gut). Da es sich um lebenswichtige Güter handelt, wird man wohl im Extremfall den ersten Weg beschreiten müssen, wenn wir einigermaßen gut überleben wollen. Nun gibt es dazu auch eine elegantere Lösung als die Vorgangsweise wie bei der Lebensmittelkarte. Diese Lösung beschert eine maximal optimale individuelle Freiheit, keine Verteilungsbükratie und -überwachung und demnach auch keine Korruption. Der Handel mit den Ressourcenrechten ist, im Gegensatz zur Lebensmittelkarte, erlaubt – ja sogar notwendig. Dazu wird eine Ressourcen-Handelsbörse eingerichtet. Ein Handel außerhalb der Börse schadet nicht. Warenkäufe außerhalb des Systems (Ausland mit herkömmlichen System) müssen jedoch beim Import mit dem Ressourcenpreis (Fußabdruck) deklariert/gekennzeichnet sein (Stichprobenkontrollen). Die Methode geht eigentlich beide Wege zugleich – einerseits erfolgt eine gleichverteilte Ressourcenzuteilung und über den Handel schließlich auch eine individuelle Preisregelung. Je nachdem, ob jemand Ressourcenrechte zukaufen muss oder verkaufen kann, werden dadurch die Waren für jemanden teurer oder verbilligen sich. Es kommt zur individuellen Preisregelung, die auch als verbrauchsabhängige Steuer verstanden werden kann. Damit wird einerseits eine Basisversorgung gewährleistet und andererseits auch ein individueller Mehrbedarf legal ermöglicht, soweit die Gesamtgrenze nicht überschritten wird (Umsetzung der Forderung einer gesellschaftlichen Selbstbeschränkung gemäß J. Minsch, 2005, S. 10). Die Gesamtgrenze sorgt eben für die Einhaltung des ökologischen Ziels. Dieses Ziel der errechneten Tragfähigkeit der Erde ist natürlich bei weitem niedriger als die zunächst festgelegte Gesamtgrenze (ausgehend vom Ist-Zustand). Diese Grenze sollte daher Jahr für Jahr nach politischen Vorgaben (demokratisch legitimiert) reduziert werden. Das Ziel sollte nach 20 bis 30 Jahren erreicht werden. Über diesen Zeitraum sollte es auch möglich sein, über eine entsprechende Steigerung der Ökoeffizienz (technische Entwicklung) den Lebensstandard in den meisten Lebensbereichen etwa beizubehalten. Vielleicht nicht bei allen, so etwa beim Flugverkehr oder bei der privaten KFZ-Mobilität oder beim berühmten Einfamilienhaus im Grünen, insofern sie weiterhin entsprechend hohe gesellschaftliche Kosten (Kostenwahrheit), ebenfalls als „Fußabdruck“ erkennbar, aufweisen. Ganz allgemein wird der Siedlungsbereich mit der privaten Mobilität ein wesentlicher Knackpunkt sein.

Man könnte zunächst meinen, dass einfache Preiserhöhungen durch Besteuerung (Ökosteuer) in Einzelbereichen wie bei Energie, die Sachlage ebenso schnell und effizient (ohne Börse und Produktkennzeichnung) lösen können. Dies scheitert jedoch an der zu geringen ökologischen Breitenwirkung, am politischen Widerstand gegenüber Steuererhöhungen, sollte letzteres doch funktionieren – so wegen der Korruptionsanfälligkeit der Geldumverteilung und nicht zuletzt am Geldsystem mit der Gier und Machtsucht selbst. Die bisherig langjährige Erfolglosigkeit bei Besteuerungsversuchen ist ohnehin selbstredend.

Was sind nun die Mehrfacheffekte beim Ressourcengeld? Die Ressourcenschonung lässt sich auf volkswirtschaftlicher Ebene anhand des Messmaßstabes des ökologischen Fußabdruckes quantifizieren und festlegen. Dies macht den konkre-

ten lokalen bzw. regionalen Natur- und Umweltschutz über Schadstoffgrenzwerte und Bewirtschaftungsrichtlinien auf der Produzentinnenseite jedoch noch nicht entbehrlich – bleibt also bestehen. Aber auch ein individueller Spielraum der persönlichen Vorlieben, was jemand konsumieren will, bleibt erhalten. Das große Handelsvolumen eines einzigen Gutes (Ressourcenanteile) lässt ein Aushebeln durch einzelne Personen nicht zu – Börsenerfahrungen dienen hier als weitere Sicherheitsmaßnahmen. Der direkte Geldfluss von Bürgerin zu Bürgerin erübrigt eine aufwendige Verwaltung von Geldtransfers und unterbindet auch jegliche Korruption. Die kontrollierte Steuerungsfunktion des Ressourcengeldes für den Konsum/die Produktion entwertet das herkömmliche Geld für diejenige nur dann, wenn zügellos Ressourcen konsumiert werden. Wird z.B. von einzelnen geldbegüterten Konsumentinnen legitimer Weise zügellos konsumiert, so kommt es je nach Börsenlage (Knappheit der Ressourcen in seiner Gesamtheit) zur mehr oder weniger massiven individuellen Umverteilung des Geldes durch den Ressourcen-Handelspreis. Die Konsumentinnen werden sich, wenn möglich, daher hüten, allzu sehr über ihre periodische Ressourcenzuteilung hinaus zu konsumieren und werden ihre Aktivitäten über mehrere Perioden erstrecken. Weiters werden die Produzentinnen dazu übergehen, Produkte zu erzeugen, die möglichst wenig Ressourcengeld benötigen, da diese besser abgesetzt werden können. Dazu werden Produkte gezählt werden, die mehr an menschlicher Arbeitskraft (Denkarbeit) denn als natürliche Ressourcen benötigen. Die Nachfrage nach Arbeit wird steigen und dadurch die Erwerbsarbeitslosigkeit sinken. Arbeitskraftausbeutung wird durch das ebenfalls über den Ressourcenanteil-Handel entstehende Zusatzeinkommen begrenzt. Hier können natürlich nach wie vor zusätzliche soziale Standards weiteren Schutz schaffen. Detaillierteres zur Arbeit im nächsten Kapitel.

Resümee: Das Hauptteilziel „ökologisches Ziel“ mit einer zukunftsfähigen Ressourcennutzung und dem Teilproblem „Preis“ wird quantifizierbar erreicht – und dies nicht nur über den Schlüsselfaktor „Energie“, sondern über die übergeordnete Messgröße „ökologischer Fußabdruck“. Zugleich wird damit das Teilproblem „Geld“ mit der Akkumulation von „Kapital und Besitz“ durch die Steuerungsfunktion des Ressourcengeldes für die volkswirtschaftliche Übernutzung nachwachsender Ressourcen entwertet (Geld kann man bekanntlich nicht essen) und zugleich ein individueller Umverteilungsprozess über den Ressourcenanteil-Handel bewirkt. Damit werden auch Arbeitsdienstleistungen für alle zugänglich und erschwinglich. Jene Geizhalse, die dies absolut nicht wollen, müssen halt auf ihrem Geld sitzen bleiben. Überdimensionale Besitzungen sind mit entsprechenden Erhaltungskosten verbunden und werden dann entsprechend günstig verkauft werden müssen oder verfallen wegen der zu teuren Erhaltungskosten (eben das heutige zügellose Ressourcennutzungsproblem). Wem dies alles zu kompliziert scheint, möge bedenken, welche Technologien heute schon selbstverständlich genutzt werden, obwohl das wirkliche Verständnis darüber meist fehlt. Das vorliegende Instrument ist bei weitem nicht so kompliziert.

2. Die **Schiefelage Arbeit/Soziales** ist mitunter eine Folge der Verschiebung von der arbeitsintensiven hin zur ressourcennutzungsintensiven Produktion (inklusive Verlagerung von Arbeitsplätze nach Billiglohnländer), rückgekoppelt durch entsprechenden Konsum dieser Produkte und neuerdings bloß schon durch Shareholder-Value-Effekte. Als ein wesentlich treibender Ausgangspunkt der negativen Verkopplungen kann auch die Schiefelage „Preis“ diagnostiziert werden (s. Skizze).

Arbeit und Wirtschaftswachstum. Klar scheint, dass uns allen die **Arbeitsfrage** noch näher steht, als die Geldfrage, wird doch nahezu tagtäglich die „**Arbeitslosigkeit**“ in den Medien und in der Politik thematisiert. Und die Arbeit wird ja als das Mittel zum Geldverdienst angesehen. Und folgerichtig scheint dann in Verbindung mit unserem zinsbelasteten Geldsystem und dem unstillbaren Bedürfnis nach „mehr“ das **Wirtschaftswachstum** als Lösungsansatz unumstößlich. Angesichts der Begrenztheit unseres Planeten eine wohl nicht sehr glaubhaft weitreichende Lösung. Da wird auch die Beteuerung eines zukünftigen nur nichtmateriellen qualitativen Wachstums wohl schwerlich glaubwürdig sein. So geht man in alternativen Kreisen schon seit längerem dazu über, die Arbeitsdefinition näher zu betrachten. Wogegen man sich im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung zunächst erst einmal um eine erweiterte Charakterisierung der Arbeitslosigkeit bemüht (alternative Arbeitslosigkeit – entmutigte Personen, marginalisierte Personen, Teilzeitarbeit).

Arbeit als Knappheitsfaktor? Aber auch bei einer erweiterten Differenzierung der Arbeit (in Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Eigenarbeit, ...), bleibt man immer noch, zumindest bei der Erwerbsarbeit, dem Zeitäquivalent verhaftet und bricht damit noch nicht wirklich aus der Misere der Quantifizierung der Arbeit aus, schafft und hält damit einen Knappheitsfaktor Arbeit aufrecht. Diese wäre dann gerecht aufzuteilen. Würde dem wirklich so sein, so könnte man auch analog den begrenzten Ressourcen den eher meist unangenehmen und notwendigen Teil der Arbeit (z.B. als Bedarfs-Erwerbsarbeit benannt) und die erfüllende Erwerbsarbeit (weiteren Lebenssinn stiftend), entsprechend über Arbeitsrechte gleich verteilen und damit handeln. Ähnlich wie sich aus dem überdurchschnittlichen Ressourcendurchsatz eine individuelle Steuer ableitet, leitet sich dann aus der überdurchschnittlichen Inanspruchnahme an Arbeit ein Preis ab, der einer Besteuerung gleich kommt, die wieder dem Grundeinkommen zufließen könnte. Die Höhe dieses Grundeinkommens wäre dann auch unmittelbar Ausdruck des Wohlstandes. Optimal reduzierte Arbeit durch Rationalisierung schafft weitere Arbeitsverknappung, die den Preis (das Grundeinkommen) dafür steigert. Damit wäre auch die Festlegung der Höhe des Grundeinkommens kein Streitthema mehr (Anregungen dazu sind nicht neu. Siehe Füllsack, 2002, S. 147, Hemming's Gedankenexperiment).

Eine andere Arbeitsdefinition. All die vorangegangenen Überlegungen verkomplizieren die Sache jedoch nur und schaffen nicht die gewünschte gemeinsame sozial-ökologische Absicherung. Sinkt das ökologische Einkommen z.B. durch sinkende Preise für die Ressourcenrechte infolge nachlassendem Ressourcenkonsum bzw. Nachfrage an Zertifikaten (Ökoeffizienzsteigerung der Produkte, erhöhtes ökologisches Bewusstsein) oder durch eine geringere Mengenzuteilung an Ressourcenrechte pro Kopf durch eine Bevölkerungszunahme, so wird dies nicht unbedingt durch ein entsprechend steigendes Einkommen aus dem Verkauf von Arbeitszertifikaten kompensiert (z.B. erhöht eine Ökoeffizienzsteigerung der Produkte das Arbeitsangebot und vermindert damit auch den Preis der vermehrt ausgegebenen Arbeitszertifikate).

Verfolgt man den im Grunde rein technokratischen Ansatz des Ressourcenanteil-Handels von Aubauer, dem gemäß alle Produkte und Dienstleistungen schlicht aus einem Ressourcenanteil (benötigtem Material und Energie) und einem Arbeitsanteil (reiner Wissensinsatz, Denkleistung, jener theoretisch gedachte Teil, der keine materiellen und energetischen Ressourcen benötigt) bestehen, so lässt sich nur der Ressourcenanteil quantitativ gemäß dem ökologischen Fußabdruck annähernd bestimmen. Der Rest des Geldpreises macht die „Arbeit“ aus (Wissen, Denken, In-

novation), die dann eher einem Sinn- und Zweckäquivalent entspricht (ähnlich wie sie die Anthroposophen als Fähigkeiten beschreiben). Nach dieser Definition ist Arbeit niemals knapp und kann als Knappheitsfaktor auch nicht gehandelt werden. Zeitarbeit und deren Entlohnung (Lohnarbeit) führen sich ad absurdum. Daraus könnte auch eine Befreiung von der Zeit- und Lohnabhängigkeit, als zukünftiges gemeinsame Motiv in eine Postmoderne, wegweisend sein. Man sollte dann nur mehr von Einkommen und nicht von Lohn sprechen. „Semmeln backen sich (nicht) von selbst“, möge als ketzerischer Ruf dienen – aber auch dafür sollte nicht der Zeitaufwand und die Arbeitshärte für das Einkommen mittelfristig bestimmend sein, sondern die besondere Qualität und Eigenart des Produkts, der Handarbeit, wird es ausmachen (dies ist zwar heute auch vielfach so, jedoch fehlt oft der Qualitätsbezug zum Produkt). Ausnahmen mögen in Dienstleistungsbereichen, die eine Anwesenheit kennzeichnen (Wachdienst, bestimmte Auskünfte), bestehen. Ansonsten wird bei beschwerlichen Arbeitsverhältnissen mittelfristig eine intelligente, ressourceneffiziente Ausgestaltung stattfinden. Um diese Effizienz in die Wege zu leiten, muss aber auch Wissens-Arbeit aufgewendet werden. Genau ein solches Szenarium könnte sich auch durch das Modell von Aubauer abzeichnen, wo der Gesamtpreis eines Produktes oder einer Dienstleistung gleich bleiben kann (und damit das derzeitige finanzielle Wirtschaftsgefüge), darin sich aber die Aufteilung zwischen Ressourcenlastigkeit und Arbeitslastigkeit (Denkarbeit, Wissen zur Herstellung ökoeffizienter Produkte) zugunsten der Arbeitslastigkeit verschiebt und demnach dafür mehr Geld zur Verfügung steht. Die Arbeitsangebote und die Einkommen steigen, damit die Arbeitsattraktivität und die ehemalige „Arbeitslosigkeit“ (des derzeitigen Begriffs) schwindet. Was also von der sogenannten Arbeitslosigkeit übrigbleibt, kann sich jede selbst ausmalen. Aufgrund der kostenlosen Zuteilung von Ressourcenrechten und der direkten Kaufkraft dieser Zertifikate zum Erwerb von Produkten, entsteht auch kein Arbeitszwang.

Recht auf Ressourcennutzung und Zähmung des Geldes. Das Recht auf eine gleichverteilte Ressourcennutzung ist das Entscheidende in Verbindung mit dem Menschenrecht auf Leben, nicht das Recht auf ein Grundeinkommen nur auf Basis von Geldwerten! Dazu muss die Rückführung des Geldes auf die Tauschfunktion, insbesondere im Zusammenhang mit dem begrenzten Güter- und Energiedurchsatz, geschehen. Das Geldäquivalent wird dazu dann automatisch hergestellt. Es wird dabei nicht das derzeitige Geld umfunktioniert, sondern über die Zusatzwährung Ressourcengeld inklusive Ressourcenanteil-Handel quasi gezähmt. Das bisherige Geld bleibt was es ist, kann nach wie vor angehäuft werden, kann für die Arbeitsdienstleistungen (Arbeit nun im Sinne keines Energie- und Güterdurchsatzes) unbeschadet steuerfrei (ev. Kranken- und Zusatzversicherungsleistungen ausgenommen) verwendet werden. Geld kann man aber bekanntlich nicht essen und Essbares wie auch Güter können in Summe nur begrenzt (für alle ausreichend, bei entsprechender Bevölkerungsentwicklung – als weiteres wichtiges Thema) konsumiert werden. Übermäßige Umsätze auf Güter setzen den Geldfluss in Richtung Gleichverteilung in Gang (**soziales Ziel der gerechten Verteilung von Kapital innerhalb der lebenden Generationen**).

Besteuerung. Eine Besteuerung erfolgt nicht an der Geldquelle (Einkommen) und braucht demnach auch nicht vom Fiskus verfolgt zu werden (Steueroasen werden sinnlos). Das Geld kommt über den Material- und Energiedurchsatz von selbst in den Kreislauf der Subsistenz zurück. Werden dem Geldsystem keine Schranken auferlegt, nimmt es allerdings nicht Wunder, wenn von alternativen Gruppierungen

(z.B. von Attac) zur Abfederung des Sozialbereichs im Allgemeinen und der Gleichberechtigung der Geschlechter im Speziellen, folgerichtig genau gegenteilige Vorschläge gemacht werden: Noch höhere progressive Besteuerung der Einkommen und Herabsetzung der Umsatzsteuer. Dies festigt das derzeitige System – Geld der Gutverdiener wird für die Reparatur der Schäden, die vom Mehrkonsum angeheizt werden, dann ja benötigt. Wir benötigen aber ein vorsorgeorientiertes System. Dazu ist aber nur eine kleine Änderung nötig – die Einziehung einer Begrenzung. Sie schafft die wirtschaftliche Voraussetzung, diesmal im Sinne der Ökologie und im Sinne der sozialen Absicherung inklusive der Gleichberechtigung, vorzugehen. Einkommen und Geld werden nicht besteuert und Umsätze progressiv besteuert – d.h. diese Besteuerung ist eine Plus-Minus Besteuerung, individuell abhängig vom Konsumverhalten. Es geht beim Ressourcenanteil-Handel nicht um eine Internalisierung von Schäden, um deren Feststellung die Expertinnen sich bis zum Nimmerleinstag streiten werden (s. z.B. K. Woltron-Disput im GAIA 13 (2004), no 1, p.11-18, Wege in den Postkapitalismus), sondern um eine Vermeidung von Schäden, grob erreicht durch die Zielvorgabe der Ressourcendurchflussbegrenzung. Als Kosten internalisiert bzw. gekauft werden dagegen die Ressourcenrechte, solange diese billiger als die Entwicklungs- und Herstellung ökoeffizienterer Produkte sind. Erst wenn sich dieses Verhältnis umdreht (und dies wird sich sehr schnell tun, wenn viele Produktionsunternehmen versuchen zuzukaufen), wird man entwickeln und weniger Umweltbelastung (geringeren ökologischen Fußabdruck) mit zugleich bevorzugtem Absatz vonseiten der Konsumentinnen erreichen. Das ist eine Wirtschaftsspielregel, die auch beständig für eine Geldumverteilung von Reich auf Arm sorgt, also gegen eine Schiefverteilung wirkt – ohne dass totalitäre Mächte im Spiel sind.

Dies alles muss vor allem unter diesen Gesamtzusammenhängen erst an die Öffentlichkeit und zum Diskurs gebracht werden.

Was sind die Hemmnisse: Die zunächst vielleicht verworrene Vernetzung und Diskussion vieler Probleme gleichzeitig macht zunächst unsicher und unrealistisch im Glauben an eine Durchführbarkeit, noch dazu in einer Epoche kurzlebiger politischer Legislaturperioden. Wer soll dies machen? Jedoch auch Grundeinkommen für sich allein diskutiert, im Glauben dies wäre dann klarer und verständlicher, ist nicht erfolversprechender, solange die gegenwärtige Situation davon noch zugedeckt wird, dass die Generation des Wirtschaftsbooms mit ihrem jetzigen Geldpolster (s. Rekord-Spareinlagen, Pensionen) viele der Nachfolgegenerationen und Jugendliche noch stützen können und die Frauen als teilzeit- und prekär arbeitend dies immer noch befreiender erleben, als in „alten“ Zeiten der starken familiären privaten Abhängigkeit. Solange nicht wirklich ein Leidensdruck massiv öffentlich wirksam wird, wird ein Umdenken auf ein Einkommen ohne zu arbeiten nur schwer mehrheitlich stattfinden. Die Arbeit wird immer noch nur als eindimensionale Erwerbsarbeit definiert, obwohl zunächst die Erwerbsarbeit aus einem notwendigen bedarfsorientierten Teil und einem erfüllenden Teil besteht und weitere andere Formen, wie Hausarbeit, Familienarbeit, die als spezielle Ausdrücke allesamt schon definiert sind, einen entsprechend - sogar sehr hohen Beitrag zu einer funktionierenden Erwerbsarbeit liefern. Geschweige dass darüber nachgedacht wird, dass Arbeit aus der Preisanalyse der Produkte und Dienstleistungen gesehen, schlicht jener Teil ist, der keine Ressourcen belastet und damit Fähigkeiten (auch handwerkliches Geschick), Denkleistungen, darstellen. Auch die heutigen Vorstellung von Freizeit wäre damit von Arbeit nicht mehr sinnvoll trennbar.

Warum soll dies ein Schritt zur Lösung sein? Wenn die einzelnen Gesellschaftsgruppen auf Vor- und Nachteile einer Arbeitsverteilung, kombiniert mit einer Basisversorgung, untersucht werden, so stellt sich für die große Mehrheit ein Vorteil ein. Eine Basisversorgung (Grundeinkommen) ist dazu ein wesentlicher Eckpunkt, da damit die Flexibilität sowohl zur Zufriedenheit der Arbeitnehmerinnen als auch die der Arbeitgeberinnen erst reibungslos ermöglicht wird. Eine Basisversorgung ist dazu nicht Hängematte, sondern eine beruhigte Ausgangsbasis für einen Mehrverdienst. Im Zusammenhang mit dem Instrument des Ressourcenanteil-Handels ist eine Arbeitsteilung mit anderen Kolleginnen keine Frage der Kosten mehr, sondern in vielen Fällen „nur“ mehr eine Organisationsfrage. Es liegt keinerlei Besteuerung der Arbeit mehr vor, es muss aber noch eine individuelle soziale Absicherung getätigt werden (gesonderte Finanzierung eines erweiterten individuellen Grundeinkommensmodells, Krankenversicherung). Das Grundeinkommen wird im Sinne der ökologischen Zielsetzung (Naturhaushalt als Fundament, als Lebensbasis) als „ökologisches Einkommen“ individuell über den Ressourcenanteil-Handel konsumabhängig erzielt. Die zusätzliche soziale Absicherungen und Finanzierungen können nach bisherigen Methoden erfolgen (zur Zeit in Diskussion: Finanzierung über Abgaben im derzeitigen Börsenbereich). Zur weiteren Stabilisierung sozialer Absicherung für noch unvorhersehbaren wirtschaftlichen Situationen, bei der das ökologische Grundeinkommen eventuell zu gering ausfällt, könnte folgender Vorschlag eine Lösung bringen: So könnte eine Existenzsicherung unter ökologischer Einbeziehung derart arrangiert werden, dass nur die Differenz zwischen dem Erlös von 50% der Ressourcenrechte – entspricht einem ökologisch ethischen Grundverhalten – und dem Existenzminimum inklusive einer angemessenen gesellschaftlichen Teilhabe ausgezahlt bzw. zugesichert wird.

Resümee: Die Lösung dieser Frage ist zunächst hauptsächlich eine Lösung in der Bewusstseinsbildung, die zudem über das Instrument des Ressourcenanteil-Handels noch entscheidend unterstützt wird. Grundeinkommen, Geld und Arbeit in einem anderen Licht zu sehen - bedeutet zwar ein zusätzliches Maß neuer vernetzter Vorstellungskraft, könnte aber dem Gesamtverständnis die ökologischen und sozialen Probleme gemeinsam zu lösen, letztlich zu einer stabilen kräftigeren Zustimmung verhelfen.

All diese Überlegungen zur Arbeit, Arbeit als Knappheitsfaktor kontra unbegrenzte Arbeit, Neudefinition, sind aus spannenden Diskussionen zwischen Herrn Aubauer und mir rund um das Verständnis seines Modells erst kürzlich entstanden und werden für erweiterte Diskurse demnächst vorbereitet.

3. Die **Schieflage Kapital und Besitz** (Kapitalkonzentration, horrenden Verdienstunterschiede, steigende Arm-Reich-Kluft, Börsenspekulationen) schafft Probleme bei der Versorgung (Aushungerung des Sozialsystems und der Infrastruktur) und vielen anderen gesellschaftlichen Strukturen.

Was sind die Hemmnisse: Ungewohnte und völlig unbekannte Methode einer Geldumverteilung über einen Ressourcenanteil-Handel. Generelle Skepsis gegenüber marktwirtschaftliche Handelsinstrumenten infolge der schlechten Erfahrungen derzeitiger Börsensituationen.

Warum soll dies ein Schritt zur Lösung sein? Zum Teil sind die Lösungsansätze bereits bei der Lösung 1 (Schieflage „Preis“) beschrieben. Hier einige Details nochmals und einige zusätzliche Aspekte: Der Lösungsansatz umgeht das

Problem einer nach Belieben politisch festgelegten Enteignung und Besteuerung, die weder dauerhaft beleg- und legitimierbar und langfristig garantiert ist, noch den Erfolg der Vermeidung ökologischer Schäden garantiert. Die Individualisierung des Ressourcenanteil-Handels ist zudem nahezu frei von Korruptionseinflüssen einer administrativen Verteilung. Der geschaffene Begrenzungsmaßstab wird nicht der technischen und finanziellen Machbarkeit überlassen (eine solche Regelung würde viel zu spät greifen und mit Sicherheit große irreversible Schäden für die Gemeinschaft bedeuten), sondern aus derzeit schon recht gut abgesicherten ökologischen Erkenntnissen abgeleitet (ökologischer Fußabdruck). Exaktheit ist dabei nicht erforderlich, da es sich ohnehin um einen volkswirtschaftlichen Durchschnittswert über ein bestimmtes Territorium handelt und keine lokale absolute Schutzmaßnahme. Es reicht eine Richtschnur, die ständig nachjustierbar ist. Damit wird auch die Ökonomie mit der Preisbildung gemäß Angebot-Nachfrage der ökologischen Grobsteuerung untergeordnet. Und auf diese kommt es an, wenn es gilt, das ökologische Ziel auch tatsächlich zu erreichen. Wie schon unter Punkt 1 ausgeführt - kann man Geld bekanntlich nicht essen. So werden überdimensionale Kapital- und Besitzanhäufungen entweder relativ günstig verkauft werden müssen oder sie verfallen aufgrund zu hoher Erhaltungskosten. Jedenfalls ist es für den Einzelnen nicht mehr möglich überdimensionale Besitzungen auf Dauer zu erhalten bzw. zu erwerben. Geldmittel reichen dazu zunächst nur für die wenigsten – auch unter heutiger Geldakkumulation.

Resümee: Das leidige Problem der Enteignung wird auf diese Weise relativ sanft umgangen und für alle einsichtig der Logik der Ressourcenschonung untergeordnet. Zukünftige Kapital- und Besitzakkumulationen werden schon aufgrund der nicht mehr gezahlten Gehaltshöhe kaum mehr vorkommen. Wundersame Geldvermehrungen über die Produktivität wird durch das Ressourcengeld begrenzt, jene über Geldbörsen durch entsprechend Maßnahmen wie Haltefristen und persönlicher Einzelhandel limitiert (Fonds und Derivate werden abgeschafft, sollten sich hier Lücken erweisen). Generell sind diese Aspekte aber noch zu untersuchen. Eventuell sind durch die Zusammenhänge mit dem Ressourcenanteil-Handel, mit dessen Konsum und Produktion diese Börsen-Maßnahmen überflüssig.

Ausblick

Nach wiederholter Zusammenschau und der Abwägungen anderer Lenkungsinstrumente zur Gesellschaftsordnung, könnte der Ressourcenanteil-Handel eine Lösung anbieten, die zumindest einen groben Rahmen für einen vor allem, quasi als Hattrick, gleichzeitig zumindest unterstützend wirkenden Mechanismus vorgibt! Eine Ausweitung der Gespräche und Diskurse auf die Teilbereiche der Wirtschaft – Gewinner, Verlierer, Außenhandel, andere Modelle auf globaler Ebene – bahnt sich an.

All diese Problembereiche stellen zentrale Anforderungen an die Politik unserer Zeit, die jedoch durch die verantwortlichen Repräsentantinnen mit ungeeigneten Lösungsansätze wie z.B. „**Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze**“, „**schrankenlos freier Welthandel**“ und „**Einsparungen im öffentlichen Gemeinwohl**“ wahrgenommen werden, anstatt der Ressourcenbegrenztheit der Welt, der Wertschätzung verschiedener Arbeitsformen und deren gerechte Verteilung bzw. einer Neudefinition der Arbeit sowie den regionalen Geldkreisläufen Rechnung zu tragen. All diese Handlungsfelder werden daher zukünftig selbstverantwortlich zur Sache der Zivilgesellschaft werden müssen. Denn Menge und Güte der Einflussfaktoren bzw. Indikatoren wie Natur, Bevölkerung und Bewusstsein stehen mit diesen Problembereichen wechselseitig über

vielfältige Handlungsfelder in Verbindung, deren Wirkungen klar erkannt werden müssen, da sie entscheidend für unser zukünftiges Gemeinwohl sind. Die wissenschaftliche Ebene, die zivilgesellschaftliche praktisch orientierte Ebene, die als Teil davon in Form der Konferenz Zivilgesellschaft ab Mai dieses Jahres bereits begonnen wurde (s. www.glocalist.at) und vielleicht noch eine mental verbindende Ebene beschreiben die Wege in eine neue Zukunftsfähigkeit.

Anhang:

ESD (European Sustainable Development) steht für die im Jahre 2001 gegründete Vereinigung mit dem Ziel, Analysen und Konzepte für eine breite überparteiliche europäische Bewegung für „Nachhaltige Entwicklungen“ zu sammeln. Im breiten öffentlichen Diskurs erarbeitet ESD Lösungsansätze für ein zukunftsfähiges 21. Jahrhundert. Es sind umwälzende Veränderungen notwendig, um festgefahrene Strukturen aufzubrechen und Perspektiven zu schaffen, die ein neues Leitbild der Nachhaltigkeit darstellen. Als NGO versucht ESD in einer „politischen Kultur der Ausgewogenheit“ reale Forderungen zu formulieren – wie eine Wirtschaftsverfassung mit ressourcengestützter Währung, eine Grundsicherung, eine Verbreiterung der Demokratie, einen Naturregenerationsplan, eine nachhaltige Nord-Süd-Kooperation, aber auch eine vertiefte und global balancierte Subsidiarität. In ihrem Buch **„Die Wende der Titanic“ – Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung** (Oekom Verlag München, 2005) haben Herbert Rauch und Alfred Strigl (Obmann-Stv. und Obmann von ESD) in Zusammenarbeit mit engagierten Arbeitsgruppen von ESD diese Ziele umfassend dargestellt.

Literaturverweise:

- Aubauer, Hans Peter, 2006: A just and efficient reduction of resource-throughput to optimum. In: Ecological Economics. (www.sciencedirect.com)
- Aubauer, Hans Peter, 2006: Ökologische, global-solidarische und soziale Zügel für den Kapitalismus. (http://homepage.univie.ac.at/peter.weish/interessante_texte/Z%FCgelung%20des%20Kapitalismus.pdf)
- Rauch, Herbert, Strigl, Alfred, 2005: Die Wende der Titanic. Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung, Oekom-Verlag München.
- Minsch, Jürg, 2005: Nachhaltige Entwicklung. Gedanken zur Weiterentwicklung der offenen Gesellschaft, Allhau Symposium 2005.
- Kitzmüller, Erich, Herwig Büchele, 2005: Das Geld als Zauberstab und Macht der internationalen Finanzmärkte. LIT Verlag, Wien.
- Jakubowicz, Dan, 2002: Genuss und Nachhaltigkeit. Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils. Promedia Verlag, Wien.
- Füllsack, Manfred, 2002: Leben ohne zu arbeiten? Zur Sozialtheorie des Grundeinkommens. Avinus-Verlag, Berlin.
- Füllsack, M. (Hrsg.), 2006: Globale soziale Sicherheit. Grundeinkommen – weltweit? Avinus-Verlag, Berlin, 220 Seiten

Dipl.-Ing./M.Sc. Dr. Harald J. Orthaber, Landschaftsökologe, spezialisiert auf Satellitendaten-Fernerkundung, Technisches Büro – Ingenieurbüro; Vorstandsmitglied der ESD, Koordination der Arbeitsgruppe „Naturbewahrung und Wirtschaft / Ressourcenkultur“. Im Diskussionsrahmen zur Wiener Deklaration. Wien, Tel./Fax: 01.4846413, h.orthaber@fli.at, <http://www.fli.at>

Herbert Rauch: Arbeit in Zeiten der Globalisierung

Zusammenfassende Notizen zum Arbeitskreis

Ausgangslage:

- Marktwirtschaft und die Logik des Wettbewerbs (durchbrochen von den Ganz-Grossen, die sich Quasi-Monopole einrichten)
- Folgen für das tgl. Leben: die Existenzsicherheit wird von weiträumigen Bedingungen immer abhängiger
- Der Verwertungszwang erfasst auch den Menschen: vollstofflich bis zur Entsorgung.
- Etc.

Der Kulturkampf um die "zukunftsfähigen Konzeptionen" ist im vollen Gange, dazu gehört insbes. nun die Debatte um:

- Öffentliche Güter (Bildung, Gesundheit, Energiegrundversorgung etc.) - worauf soll das Privatkapital Zugriff haben oder bekommen - und worauf nicht: "Common Goods - in Common Hands": Die Debatte um die Details der Aufgliederung ist sinnvoll.
- Versuche der Solidarwirtschaft (dzt. in Lateinamerika als CCC-Modell: Communication-Cooperation-Community: Arbeit bekommt dabei die "Farbe" der Solidarität).
- Die Grundsicherung für alle - als strategisches Element (ändert die Bedeutung der Arbeit: der Sinn der Arbeit vor der Verwertbarkeit am Markt (was die Rendite verspricht).

Zur Argumentation:

- Titanic-Metapher: die Kursänderung ist primär, und auch die Arbeit an den Rettungsbooten schärft die Aufmerksamkeit für Krisen und letztlich eine Kursänderung (der Kurs wird eben derzeit hauptsächlich von ROI - Return on Investment - bestimmt): und Solidarwirtschaft für die Gemeinde, Grundsicherung, Regionalwährung etc. ... sind solche Boote.
- Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft, der EU-Wirtschaft, der Nationalwirtschaft, - diese Rahmenbedingungen favorisieren derzeit den Geldbesitz: Geldwertstabilität (dh. eingelegtes Geld soll seinen Wert nicht mindern sondern mehren), Inflationsbekämpfung (um das Risiko der Deflation), Gewinnerzielung (als Gewinnmaximierung um Börsenkurse hochzutreiben; früher war Gewinnoptimierung in Abwägung von Lang- und Kurzfristerfolgen das Ziel) etc.
- Argumentationsbild: Wachstum versus Entwicklung: "Wenn unsere Kinder einmal 1,90 oder 1,80 groß geworden sind, wollen wir doch nicht, dass sie einfach weiterwachsen bis 3 m; nein, wir wollen, dass sie an Körper und Geist immer besser durchkomponiert werden, lebensfähig in jeder Hinsicht (Sinn, Leistung, Genuss etc.)

Argumentationsschiene: Globalisierung grob versus Globalisierung fein: Verfeinert heißt sinnvolle semipermeable Grenzen (halbdurchlässige - aber wie in der

Globalisierung); Bild: Ein gesunder Organismus verwächst sich auch nicht zu "alles Leber", oder "alles Lunge" indem er alle Grenzen zwischen den Organen aufhebt, sondern sie tauschen sich aus (Kreisläufe bilden), immer intelligenter - zum Nutzen und Lebenstauglichkeit (-und freude) des Ganzen. - Die neue Aufgabe ist also die intelligenten Grenzen zu finden, zu bestimmen, den Kreislauf-Austausch zu machen, zu verbessern. - Ziel ist die "Voll-zukunftsfähigkeit" (wie die Voll-Gesundheit); statt dem mehr oder weniger Überleben (dabei muss die Prozesshaftigkeit anerkannt werden: Krisen wird es dennoch geben.)

Diese Alternative der Voll-Zukunftsfähigkeit - ist für alle besser als die Kluft Arm-Reich und die Ökologiemisere - muss proaktiv vorangetrieben werden, nicht als Feuerwehrlöschaktion in einem maroden System, das als solches träge und zukunftsfaul belassen wird, sondern in der Aktion, Zukunft als echte Verbesserung zu erarbeiten: das beste aller Jahrhunderte ist immer noch möglich!

*Dr. Herbert Rauch, Obmann-Stv. von ESD (European Sustainable Development),
Autor von „Die Wende der Titanic“*

Marianne Schallhas: Gefangen in unserer Definition von Geld

Impulsreferat für den Arbeitskreis „Arbeit und Geld“ beim Symposium „Moderne Jobs“ in Markt Allhau, 23. – 26. Juni 2006 von Marianne Schallhas, Arbeitsgemeinschaft Gerecht Wirtschaften

Die meisten Leute sind der Ansicht, dass der Mensch im Zentrum des Wirtschaftens stehen soll und dass dem Geld nur die Rolle eines Hilfsmittels zusteht. Tatsächlich aber ist unser heutiges Geld- und Wirtschaftssystem so konstruiert, dass der Mensch, seine Arbeit und sein Wohlergehen den Ansprüchen des Geldes untergeordnet werden.

Immer mehr und nie genug

Wenn das Geld in's Spiel kommt, tritt offensichtlich eine Logik in Kraft, die das alltägliche Gerechtigkeitsempfinden und den Hausverstand in den Hintergrund drängt. Ich denke oft an drei Aussprüche meiner Mutter, die eine einfache Arbeiterin war:

„Der Mensch muss doch auch einmal genug kriegen!“ pflegte sie zu sagen, wenn ihr unsere Ansprüche zu weit gingen. In unserer geldbestimmten Wirtschaft darf der Mensch jedoch *nicht* genug bekommen. Einzelne natürlich schon, aber nicht die große Masse, denn sonst würde die Wirtschaft nicht wachsen und die Zahl der Arbeitslosen würde in die Höhe schnellen. Wir alle kennen die diesbezüglichen Beschwörungen der



Politiker. Wirtschaftswachstum ist und bleibt das oberste Dogma kapitalistischer Wirtschaftspolitik. Es ist auch im EU Recht verankert. Die Frage nach dem Genug gilt in der Wirtschaftspolitik als ketzerisch und lächerlich.

Warum das so ist, hat sehr viel mit dem Wesen des heutigen Geldes zu tun. Das meiste Geld in der Welt wird auf Schuldenbasis geschaffen, das heißt, es wird von einer Zentralbank „aus dem Nichts geschöpft“, indem diese einen Kredit an eine Geschäftsbank vergibt. Dafür müssen Zinsen bezahlt werden. Das Geld, das für die Zinszahlung erforderlich ist, entsteht ebenfalls als Schuld, worauf wieder Zinsen bezahlt werden müssen. Und so weiter. Unter Einhaltung einer Mindestreservepflicht dürfen dann auch die Geschäftsbanken durch Kreditvergabe Geld schöpfen, allerdings nur Buchgeld, kein Bargeld. Durch diese Art der Geldschöpfung entsteht eine ständig wachsende Schulden- und Guthabenspirale, die die Wirtschaft unter Wachstumsdruck setzt, damit die Kredite bedient werden können. Bernard A. Lietaer schreibt in seinem Buch „Das Geld der Zukunft“, dass wir in unserer Definition von Geld gefangen sind. Er ist einer der wenigen Wissenschaftler, die sich für alternative Geldsysteme ohne Wachstumszwang einsetzen. (1)

Vorrang des Geldes vor der Arbeit

Ein anderer Satz meiner Mutter, der mir noch immer in den Ohren klingt, ist: „Der Mensch muss doch gerecht sein!“ Sie hatte die Beziehungen in der Dorfgemeinschaft vor Augen, wo man sich gegenseitig half. In einigen Dörfern trugen die Leute in der Nachkriegszeit in einem Heft ein, wie viele Stunden jemand Nachbarschaftshilfe geleistet hatte. Man konnte dann damit rechnen, dass einem in gleichem Ausmaß „zurückgeholfen“ werden würde, wobei Leute in besonderen Notsituationen selbstverständlich auch ohne Gegenleistung Hilfe erhielten. Wäre nun jemand auf die Idee gekommen, für seine 10 geleisteten Arbeitsstunden später 12 Stunden als Gegenleistung einzufordern, weil ja Zinsen angefallen wären, hätte das in der Dorfgemeinschaft eine grenzenlose Empörung hervorgerufen. Beim Geld jedoch erscheint uns ein solches Vorgehen als selbstverständlich und klug. Dadurch entsteht aber ein Vorrang des Geldes vor der Arbeit, der schwerwiegende Folgen hat.

Aufgrund des Zinseszinses wirkt das Geld als Umverteilungsinstrument von Arm zu Reich. Helmut Creutz und Margrit Kennedy stellen diesen Mechanismus sehr anschaulich in ihren Büchern dar. (2) Diese Umverteilung bewirkt, dass sich auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung immer größere Geldguthaben bei wenigen Gewinnern ansammeln. Da die Wirtschaft längerfristig mit den exponentiell (prozentual) wachsenden Geldforderungen nicht mithalten kann, sind schwere soziale und ökologische Krisen bis hin zu Wirtschaftszusammenbrüchen unausweichlich. Volkswirtschaftliche Analysen zeigen deutlich, dass die geldbezogenen Größen, wie Schulden, Guthaben und Zinserträge, wesentlich schneller wachsen als die arbeitsbezogenen Größen, seien es das Bruttosozialprodukt, die Löhne oder Gehälter. Im Klartext: die großen Geldkapitalbesitzer beanspruchen einen immer größer werdenden Anteil an der Wirtschaftsleistung, was auf Dauer nicht gut gehen kann.

Schuldenberge und Schuldenfallen

Noch einen Ausspruch meiner Mutter möchte ich erwähnen: „Lernt fleißig, damit ihr einmal nicht untertänig sein müsst!“ Es ging ihr dabei um ein gewisses Maß an Entscheidungsfreiheit, Unabhängigkeit und Menschenwürde. Doch mit unserer Art von Geld bleibt der Traum von der Freiheit für die meisten Menschen dieser Erde unerfüllbar, weil die Schuldenlasten immer unerträglicher werden. Irgendjemand sagte einmal, die modernen Ketten der Sklaverei sind Nullen in Computern. Die armen Länder sitzen seit langem in der Auslandsschuldenfalle, aber auch in den reichen Ländern bedrohen mittlerweile sogenannte Sparpakete die mühsam errungenen Sozialsysteme. Und während die Freiheit des Geldes grenzenlos geworden ist, wird die Bewegungsfreiheit arbeitssuchender Menschen beschnitten. Wir müssen tatsächlich noch viel lernen, bis das Menschenrecht auf Freiheit für alle Realität wird.

Da das heutige Währungssystem nur funktioniert, solange eine entsprechende Schuldenausweitung möglich ist, macht es nicht nur die nationalen Ökonomien, sondern auch das Weltsystem sehr instabil. Die Währungen der Staaten stehen in Konkurrenz zueinander, wobei die starken Währungen, das sind jene der reichen Länder, den Währungen der armen Länder gegenüber große Vorteile haben. Eine besondere Rolle spielt dabei der US Dollar, die Weltreservewährung Nummer 1. Circa 70 Prozent der Reserven der Zentralbanken der Welt sind US Dollar. Aber auch Firmen, Institutionen und Millionen von Leuten rund um die Welt halten sich US Dollars in irgendeiner Form zur Sicherheit. Auch wird ein großer Teil des Welthandels in Dollar abgewickelt. Die besondere Rolle des Dollars bringt es mit sich, dass sich die USA als einziges Land der Welt eine riesige Auslandsschuld leisten kann und gut davon lebt. In anderen Worten,

sie haben Geld aus dem Nichts geschaffen und es verwendet, um Güter und Dienstleistungen einzukaufen, die der globalen Wirtschaft viel Arbeit und Ressourcen gekostet haben, um sie zu produzieren. Aber sie haben nichts annähernd Entsprechendes zurückgegeben. Sie bekamen und bekommen auf diese Weise eine massive Subvention vom Rest der Welt, die es ihnen ermöglicht, um die Hälfte mehr zu importieren als zu exportieren, während die armen Länder zur Bedienung ihrer Auslandsschulden mühsam Devisen erwirtschaften müssen, seien es US Dollars, Euros oder eine andere Währung. (3)

Die Weichen umstellen

In der Frage der Demokratisierung der Finanzmärkte ist in den letzten Jahren, nicht zuletzt durch die engagierte Arbeit der Bewegung Attac, in der öffentlichen Diskussion einiges in Bewegung gekommen. Attac fordert unter anderem eine zumindest gleich hohe Besteuerung der Kapitaleinkommen wie die der Arbeitseinkommen, die Schließung der Steueroasen, eine Besteuerung der internationalen Finanztransaktionen zur Eindämmung der Spekulation und die Entschuldung der armen Länder. (4) Vieles könnte durch die Erfüllung dieser Forderungen zum Besseren gewendet werden. Der Zug der Geldpolitik würde aber dennoch in die falsche Richtung weiterrasten, wenngleich etwas langsamer, falls nicht auch die Weichen der Währungssysteme anders gestellt würden. Dazu gibt es leider in der Öffentlichkeit noch keine nennenswerte Diskussion, und die wissenschaftliche Forschung in Richtung eines gerechteren Geldwesens wird ebenfalls schmählich vernachlässigt.

Kurz- bis langfristige Ziele

Das ist der Grund, warum sich die Arbeitsgemeinschaft Gerechtes Wirtschaften seit langem für eine Geldreform einsetzt, die den vom Geld ausgehenden Wachstumszwang und die zinsbedingte Umverteilung von Arm zu Reich beseitigen soll. Als kurz- bis mittelfristiges Ziel schlagen wir die Vergabe von Forschungsaufträgen und die Einrichtung eines Universitätslehrstuhles für alternative Geldmodelle vor. Aufgrund der Krisen der offiziellen Währungen ist weltweit ein sprunghafter Anstieg von zinsfreien Komplementärwährungen zu beobachten, eine Selbsthilfe besonders benachteiligter Regionen oder sozialer Gruppen. Neben dem Selbsthilfeeffect sollen solche gemeinschaftsfördernden Geldexperimente auch eine Aufforderung sein, die vom Geld bewirkten sozialen Beziehungen in nationalem und globalem Rahmen neu zu überdenken und gerechter zu gestalten. Neuere österreichische Beispiele sind der „Mozarttaler“ und der „Waldviertler“. Solche Experimente wissenschaftlich zu begleiten und weiter zu entwickeln, wäre unserer Meinung nach ein lohnendes Zukunftsprojekt.

Darüber hinaus halten wir eine solche Forschungstätigkeit für eine unumgängliche Vorarbeit für eine große internationale Währungskonferenz zur Neugestaltung des internationalen Währungssystems. Mehr als 60 Jahre nach der Weltwährungskonferenz von Bretton Woods, die den US Dollar als Leitwährung etablierte, ist eine demokratisch erarbeitete währungspolitische Neuorientierung dringend notwendig geworden, damit ein gerechteres Zusammenspiel der einzelnen Volkswirtschaften ermöglicht und die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen verringert wird. Unseres Erachtens ist es höchste Zeit, mit den Vorbereitungsarbeiten für eine Bretton Woods – Nachfolgekonferenz so schnell wie möglich zu beginnen und dazu auch alternative Denker und Denkerinnen einzuladen - damit wir nicht in unserer Definition von Geld gefangen bleiben und damit die vielen idealistischen Initiativen wie ethisches Investment, Fair Trade oder kritischer Konsum ihre Wirkung nachhaltiger entfalten können.

Anmerkungen:

- (1) Lietaer, Bernard A.: Das Geld der Zukunft. Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen, Riemann Verlag, 1999. Internet: www.futuremoney.de
- (2) Kennedy, Margrit: Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel das jedem dient, Goldmann TB, München 2006. Internet: www.margritkennedy.de und www.Geldreform.de
- Creutz, Helmut: Das Geldsyndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, Ullstein TB, Frankfurt/M, Berlin 2003
- (3) Douthwaite, Richard: Curing Global Crises: Let's Treat the Disease instead of the Symptoms. In: Woltron, Klaus et al. (Hg): Wege in den Postkapitalismus, edition selene, Wien 2004, S. 95 ff.
- (4) www.attac.at

*Dr. Marianne Schallhas, Obfrau der Arbeitsgemeinschaft Gerecht Wirtschaften für
Frieden und Bewahrung der Schöpfung*

Walther Schütz: Arbeit – ein vertrackter Begriff

Grundsätzliches zu etwas, das banal scheint und mit dem der Umgang doch so schwierig ist

Das für unsere Gesellschaft so wichtige Thema „Arbeit“ füllt ganze Bibliotheken. Dennoch: Einige grundsätzliche Überlegungen sind notwendig für die Frage, wie's weitergehen soll und welche Perspektive man in den praktischen Auseinandersetzungen einnimmt. Für alle, die an einer Vision vom besseren Leben festhalten, stellen sich immer Fragen wie: Wie arbeiten? Wieviel arbeiten? Welche Funktion hat überhaupt Arbeit? Ja was ist denn Arbeit? Ist Arbeit etwas, das zum besseren Leben beiträgt? Muss Arbeit geschaffen werden?



Offensichtlich ist die Brisanz dieser Fragen für die Frauenbewegung, denn wer kennt nicht den alten Patriarchen-Spruch „Meine Frau arbeitet nicht“ ... Die Fragen gelten genauso aber für die globalisierungskritische Bewegung, für die entwicklungspolitische Auseinandersetzung, für soziale Netzwerke, für Umweltinitiativen u.v.a.m.

Standpunkt 1: Arbeit ist „scheiße“

Gerade von einem männlich-alternativen Milieu (man verzeihe die Pauschalisierung) wird oft eine massive Kritik am Arbeitsethos unserer Gesellschaft vorgetragen, sehr oft mit Verweis auf griechische Philosophen. Es ginge doch eigentlich darum, weniger zu arbeiten, Arbeit sei ja vom Ursprung her etwas, das mit Sklaverei verbunden gewesen sei. Worum es ginge, wäre Muße ...

Da ist die Aufregung vorprogrammiert: Zu Recht kritisiert wird an den Arbeitskritiker/innen die Ignoranz gegenüber den realen Verhältnissen und die Tendenz zur Romantisierung: Wer habe denn den Philosophen das Essen gekocht? Wisse man(n) denn nicht, wie wichtig Erwerbsarbeit für die Gleichstellung von Frauen sei? ...

Trotzdem hat dieser Ansatz auch viel für sich: Komisch ist die Lobpreisung der Arbeit ja schon. Davon abgesehen ziehen die „Arbeitsverweigerer“ auch ganz praktische Schlussfolgerungen: Weg mit Repressalien gegenüber Arbeitslosen, her mit einem Grundeinkommen ...

Standpunkt 2: Die Arbeit hoch ...

Praktisch eine gegenteilige Position wurde sehr früh schon von der Arbeiter-Bewegung eingenommen: Um die Bedeutung der eigenen Klasse hervorstreichen wird sehr früh die Arbeit zu dem, „*Was den Menschen vom Tier unterscheidet, was ihn edelt*“. Gedacht wurde bei Verwendung des Begriffes Arbeit allerdings meist nicht an jegliche menschliche Tätigkeit zur Aufrechterhaltung der Gattung, sondern an die männliche Erwerbsarbeit in den Fabriken etc.

Das war auch der Punkt, wo die Frauenbewegung sehr früh ansetzte: In kritischer Hinterfragung des Spruches „Meine Frau arbeitet nicht“ wird ein umfassender Arbeitsbegriff verwendet. Neben der Lohnarbeit umfasst er alle Tätigkeiten, die mit der „Reproduktion“ (Haushalt, ...) zu tun haben.

All dies hat mit ganz praktischen politischen Forderungen und Perspektiven zu tun, die aber zum Teil einander widersprechen:

Zunächst einmal geht es um die Forderung, dass jede und jeder Arbeit (im Sinne von Erwerbsarbeit) haben soll. Motto: Es ist schlimm, ausgebeutet zu werden, aber es ist noch schlimmer, nicht ausgebeutet zu werden. Alle Forderungen nach Ausbau von Infrastruktur bei Konjunkturabschwüngen, von Anhebung der Beschäftigtenquote bei Frauen ... gehören hierher genauso wie Ausbildungsprogramme für Frauen, Bildung für die Jugend, damit diese eine Chance am Arbeitsmarkt hätte ...

Ihre volle Wirkung entfaltet dieser positive Zugang zur Erwerbsarbeit in der Entwicklungspolitik: Fast immer ist das zentrale Ziel eine nachholende Entwicklung, die den Entwicklungsländern das Mitmachen am Weltmarkt erlauben soll. Lediglich über die Mittel ist man uneins: Von Anfang an volle Marktintegration oder doch eine zeitweilige sektorale Abschottung zugunsten der noch schwachen Industrien.

So gerecht natürlich die Perspektive der gleichberechtigten Teilhabe ist, so fatal könnte es sein, wenn sich die gesamte Entwicklung als Irrweg erweisen sollte: Wenn etwa das Ersetzen der patriarchalen Herrschaft durch die Lohnabhängigkeit nicht die wahre Befreiung bringt oder gar eine Sackgasse sein sollte.

... oder die Subsistenzarbeit hoch

Es gibt auch noch eine zweite feministische Richtung, die positiv auf die Arbeit Bezug nimmt. Dieser Ansatz betont, was die klassische Wirtschaftswissenschaft nicht sieht: Den von ihr ungemessenen Beitrag v.a. von Frauen in der Reproduktion (Familie) und der Eigenversorgungswirtschaft (Subsistenz) etwa in der 3. Welt. Die Forderungen, die sich aus diesem Ansatz ergeben, sind äußerst unterschiedlich. Sie reichen von Bezahlung der Hausarbeit (oft großer Nähe zur Grundeinkommensdiskussion, siehe Standpunkt 1) bis hin zu kapitalismuskritischen Forderungen nach Erhalt des Saatgutes, des Bodens, des Wassers in der Verfügungsgewalt der Bauern und vor allem der Bäuerinnen.

Das Problem bei vielen Vertreter/innen: Bei all der berechtigten Kritik an der formellen kapitalistischen Ökonomie werden die vorkapitalistischen Strukturen zumindest unterschwellig romantisiert, und es besteht die Gefahr der Vereinnahmung durch Blut- und Bodenideologien.

Standpunkt 3: Arbeit – die gefährliche Drohung

Jenseits des Gegensatzpaares „Ablehnung von Arbeit und Arbeitsideologie“ und der Position „Emanzipation durch Arbeit“ gibt es noch eine dritte Position. Diese untersucht genauer den „Begriff der Arbeit“:

Es sei ja kein Zufall, dass andere Kulturen den abstrakten Begriff „Arbeit“ nicht kennen. Er ist auch bei uns erst entstanden, als die kapitalistische Geldwirtschaft mit ihrem Tausch von Arbeitseinheiten zentral wurde. Für jemanden, der etwas für den Markt produziert, wird der Inhalt sekundär. Es ist egal, was ich produziere, wichtig ist nur die Menge an „Arbeit“, die ich aufwenden muss. Hauptsache, ich kann ES verkaufen, damit ich überleben kann. Egal, ob das Zeug schädlich ist, egal, ob es sinnvoll ist, egal, ob es mir gut tut, wenn ich es herstelle. Ich muss arbeiten, und zwar nicht, weil irgendein Sklaventreiber hinter mir steht, sondern weil ich weiß, dass ich sonst kein Geld habe: „*Ohne Geld ka Musi!*“

Damit man im kapitalistischen Sinne „Arbeit“ verrichten kann, muss sie sich in Konkurrenz durchsetzen, muss sie Profit abwerfen, muss ihr einer entsprechenden Menge Geld gegenüberstehen. Fragen nach dem Sinn dürfen nicht gestellt werden ...

Es gilt nicht: Ich muss halt tätig sein, damit ich leben kann, sondern: Ich **brauche Arbeit**, damit ich leben kann. Das bewirkt, dass Produktivitätssteigerungen, die in jeder anderen Gesellschaft begrüßt werden würden, bei uns zur Bedrohung werden.

Ein anderer Punkt ist, dass „Arbeit“ gegeneinander verrichtet wird: Wenn ich billiger oder besser produziere, wenn ich mich im Beruf weiterbilde, dann ist es nicht etwa gut für alle, sondern vor allem einmal schadet es meinem Konkurrenten / meiner Konkurrentin. Und das ist für mich wichtig!

Und noch ein Punkt: Weil ich Arbeit haben muss, soll der, dem ich was mache, möglichst lange auf meine Arbeit angewiesen sein. Mein Gegenüber sollte wenn irgendmöglich abhängig bleiben. Ich habe kein Interesse an einer wirklichen Befriedigung der Bedürfnisse: Der Kunde soll beliefungsbedürftiges Mängelwesen werden / bleiben!

Es sind diese spezifischen Charakteristika, die das Tätigsein im Kapitalismus zu etwas ganz Besonderem, eben zu abstrakter „Arbeit“ werden lassen.

Daher ist es nicht sinnvoll, Arbeit als Tätigsein an sich zu definieren. Der Tätigkeit in der Familie etwa fehlen alle Merkmale der Erwerbsarbeit: Sie wird (in der Regel) nicht in Konkurrenz verrichtet, es wäre kontraproduktiv, wenn bewusst Abhängigkeiten von der „Dienstleistung“ geschaffen werden würden (dass dies trotzdem passiert ist dazu kein Widerspruch), diese Tätigkeiten geschehen ohne Bezahlung, sie passieren nicht, damit ein Dritter Profit erwirtschaftet, es fehlt der Wachstumszwang ... Diese Tätigkeiten haben also eine komplett andere Dynamik, auch wenn sie durch die kapitalistische Ökonomie massiv beeinflusst werden.

Zusammenfassung:

Tätigkeitsprofile mit so unterschiedlichen Dynamiken etwa unter einem alle Unterschiede verdeckenden Wischi-Waschi-Begriff der „**Arbeit**“ zusammenzufassen erscheint aus einer Sicht, die genau die bedenkliche Dynamik einer **kapitalistische Werte schaffenden** Arbeit herausarbeitet, natürlich nicht sinnvoll. Arbeit bleibt für diesen kapitalismuskritischen Ansatz eine gefährliche Drohung. Ziel dieses Ansatzes ist eine Emanzipation jenseits des Systems.

Damit können diejenigen wahrscheinlich wenig anfangen, denen als Perspektive eine Gleichberechtigung **im** System reicht. Fragen dürften sich allerdings neu stellen, wenn sich herausstellt, dass Erwerbsarbeit einfach weniger wird oder keine ausreichende Lebensgrundlage mehr bieten kann.

Ist „fairer Handel – faire Arbeit“ eine Perspektive?

Nun zum 2. Teil – nämlich der Frage, ob „Fairer Handel – faire Arbeit“ eine Perspektive sein könne?

Nein, als mittel- bzw. langfristige Perspektive sicher NICHT. Denn, so die These, die Forderung nach FAIRNESS verändert nicht den Kern der kapitalistischen Spielregeln mit der damit verbundenen Form des Tätigseins, der „Arbeit“ (wenn man Arbeit so definiert wie im ersten Teil als Form de Tätigseins, mit dem man sich in Konkurrenz

durchsetzen muss, die Profit abwerfen muss, muss ihr einer entsprechenden Menge Geld gegenüberstehen. Fragen nach dem Sinn dürfen nicht gestellt werden ...).

Das ist mir in den letzten Monaten vor der Fußball-WM so richtig klar geworden, als wir vom ÖIE-Kärnten aus unseren Fair-Play-Workshop angeboten haben.

Ein Gedankenexperiment zur Veranschaulichung: Dazu ersuche ich Sie, geneigte Leser/in, einmal vor Ihrem geistigen Auge das Bild auszumalen, das Sie haben, wenn die Anleitung lautet:

Die Kinder spielen!

Vermutlich haben Sie folgendes vor Augen: Kinder, die friedlich z.T. miteinander, z.T. alleine Verschiedenes spielen: Puppen, Lego, in einer Sandkiste,

Setzen wir nun unser Gedankenexperiment fort. Nun lautet die Anleitung - Was sehen Sie vor ihrem gedanklichen Auge, wenn der Satz lautet:

"Die Spieler spielen fair!"?

Mit einiger Wahrscheinlichkeit sehen Sie einen Wettkampf, in dem Spieler gegeneinander spielen, sei es Fußball, sei es Tennis ...Unabhängig aber davon, was gespielt wird, ist klar, was gemeint ist, wenn die Sprache auf Fairness kommt:

- Es geht um EIN Spiel und damit um einheitliche Regeln (und nicht etwa darum, dass jede/r nach seinen / ihren Bedürfnissen Verschiedenes spielt);
- es geht um ein Spiel, das auf Gegeneinander / Wettkampf / Konkurrenz beruht;
- daher muss es Sieger/innen und Verlierer/innen geben;
- fair ist, wer sich an die Regeln hält

Wenn also Handlungsansätze mit dem Zusatz "Fair" angeboten werden (Workshops zu Arbeitsbedingungen, angeblich alternative Formen des Handels etc.), dann wird etwa neben der Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder in Pakistan gleich was anderes mit untergejubelt. Der heimliche Lehrplan lautet bei "Fair-Play-Kampagnen" etc.:

- Wir haben in einem "Globalen-Mensch-ärgere-dich-nicht" mittels Geld und Markt gegeneinander anzutreten, eine Kooperation ist nicht drin! (Außer solche Formen der Kooperation, deren Ziel verbesserte Bedingungen im Kampf gegen andere sind - zwecks besserer Wettbewerbsfähigkeit kann man sich zu Rudeln gegen andere zusammenschließen - genannt "Clusterbildung", "Teams" ...)
- Zwar soll jeder gegen jeden in Wettbewerb stehen, aber wenn einer zu viel siegt (Konzerne!), dann ist er verdächtig! Dann sind nicht etwa die Regeln der Konkurrenz schuld, dann ist da Unfairness, Verschwörung dunkler Mächte ... im Spiel: Struktureller Antisemitismus, schau oba!
- Sich nicht an die Spielregeln zu halten ist unfair. Damit ist jede Gesellschaftsveränderung schon einmal von vornherein kriminalisiert!
- Das ist besonders die Lehre für die Verlierer/innen: Du bist selbst schuld, dass du verloren hast (Vielleicht hast du dich zu wenig durch lebenslanges Lernen qualifiziert?, wie etwa eine Vorstandssprecherin eines Multinationalen Konzerns neulich wieder einmal verlautete!)! Aber nur ja nicht das "Mensch-ärgere-dich-Spielbrett" in die Ecke werfen, wie es die Kinder noch tun. Nein, die Krot musst du schon fressen - denn du bist ja ein FAIRER Verlierer.

Naja, und wer dann sein ganzes Leben sich selbst (und damit die Mitmenschen) verleugnet hat, bei dem bricht dann halt entweder die Aggression gegen sich selbst oder

gegen Minderheiten, in die man das Schlechte dieser Welt hineinhalluziniert, mit voller Wucht aus. Aber auch dafür gibt es schon wieder Antiaggressionsprogramme, stehen die Kohorten der NGO's bereit, gibt es sicher auch wieder EU-Mittel anzuzapfen.

P.S.: Seit mir klar geworden ist, was mich an "Fair play" so stört, fällt mir auch auf, wie oft im Zusammenhang mit den kapitalistischen Zumutungen die Metapher vom Spiel vorkommt: So, als am 25. April 2006 Industriellenvereinigung, Katholische Aktion und Siemens ein Symposium veranstalteten mit dem Titel "The Global Game!". Und auch die Sozialdemokratie verlautbart in Vorwahlzeiten immer wieder das Prinzip der Fairness - und bestätigt damit, dass sie mit den Grundprinzipien des Systems, der Konkurrenz, dem Gegeneinander ... ihren Frieden gemacht hat.

Da halte ich mich lieber an Wolfgang Ambros, der die Haltung der Spielverweigerung besingt: "I dra zua, wal I bold gnua hob ..."

Ein Nachsatz:

Meine Frau Reinhilde hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass Erich Fromm schon vor 50 Jahren (Erstausgabe 1956) auf die Problematik einer Moral der Fairness aufmerksam gemacht habe. Fromm schreibt:

"Fairness bedeutet, beim Austausch von Waren und Dienstleistungen keinen Betrug und keine Gaunerei zu begehen, und dasselbe gilt für den Austausch von Gefühlen. 'Was du mir gibst, gebe ich dir', lautet in der kapitalistischen Gesellschaft die vorherrschende ethische Maxime sowohl für die Waren als auch für die Liebe. ...

Die Gründe für diese Tatsache liegen im Wesen der kapitalistischen Gesellschaft begründet. ...

*Und tatsächlich unterscheidet sich die jüdisch-christliche Norm der Nächstenliebe völlig von der Moral der Fairness. Sie [die Nächstenliebe] bedeutet, den Nächsten zu lieben, das heißt sich für ihn verantwortlich und mit ihm eins zu fühlen; die Moral der Fairness dagegen bedeutet, sich **nicht** verantwortlich und eins zu fühlen, sondern als getrennt - also die Rechte des Nächsten zwar zu **respektieren**, nicht jedoch ihn zu lieben."*

Erich Fromm, Die Kunst des Liebens (Frankfurt/M. - Berlin - Wien 1979), S. 166 f.

Wem die Aussagen Fromms zu schwülstig sind, der möge den Begriff Nächstenliebe durch Solidarität etc. ersetzen. Was aber gemeint ist, dürfte klar sein!

Und ich verweise auf Hans Eder von INTERSOL, der das Prinzip der Solidarwirtschaft als unvereinbar mit dem die „Arbeit“ konstituierenden Grundprinzip des Äquivalententauschs sieht.

Mag. Walther Schütz, Villach, Bündnis für Eine Welt / ÖIE (Österr. Interessensgemeinschaft für emanzipatorische globale Bildung), Vorstandsmitglied von SOL.

Sabine Seidl: ReparaturNetzwerk Wien - Arbeit und Ökologie verknüpfen

Im Arbeitskreis „Arbeit und Nachhaltigkeit“ wurde das ReparaturNetzwerk Wien vorgestellt. Reparieren ist eine nachhaltige Tätigkeit: Sie ist arbeitsintensiv bei geringem Materialaufwand. Und sie trägt dazu bei, dass Produkte nicht im Müll landen, sondern oft noch viele Jahre verwendet werden. "die umweltberatung" unterstützt im Projekt ReparaturNetzwerk das Engagement von Reparaturbetrieben und vermittelt KundInnen an den passenden Betrieb weiter.



Im ReparaturNetzwerk Wien bieten Reparaturbetriebe mit viel Know-how Reparaturdienstleistungen nach einheitlichen Kriterien an. "die umweltberatung" betreut das ReparaturNetzwerk und die Servicehotline 01/803 32 32-22 sowie die Website www.reparaturnetzwerk.at, Projektträger ist der Verband Wiener Volksbildung.

Vorteile für die Mitgliedsbetriebe

Für die Mitgliedsbetriebe hat das Netzwerk nicht nur den Vorteil, dass "die umweltberatung" ihnen KundInnen vermittelt, sondern auch dass sie Weiterbildungen und Erfahrungsaustausch organisiert, um das Engagement zu fördern und das Know-how im Netzwerk zu steigern. Die Betriebe helfen einander in kniffligen Fällen und vermitteln Reparaturen, für die sie selbst nicht zuständig sind, an einen passenden Mitgliedsbetrieb weiter. Das Reparieren unter der gemeinsamen Dachmarke „ReparaturNetzwerk“ stiftet Vertrauen, und außerdem profitieren die Betriebe durch die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit: Medienberichte, Folder, Infostände und Website informieren über das ReparaturNetzwerk.

Vorteile für die KundInnen

Das ReparaturNetzwerk macht Menschen, die an einer Reparatur interessiert sind, den Zugang zu dieser Dienstleistung möglichst einfach. Das Netzwerk erspart langes Suchen: Die KundInnen wählen einfach die Hotline-Nummer und erfahren, welcher Mitgliedsbetrieb in ihrem Fall weiterhelfen kann. Ein weiterer Vorteil ist, dass der Arbeitsschwerpunkt der Betriebe bei der Reparatur liegt, sie also an der Reparatur interessiert sind und nicht vorschnell zum Kauf eines neuen Produktes raten. Weiters können die KundInnen das Transportservice des ReparaturNetzwerks nutzen, um den Transport nicht selbst durchführen zu müssen. Die KundInnen profitieren auch von der Kooperation der Betriebe und dem Austausch des Know-how.

Reparieren entlastet die Umwelt

Reparieren verlängert die Nutzungsdauer der Produkte. Im Vergleich zur Herstellung neuer Produkte schont Reparieren die Ressourcen - Energie und Material werden eingespart. Gleichzeitig schrumpft der Abfallberg: Ca. 600 Tonnen Abfall konnten die Mitgliedsbetriebe des ReparaturNetzwerks im Jahr 2005 durch Reparatur vermeiden. Deshalb werden die Aktivitäten des ReparaturNetzwerks Wien im Rahmen der INITIATIVE „Natürlich weniger Mist“ von der Stadt Wien unterstützt. Wird der

ökologische Rucksack der Produkte mitberechnet, so ist die Vermeidungsleistung noch größer. Denn der Materialeinsatz z.B. für eine 60 Kilo schwere Waschmaschine liegt laut Österreichischem Ökologieinstitut von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung bei 1,5 Tonnen – so viel wiegt ein durchschnittlicher PKW!

Reparieren bringt Arbeit

Reparieren braucht nur geringen Einsatz von Material bei gleichzeitig großem Einsatz von Arbeitszeit. Reparieren ist eine anspruchsvolle Tätigkeit, die viel Know-how erfordert. Das ReparaturNetzwerk kurbelt die Nachfrage nach Reparaturen an und bringt den Mitgliedsbetrieben eine bessere Auslastung, was gerade bei einigen ganz kleinen Betrieben hilft, die Existenz abzusichern. Hochqualifizierte Arbeitsplätze bleiben erhalten. In den beiden sozialökonomischen Mitgliedsbetrieben Neustart Fahrradwerkstatt und Reparatur- und Servicezentrum R.U.S.Z werden außerdem am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen geschult und wieder in die Arbeitswelt integriert.

ReparaturNetzwerk macht Schule

Die gelungene Verknüpfung von Arbeit und Ökologie war Grund genug, im Rahmen des Projektes RepaNet mehrere regionale Netzwerke nach dem Wiener Vorbild zu gründen. Seit ca. 2 Jahren gibt es auch Netzwerke in Graz, Liezen und Oberösterreich, sowie den Dachverband RepaNet Österreich.

Anregungen und Kritikpunkte aus dem Arbeitskreis

- Kritik: Wenn ein Ein-Mann oder Ein-Frau-Betrieb rund um die Uhr schuften muss, um alle Aufträge zu erledigen und den Betrieb zu erhalten bzw. in Schwung zu bringen, dann handelt es sich auch hier um prekäre Arbeitsverhältnisse. Es ist schwierig, für solche Situationen eine Lösung zu finden.
- Anregung: Vielleicht gibt es eine Möglichkeit mit dem AMS zu kooperieren, damit an der Selbstständigkeit interessierte Menschen florierende Mitgliedsbetriebe, deren InhaberInnen in Pension gehen, mitsamt dem KundInnenstock übernehmen können.
- Anregung: Das ReparaturNetzwerk ist immer noch zu wenig bekannt - auch in alternativen, an Nachhaltigkeit interessierten Kreisen. Vielleicht ist eine bessere Vernetzung mit anderen Organisationen möglich, z.B. gegenseitige Verlinkung mit Sol?

Danke für das Gespräch, die Diskussion und die Anregungen!

DI Sabine Seidl, "die umweltberatung" Wien

Weitere Informationen:

ReparaturNetzwerk Wien / "die umweltberatung"
Tel. 01/803 32 32-22, www.reparaturnetzwerk.at
ReparaturNetzwerke in Liezen, Graz, Oberösterreich
www.repanet.at

Günter Wind: Ökologisches Wirtschaftssystem

Wir sehen in der Energie- und Ressourcenbesteuerung die bei weitem einfachste und zugleich effizienteste Methode für die Erreichung der Ziele für Energieversorgungssicherheit, Energieeffizienz, Nutzung erneuerbarer Energie und Klimaschutz. Besonders effizient ist die Energiesteuer dann, wenn gleichzeitig eine aufkommensneutrale Abgabenreduzierung für die Arbeitslöhne umgesetzt wird; dann werden gleichzeitig auch Impulse zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur sozialen Absicherung erzielt.



Die EU, die sich selbst als Dienstleistungs-Wirtschaftsraum sieht, läuft immer mehr Gefahr, Dienstleistungsaufgaben an Billiglohnländer zu verlieren. Daher ist es höchste Zeit, eine Abgabensenkung auf Arbeitslöhne mit einer Energiesteuer zu finanzieren.

Im Grünbuch wird die Energiesteuer leider nur sehr kurz erwähnt – es fehlen weitere Ausführungen, Strategien zur Einführung, Übergangslösungen für eine EU-weite Einführung.

Anmerkungen zur Einführung und Seiteneffekte der Energiesteuer:

- Aufkommensneutrale Umsetzung:
Einnahmen aus der Energiesteuer verringern Abgaben für Arbeitslöhne. (Kurz: Ökologisches Wirtschaftssystem)
- Steuerhöhe muss jährlich gemäß einem vorab festgelegten Fahrplan gesteigert werden. Die frühzeitige Festlegung ist unbedingt erforderlich, damit sich alle Betroffenen auf die geänderten Wettbewerbsbedingungen einstellen können. Ziele sind zu definieren. Eventuelle Kurskorrekturen falls Klimaschutzziele verfehlt werden, sind vorweg festzusetzen.
- Die Energie wird mehr wert, d.h. Energieeffizienzmaßnahmen werden attraktiver und dadurch verstärkt umgesetzt.
- Besteuerung betrifft nicht erneuerbaren Ressourcen (Fossilenergie, Uran). Erneuerbare Ressourcen werden erst in einer späten Phase besteuert, wenn die nicht erneuerbaren nur mehr einen geringen Anteil haben.
- Sobald die Energiesteuer auf Fossil- und Atomenergie eine gewisse Höhe erreicht hat, können Förderungen für Energiesparmaßnahmen und erneuerbare Energien wegfallen. Es entsteht automatisch eine den Klimaschutzerfordernissen angepasste Wertigkeit.

Bemerkung: Die bisherige Strategie über punktuelle Förderungen hat bisher viele Schwachpunkte aufgezeigt. z.B. Ökostromproduktion aus Biomasse mit 20% Wirkungsgrad ohne Wärmenutzung bzw. mit unsinniger Wärmenutzung – was einer provozierten Energieverbrauchs Zunahme gleich kommt. Oder: Nutzerverhalten wird sich bei billiger Energie kaum ändern, auch wenn man Menschen in Passivhäuser steckt. Insbesondere bei der Energieeinsparung ist die Strategie der Förderzuschüsse ohne Erfolg geblieben.

Ökologisches Wirtschaftssystem bringt Wirtschaftsimpulse & Arbeitsplatzschaffung

- Verringerung (bis hin zum Wegfall) der Lohnabgaben macht die Inanspruchnahme der menschlichen Arbeitskraft attraktiver, ohne dass weniger verdient wird.
- Projekte für Einsatz erneuerbarer Energie und Energieeffizienz bringen neue Arbeitsplätze.
- Energieeffizienzmaßnahmen rechnen sich doppelt: Einsparungspotenzial ist aufgrund der höheren Energiepreise größer; die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen aufgrund wegfallender Lohnabgaben kostengünstiger, da Effizienzmaßnahmen in erster Linie zeit- und weniger materialintensive Maßnahmen sind.

Wirtschaftsraum absichern:

- Energieintensive Produkte wären durch die Energiesteuer in der EU benachteiligt. Wichtig ist, dass Importwaren ebenfalls von der Energiesteuer erfasst werden (z.B. Bewertungsansatz nach GEMIS)

Ökologisches Wirtschaftssystem verteuert die Energiekosten nur in Ausnahmefällen:

- es ist unbedeutend, wenn die Energiepreise pro kWh steigen. Durch Verbrauchssenkung kann soviel eingespart werden, dass die jährlichen Energiekosten ungefähr gleich bleiben.
- Energieintensive Sektoren (z.B. Schwerindustrie) werden durch die Energiesteuer am stärksten betroffen: Die Mitbewerber aus Nicht-EU-Länder werden jedoch durch die nachträglich eingehobenen Energiesteuer gleich erfasst. Es bleibt jedoch die Benachteiligung durch den insgesamt höheren Produktpreis. **Infolgedessen wird der Umsatz bei energieintensiven Waren zurückgehen. Das ist in aller Ehrlichkeit genau das, was wir für den Klimaschutz unbedingt benötigen.**
- Auch wenn Energieversorger und energieintensive Industriezweige erbittert Widerstand leisten, gilt es diesem entschieden entgegenzutreten und alternative Maßnahmen anzubieten. **Jedes Nachgeben ist eine Verzögerung des Umbaus der Energieaufbringung und schadet der gesamten Bevölkerung. Um den betroffenen Betrieben den Fortbestand zu ermöglichen, sind diese bei der Erschließung neuer Tätigkeitsfelder (vornehmlich am kostengünstiger gewordenen Dienstleistungssektor) zu unterstützen.**

Ökologisches Wirtschaftssystem trägt zur sozialen Absicherung bei:

- Aufgrund der wegfallenden Lohnabgaben werden soziale Leistungen (Krankenpflege, Altenpflege, Sozialarbeit, Gesundheitsvorsorge) wesentlich leichter finanzierbar. Dies hat angesichts des in der EU rasch ansteigenden Durchschnittsalters bei sinkenden Geburtenzahlen einen besonders hohen Stellenwert.

Vereinfachte Strukturen durch ökologisches Wirtschaftssystem:

- Energiesparmaßnahmen werden schon seit Jahrzehnten eingesetzt. Bisher ist jedoch der Energieverbrauch stetig gestiegen. Zu komplex sind die Verflechtungen von Wirtschaft, Energie und Motivation. **Das ökologische Wirtschaftssystem löst das Problem an der Wurzel!**

Energieverbrauch im Verkehr sinkt, da

- regionale Strukturen gestärkt werden
- öffentlicher Verkehr von kostengünstigeren Dienstleistungen mehr profitiert, als durch die Energiepreissteigerung verloren wird.
- Energieeffizienz im Verkehr automatisch einen höheren Stellenwert bekommt.

Es ist höchste Zeit dem Wachstum von energieintensiven Wirtschaftsweisen ein Ende zu setzen, sonst gibt es keine Chance Klimaschutzziele und nachhaltige Energieversorgung rechtzeitig durchzusetzen. **Die immer schneller werdende „Rohstoff-Produkt-Abfall-Kette“ muss eingebremst werden.**

Ein solches einfaches und wirkungsvolles Instrument sollte mit wesentlich mehr Nachdruck zur Umsetzung gebracht werden.

*Dr. Günter Wind, Technisches Büro, Eisenstadt. Obmann von panSOL,
Vorstandsmitglied von SOL.*